E&W

Erziehung & Wissenschaft 05/2016
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

Kita-Qualität

GEORG CREMER

Foto: Caritas

Qualität braucht Kooperation

Auf den ersten Blick könnte man höchst zufrieden sein. Es ist gelungen, das Angebot für Kinder, die jünger als drei Jahre sind, erheblich auszubauen. Viele kommunale und freigemeinnützige Träger haben sich stark engagiert. Die Bedeutung der außerfamiliären frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung ist heute in allen gesellschaftlichen Gruppen anerkannt. Alte ideologische Gräben sind zugeschüttet. Das ist gut so.

Im Fokus der zurückliegenden Jahre stand jedoch in erster Linie der quantitative Ausbau. Ohne ihn wäre die Zusage gescheitert, dass jedes Kind ab seinem ersten Geburtstag Anspruch auf einen Platz in der Kindertagesbetreuung hat. Auch trieb alle Beteiligten die Frage um, wie wir die gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen können, die das Recht des Kindes auf eine hochwertige Bildung, Erziehung und Betreuung einlösen.

Dieses Recht erfordert es, jetzt verstärkt auf Qualität zu setzen. Damit soll nicht das schlechtgeredet werden, was heute bereits geleistet wird. Mit hohem Engagement setzen sich die pädagogischen Fachkräfte und deren Träger dafür ein, dass Kinder ein gutes Angebot erhalten: individuelle Eingewöhnungskonzepte für jedes Kind, verlässliche Bezugspersonen, eine beziehungsvolle Pflege, wertschätzende Dialoge und Räume, die Sinneserfahrungen fördern.

Aber die Rahmenbedingungen der Arbeit müssen den wachsenden Herausforderungen angepasst werden. Ein inklusiver pädagogischer Alltag muss allen Kindern – ungeachtet ihrer Herkunft – gerecht werden. Kindertageseinrichtungen entwickeln sich zu Familienzentren und engagieren sich im Sozialraum. Das ist ohne zeitliche Ressourcen nicht zu leisten.

Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass die Bedingungen von Bundesland zu Bundesland, von Region zu Region so unterschiedlich sind wie heute. Daher setzen sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die Arbeiterwohlfahrt und der Deutsche Caritasverband für ein Bundesqualitätsgesetz ein. Es soll den Ländern nicht ihre Verantwortung abnehmen, aber unverzichtbare Eckpunkte setzen: Standards für eine wissenschaftlich fundierte Fachkraft-Kind-Relation, genügend Zeit für die Zusammenarbeit mit Eltern und die Leitungsarbeit sowie Anspruch auf Fachberatung.

Nur ein Bundesqualitätsgesetz schafft die Voraussetzungen dafür, dass sich der Bund an der Finanzierung der Kindertagesbetreuung beteiligen kann. Um die Arbeitsbedingungen in den Kindertagesstätten auf das fachlich gebotene Niveau zu heben, wären nach groben Schätzungen zusätzlich neun Milliarden Euro pro Jahr notwendig. Es ist nicht realistisch, dass Länder und Kommunen diese Kosten allein stemmen.

Seit der Föderalismusreform gelten solche Mischfinanzierungen als etwas anrüchig. Man muss jedoch pragmatisch bleiben. Auch beim Hochschulbau wurden Ausnahmen gemacht. Niemand kann behaupten, eine gute Betreuung und Bildung von Kleinkindern sei weniger wichtig.

Müssen wir wirklich so viel Geld ausgeben? Ja, wir müssen. Die frühe Kindheit ist eine sehr sensible Phase. Kinder entfalten ihre Potenziale nicht von alleine, sie brauchen Anregungen und eine Umwelt, die Anreize setzt. Was hier versäumt wird, ist später nur schwer wieder gut zu machen. Oder eben gar nicht.

Das heutige Familienmodell baut auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es ist gut, wenn die Familie der Berufswelt nicht untergeordnet wird. Aber ohne eine Kinderbetreuung, die den fachlich gebotenen Standards entspricht, wäre die sehr frühe Betreuung von Kindern außerhalb der Familie ein gesellschaftliches Großexperiment mit zweifelhaftem Ausgang. Daher brauchen wir ein Bundesqualitätsgesetz, das die Grundlagen für die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen schafft.

Prof. Georg Cremer,
Generalsekretär und Vorstand Sozial- und Fachpolitik
des Deutschen Caritasverbandes

Inhalt

Gastkommentar
Qualität braucht Kooperation — Seite 2

Impressum — Seite 3

Auf einen Blick — Seite 4

Prämie des Monats — Seite 5

Schwerpunkt: Kita-Qualität
1. Expertengespräch: „Ohne Fachwissen entsteht keine professionelle Haltung“ — Seite 6
2. Kita Melanchthon: Im gleichen löchrigen Boot — Seite 10
3. Kita UniKids: Leipziger Vielerlei — Seite 13
4. Bundesqualitätsgesetz: Schlüssel für bessere Kitas — Seite 16
5. Finanzierung: Garantiert kompliziert — Seite 18

Gesellschaftspolitik
1. Interview mit Daniel Baumann und Stephan Hebel: Klartext statt politischer Phrasen — Seite 21
2. GEW-Kommentar: Nach der Wahl ist vor der Wahl — Seite 43

Beschäftigungspolitik
Deutscher Personalräte-Preis: Wildwuchs eingedämmt — Seite 23

Schule
Traumatisierte Kinder: Sichere Orte schaffen — Seite 24

E&W-Serie „Willkommen in Deutschland“
„Die Menschen brauchen mehr als Grundkenntnisse“ — Seite 26

E&W-Serie „Prekäre Arbeit“
Berliner Spar-Variante — Seite 28

Frauen
1. Interview mit Eva Kocher: Lehrerinnen an Grundschulen diskriminiert — Seite 30
2. Interview mit Claudia Blum, Eva Klock, Anja Bensinger-Stolze: Pädagogisch = weiblich = schlecht bezahlt — Seite 32

Jugendhilfe und Sozialarbeit/Schule
Wanderoper: Oper lieben lernen in der Turnhalle — Seite 34

fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit
Indien: „Enorme Unterschiede“ — Seite 36

… diesmal etwas anders
„Nur wir können das Menschliche wiederbeleben“ — Seite 38

Recht und Rechtsschutz — Seite 44

Marktplatz — Seite 45

Leserforum — Seite 46

Diesmal — Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 68. Jg.

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Renate Körner
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
renate.koerner@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.
Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 01.01.2015,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Gewerkschaften fordern Reform der Leiharbeit

Mehrere tausend Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus ganz Deutschland haben Anfang April in München für eine Reform von Werkverträgen und Leiharbeit demonstriert. Zu der Kundgebung hatte der DGB aufgerufen. Im Mittelpunkt der Kritik stand der Widerstand aus den Unionsparteien gegen ein Gesetzesvorhaben zur Reform der Leiharbeit. „Sie blockieren, stehen auf der Bremse und wollen dem Missbrauch offensichtlich weiter tatenlos zusehen“, sagte DGB-Chef Reiner Hoffmann. Er pochte auf eine schnelle gesetzliche Regelung, die für Leiharbeiter gleichen Lohn und eine Übernahmegarantie nach 18 Monaten Beschäftigung im Betrieb vorsieht. GEW-Vorsitzende Marlis Tepe vertrat die Bildungsgewerkschaft während der Kundgebung auf der Bühne.
Der Gesetzentwurf von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) soll verhindern, dass Unternehmen Leiharbeit und Werkverträge missbrauchen. Die Koalition war sich darüber einig, bis die CSU die Pläne stoppte. Die Christsozialen kritisieren, Nahles schieße zu Lasten der Wirtschaft über das Ziel hinaus.

Bund-Länder-Pakt reicht nicht

Der geplante Bund-Länder-Nachwuchspakt für die Wissenschaft greift nach Ansicht der GEW mit einer Milliarde Euro Umfang viel zu kurz. Angesichts des Mehrbedarfs an Hochschullehrkräften in den nächsten zehn Jahren seien gut fünf Milliarden Euro notwendig. Mit diesen sollen 5 000 sogenannte Tenure-Track-Professuren bezahlt werden. Der für Hochschulpolitik verantwortliche stellvertretende GEW-Vorsitzende Andreas Keller sagte während einer Pressekonferenz in Berlin: „Die Hochschulen, die von dem Programm profitieren, müssen zusagen, neu geschaffene Stellen auch auf Dauer zu finanzieren. Niemandem ist geholfen, wenn Bund und Länder erneut befristet Geld ins System pumpen und der Effekt nach wenigen Jahren verpufft ist.“ Laut Plänen von Bund und Ländern, die noch dieses Jahr in einen Pakt münden sollen, wird es 2017 rund 1 000 neue Tenure-Track-Professuren geben. Die GEW verweist auf eine Studie des Instituts für Hochschulforschung der Uni Halle-Wittenberg, nach der der Nachwuchsbedarf für eine sinnvolle Relation zwischen Studierenden und Hochschullehrkräften viel höher sei. Die Wissenschaftlerin Anke Burkhardt rechnete vor, dass die Zahl der Professuren an deutschen Universitäten von derzeit rund 24 000 auf etwa 42 000 bis 2026 erhöht werden müsse. Damit könne das Betreuungsverhältnis – wie vom Wissenschaftsrat verlangt – von 1:70 (ein Professor für 70 Studierende) auf 1:40 verbessert werden. GEW-Vize Keller verlangte von den künftig im Nachwuchspakt zum Zuge kommenden Hochschulen „ein schlüssiges Personalkonzept“. So müssten für mindestens 50 Prozent der Stellen Wissenschaftlerinnen ausgewählt werden. Derzeit sei nur „eine von fünf Professuren von einer Frau besetzt“, daher sei eine verbindliche Quote notwendig. Außerdem ersetze das Programm für den wissenschaftlichen Nachwuchs „die überfällige substanzielle Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen“ nicht, betonte Keller. „Bund und Länder sollten die Möglichkeit des 2014 gelockerten Kooperationsverbots im Hochschulsektor für eine Entfristungsoffensive nutzen, die neben der Professur auch genügend Dauerstellen für Daueraufgaben in Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement schafft.“

Schäfer als GEW-Vorsitzende in NRW bestätigt

Dorothea Schäfer, Vorsitzende der GEW Nordrhein-Westfalen (NRW), ist Ende April während des Gewerkschaftstages des Landesverbandes in Bielefeld in ihrem Amt bestätigt worden: Die 61-jährige Gesamtschullehrerin aus Unna erzielte 92,3 Prozent der Delegiertenstimmen. Auch ihre Stellvertreterin Maike Finnern und ihr Stellvertreter Sebastian Krebs wurden mit 93,3 Prozent bzw. 91,7 Prozent Ja-Stimmen wiedergewählt.

Foto: GEW Nordrhein-Westfalen

Dorothea Schäfer

Mehr Leitungskräfte, weniger Zeit für Führung

In Deutschlands Kitas gab es 2015 fast 52 000 Leitungskräfte. Sie haben für die Qualitätsentwicklung in den Einrichtungen und im System eine Schlüsselposition (s. E&W-Schwerpunkt). Im Vergleich zu 2011 ist ihre Zahl um 38 Prozent gestiegen. Das deutet darauf hin, dass im Zuge des Kita-Ausbaus Leitungsfunktionen eine höhere Bedeutung bekommen. Zu diesem Ergebnis kommt das Fachkräftebarometer, ein Angebot der Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte (WiFF).
Die meisten Kita-Leitungen waren aber nur mit einem begrenzten Zeitkontingent für Führung und Management freigestellt. Zusätzlich haben sie Aufgaben wie Gruppenleitung oder gruppenübergreifende Tätigkeiten übernommen. Das Verhältnis von anteilig zu vollständig freigestellten Leitungskräften hat sich seit 2011 im Bundesschnitt verschlechtert.

In eigener Sache

Tarifergebnis auf der GEW-Website

Ergebnis, Einordnung und Kommentare zu den Ergebnissen der Tarifrunde 2016 für die bei Bund und Kommunen Beschäftigten finden Sie auf der GEW-Website unter www.gew.de/troed2016. Die dritte und entscheidende Verhandlungsrunde fand nach Drucklegung der E&W statt, sodass das Resultat nicht mehr in der Mai-Ausgabe berücksichtigt werden konnte. E&W wird im Juni-Heft über den Ausgang der Tarifrunde berichten.
In der zweiten Verhandlungsrunde am 11./12. April hatten die Arbeitgeber ein „Angebot“ vorgelegt, das die Gewerkschaften einhellig als „Provokation“ bewertet hatten. Die Antwort der Beschäftigten und der Gewerkschaften: Sie weiteten die Streiks vor der letzten Runde aus. Zehntausende Kolleginnen und Kollegen legten die Arbeit nieder.

Foto: GEW Hamburg

In Hamburg streikten mehrere tausend Kolleginnen und Kollegen für eine Erhöhung der Gehälter.

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie eine MusicMan Soundstation.*

Prämie des Monats Mai:

MusicMan Soundstation

Die etwas kleinere Stereoanlage für unterwegs

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder der GEW-Landesverbände Niedersachsen und Thüringen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats Mai 2016/MusicMan Soundstation

„Ohne Fachwissen entsteht keine professionelle Haltung“

// Haltung gilt als wichtiges Element in pädagogischen Berufen. Aber: Was ist das eigentlich? Wie entwickelt sie sich? Welche Rolle spielt die eigene Biografie dabei? Welche praktische Bedeutung hat professionelle Haltung für die Arbeit in Kindertagesstätten? Die E&W-Redaktion hat darüber mit drei Expertinnen und Experten gesprochen. //

E&W: Frau Heck, was ist eine professionelle Haltung?

Anne Heck: Haltung entsteht in der Interaktion, wenn zwei Menschen sich für eine gemeinsame Sache engagieren. Für die Kita bedeutet das: Erzieherinnen und Erzieher, die in einer Einrichtung zusammen arbeiten, müssen sich darüber verständigen, wie sie mit Kindern und miteinander umgehen wollen, welche Ziele sie für die Arbeit mit den Mädchen und Jungen haben.

Bernhard Eibeck: Für eine professionelle Haltung reicht es nicht, ein guter Mensch zu sein und zu sagen: „Kinder kommt alle zu mir, wir verbringen eine schöne Zeit miteinander.“ Es geht um Haltung als wissensbasierte Kompetenz. Erzieherinnen und Erzieher müssen fachlich reflektieren, was sie tun. Nehmen wir beispielsweise das Ziel,

Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam zu erziehen und sich dabei auf die UN-Behindertenrechtskonvention zu berufen. Das allein schafft in der Praxis noch keine gute Bildung und Betreuung für alle. Dazu bedarf es einer professionellen Haltung.

E&W: Wie entwickelt sich professionelle Haltung?

Heike Pöckelmann: Jede Mitarbeiterin bringt zunächst ihre persönlichen Erfahrungen und biografischen Erlebnisse mit. Die tauschen wir im Team aus und versuchen, daraus eine gemeinsame professionelle Haltung zu entwickeln.

E&W: Welchen Unterschied gibt es zwischen persönlicher und professioneller Haltung?

Foto: Torsten Krey-Gerve

Pöckelmann: Persönlich kann ich überzeugt sein, dass es ausreicht, Müttern und Vätern einen Brief zu schreiben, um sie zu einem Elternabend einzuladen. In unserer Einrichtung haben wir aber Familien aus ganz verschiedenen Kulturkreisen. Eine schriftliche Einladung würde gar nicht alle erreichen. Also muss ich die Eltern persönlich ansprechen, wenn nötig in ihrer Muttersprache oder Bilder verwenden statt Schrift. Wenn eine Erzieherin diese persönliche Erfahrung nicht gemacht hat, kann sie von sich aus keine professionelle Haltung entwickeln, aber sie kann es gemeinsam mit dem Team.

E&W: Noch ein Beispiel: Eine junge Frau entscheidet sich für die Ausbildung als Erzieherin. Als Motiv gibt sie an, dass sie Kinder liebt. Ist das Teil einer professionellen Haltung?

Heck: Das ist eine Aussage, aber noch keine Haltung. Menschen starten mit persönlichen Wertvorstellungen in den Beruf. Diese stützen sich in der Regel auf Erfahrungen und Erlebnisse, aber nicht auf professionelles Wissen. Eine Erzieherin hat den Auftrag, Kinder zu erziehen und Bildungsprozesse zu ermöglichen. Deshalb muss jeder, der neu in eine Einrichtung kommt, seine persönlichen Wertvorstellungen mit den Erfahrungen und Kenntnissen des Teams abgleichen. Ohne Wissen und die Verständigung auf gemeinsame fachliche Standards entsteht kaum eine professionelle Haltung.

E&W: Was heißt das für die Praxis?

Pöckelmann: Wir arbeiten mit Erziehungszielen. Da sind zum einen persönliche Erziehungsziele, die sich aus der Biografie der Mitarbeitenden speisen. Zum anderen gibt es die Erziehungs- und Bildungsziele der Kita. Außerdem arbeiten wir mit den Eltern, die ebenfalls ihre Vorstellungen formulieren. Einer Erzieherin oder einem Vater ist zum Beispiel wichtig, dass das Kind im Heranwachsen Empathie entwickelt. Andere möchten, dass es sich als erwachsener Mensch gut durchsetzen kann.

E&W: Ein Widerspruch?

Pöckelmann: Nein, beides ist wichtig. Ein Kind sollte lernen, für seine Ziele einzustehen – aber dabei nicht mit Ellbogen gegen andere und deren Interessen vorzugehen.

Eibeck: Der Blick auf das Kind mit den Augen des zielorientierten Erwachsenen ist für mich problematisch. Jedes Kind hat zuallererst ein Recht auf seine Gegenwart. Seine Entwicklung darf nicht darauf hin ausgerichtet werden, was aus ihm werden soll. Das wiederum hat Auswirkungen auf die Haltung: Die Fachkräfte müssen auf den Moment schauen, beobachten – und Bildung und Erziehung nicht vom Ende her denken.

Pöckelmann: Da stimme ich zu. Aber Erziehungsziele sind trotzdem wichtig, weil sie eine Perspektive für die Mitarbeitenden schaffen. Und dabei ist wichtig, wie sie die Rolle erwachsener Menschen in unserer Gesellschaft verstehen.

E&W: Was ist noch entscheidend für eine professionelle Haltung?

Heck: Erzieherinnen und Erzieher müssen ihr Fachwissen umsetzen können. Ich berate zurzeit Erzieherinnen, die sich in der Ausbildung mit dem „aktiven Kind“ befasst haben. Das heißt, das Kind initiiert seine Lernprozesse selbst. Manchmal machen die Mädchen und Jungen dabei etwas, was Erwachsene nicht wollen. Genau das ist der Prüfstein für die professionelle Haltung.

E&W: Inwiefern?

Heck: In der Kita gibt es die Regel, dass auf dem Bauteppich jeweils zwei Kinder aus zwei Gruppen spielen. Auf einmal machen viel mehr Kinder mit und das Spiel wächst über den Bauteppich hinaus in den Flur und in die Garderobe. Mit Bauklötzen und Schuhen bauen sie Straßen, also eine großartige Aktion. Zwei junge Erzieherinnen hat das arg in die Bredouille gebracht.

E&W: Warum?

Heck: Auf der einen Seite sehen sie das selbstlernende Kind, wie sie es aus dem Unterricht kennen, auf der

Haltung wächst, wenn Menschen sich für eine gemeinsame Sache engagieren. Erzieherinnen und Erzieher müssen sich darüber verständigen, wie sie mit den Kindern und miteinander umgehen – und welche Ziele sie für die Arbeit mit den Mädchen und Jungen haben.

Fotos: Christoph Boeckheler

Heike Pöckelmann

anderen das Kind, das sich nicht an Regeln hält. Die Mitarbeiterinnen sagen: „Ihr kennt die Regel, also entscheidet, welche vier Kinder weiterspielen!“ So kommt, was kommen muss: Die Mädchen und Jungen streiten sich, wer zuerst da war. Wer hat schon lange gespielt und muss jetzt aufhören? Die Erzieherinnen entscheiden: Der Bauteppich wird geschlossen!

E&W: Eine Fehlentscheidung?

Heck: Aus meiner Sicht sind die Mitarbeiterinnen in diesem Beispiel aus ihrer professionellen Haltung ausgestiegen. Zwar konnten sie in der Theorie genau beschreiben, was ein selbstlernendes Kind tut. Sie konnten das aber nicht anwenden, weil es in der konkreten Situation mit ihrer Vorstellung von Erziehung kollidiert.

Eibeck: Was hätten die beiden stattdessen tun sollen? Das Spiel laufen lassen?

Heck: Genau. Sich eine erfahrenere Kollegin zu Hilfe holen, gemeinsam den Vorgang beobachten und darüber sprechen, das hätte geholfen. Der Bildungsprozess der Kinder hätte im Vordergrund gestanden, nicht der Erziehungsaspekt und die Regeln.

E&W: Konfliktreich kann auch die Eingewöhnungsphase für ganz junge Kinder sein. Wie können sich Erzieherinnen professionell verhalten, wenn es hier Probleme gibt?

Pöckelmann: Manchmal zweifeln Eltern an ihrer eigenen Entscheidung, das Kind von Fremden betreuen zu lassen. Dann reflektiere ich mit der zuständigen Erzieherin die Situation: Wie haben sich die Eltern heute verhalten und wie das Kind? Vielleicht hat die Mitarbeiterin es an diesem Tag geschafft, dass Kind und Eltern sich eine halbe Stunde trennen konnten. Am nächsten Tag klappt das vielleicht nicht.

E&W: Was hat dieser Grundkonflikt mit Haltung zu tun?

Pöckelmann: Erzieherinnen und Erzieher haben eine eigene Grundhaltung zur Eingewöhnung. Es kommt zum Beispiel vor, dass sie die Fremdbetreuung ganz kleiner Kinder kritisch sehen. Da spielen persönliche Erfahrungen und Einstellungen eine Rolle, aber auch die gesellschaftliche Debatte über das Pro und Kontra der Frühbetreuung. Davon kann sich eine Erzieherin genauso wenig frei machen wie die Eltern. Trotzdem muss die Erzieherin – und hierin zeigt sich die professionelle Haltung – die Perspektive der Eltern und des Kindes mit einbeziehen und dafür sorgen, dass das Kind in der Einrichtung gut ankommen kann.

Heck: Ich erlebe, wie mit der Erweiterung der Betreuungszeiten und der Ausweitung des Rechtsanspruchs auf die Einjährigen unreflektierte Vorurteile zum Vorschein kommen. Es gibt Erzieherinnen und Erzieher, die sagen: „Mein eigenes Kind würde ich in dem Alter nicht hierher bringen.“ Das Kriterium für eine professionelle Haltung darf nicht die eigene Einstellung sein, sondern ob das Kind bei meinem Handeln im Mittelpunkt steht. Wenn es ihm nicht gut geht, ist nicht automatisch die Trennung von den Eltern schuld. Es könnte auch der Ablauf in der Kita sein. Eine Ursache kann auch sein, dass eine lange Betreuungszeit ein kleines Kind überfordert.

Pöckelmann: Bei uns gibt es eine Mutter, die hat sich von ihrem Partner getrennt und ist jetzt alleinerziehend. Sie arbeitet Vollzeit mit wenig Flexibilität. Sie steht unter großem Druck und kann deshalb nicht sehen, dass die sehr lange Betreuungszeit ihrem zweijährigen Kind Probleme bereitet.

E&W: Wie löst das Team diesen Konflikt?

Pöckelmann: Wir fragen die Mutter, wie wir sie weiter unterstützen können. Gibt es andere Stellen oder Personen, die helfen könnten? Wir wollen ihre schwierige Lage ja nicht noch verschärfen. Andererseits schildern wir klar die Situation des Kindes: Die Trennung vom Vater ist ganz frisch, außerdem muss es einen Umzug verkraften – in neuer Umgebung und mit neuen Kontaktpersonen.

E&W: Das hört sich nach Lehrbuch an. In der Praxis erleben Erzieherinnen und Eltern, dass es keine oder nur unzureichende Lösungen gibt – weil Personal fehlt oder ständig wechselt.

Heck: Ich sehe zurzeit viele Kita-Teams, die sehr angestrengt versuchen, ihren Alltag zu bewältigen. Das zeigt sich auch im Umgang mit Eltern – etwa wenn sie mit dem Kind später kommen, als es die Absprachen vorsehen. Da werden dann die Augen gerollt. Ähnliche Szenen gibt es kurz vor Schluss. Das Kind erlebt damit zwei Seiten, die nicht zusammenpassen: Die Erzieherin ist tagsüber zugewandt und wertschätzend – und wird ungeduldig oder begegnet den Eltern mit spitzer Zunge. Da vermisse ich die professionelle Haltung.

Eibeck: Es machen sich auch steigende Ansprüche bemerkbar, die an die Kita gestellt werden. Mit der Erkenntnis, dass in jungen Jahren die Basis für den Bildungserfolg gelegt werde, hat sich der Auftrag stark verändert. Mit Blick auf die Schule wächst der Druck, die Kinder gut vorzubereiten. Auch Eltern machen

Anne Heck

Druck. Das belastet viele Erzieherinnen und Erzieher. Umso wichtiger ist es, dass sie hierzu eine Haltung entwickeln.

Pöckelmann: Auch ich erlebe Eltern, die mit Sorge auf den Schulstart blicken und Ansprüche stellen. Deshalb sorgen wir für eine möglichst große Transparenz. Das heißt: Die Eltern wissen, wie wir arbeiten, schon bevor sie ihr Kind zu uns bringen. Mit der Schule bauen wir Netzwerke auf, laden die Lehrkräfte zu uns ein. Sie sollen verstehen, was wir in der Kita tun. Wir dokumentieren ja die

Anne Heck ist Diplom-Psychologin, Supervisorin und Beraterin für Kindertageseinrichtungen in Heidelberg.

Heike Pöckelmann leitet eine Kita in Stuttgart. Außerdem ist sie Bindungstherapeutin und bildet Erzieherinnen und Erzieher an Fachschulen aus.

Bernhard Eibeck ist Referent für Jugendhilfe und Sozialarbeit beim GEW-Hauptvorstand.

Bildungsprozesse bei jedem Kind – und eigentlich ist das eine Ressource, die Lehrerinnen und Lehrer für ihre Arbeit wunderbar nutzen können. Umgekehrt versuchen wir, die Schule kennenzulernen. Vor diesem Hintergrund kann das Kita-Team eine professionelle Haltung zu den Erwartungen von Schule und Eltern entwickeln. Dazu gehört für mich die Überzeugung, dass nachhaltiges Lernen nicht über Eintrichtern funktioniert, sondern über selbstgesteuertes Lernen. Das müssen wir Lehrkräften und Eltern erklären.

Heck: Eltern brauchen konkrete Beispiele. Man kann ihnen etwa eine alltägliche Spielszene zeigen, in der deutlich wird, was zwischen den Kindern passiert und welche komplexen Bildungsprozesse ablaufen. Den Lehrerinnen und Lehrern müssen wir klarmachen, dass Kinder hier sehr viel lernen, die Kita jedoch kein Zulieferbetrieb für die Schule ist.

E&W: Sie haben professionelle Haltung als etwas beschrieben, das ein Team gemeinsam entwickelt. Was passiert, wenn persönliche Überzeugungen und die gewünschte professionelle Haltung sich widersprechen und es keinen Konsens gibt?

Eibeck: Nehmen wir das Beispiel Flüchtlingskinder. Es gibt Eltern, die meinen, dass es zu viele Flüchtlinge in Deutschland gibt. Man kann darauf so reagieren, dass man auf die Menschenrechte und das Asylrecht verweist und mit Fakten argumentiert. Wichtig ist hier die Haltung, dass alle Kinder das gleiche Recht auf Förderung haben und dies im Alltag gegenüber den Kindern und Eltern zu leben.

E&W: Das heißt, Ihre Haltung pro Flüchtlinge ist die richtige, die Skepsis bzw. Ablehnung der anderen die falsche Haltung? Wer entscheidet das?

Pöckelmann: Es geht in diesem Fall nicht um eine richtige oder falsche Haltung bzw. willkürliche Anordnung. Die entscheidende Frage ist: Auf welcher Grundlage wird entschieden? Das sind in diesem Fall die Menschenrechte, also geht es nicht um meine persönliche oder die Haltung der Mehrheit in einem Team, sondern um ein allgemein gültiges Recht, das alle respektieren müssen.

Heck: Ich kenne eine Einrichtung, in der Erzieherinnen professionell gut arbeiten – und einige gleichzeitig politisch rechts stehen. Persönliche Einstellungen und professionelle Haltung stimmen also nicht überein. Sie machen während ihrer Arbeit keine Bemerkungen über Flüchtlinge. Wenn sie konkret danach gefragt würden, würden sie sagen: „Als Privatperson wehre ich mich dagegen, wenn Flüchtlinge in unseren Ort kommen." In so einem Fall kann ich als Leitung mit Reflexion oder Überzeugungsarbeit wenig erreichen. Manche Erzieherinnen und Erzieher geben sich „professionell", indem sie ihre Vorurteile abspalten und nicht zeigen.

Pöckelmann: Wir wissen aus der Forschung, dass tief verwurzelte Überzeugungen sich gerade in Stress-Situationen Bahn brechen. Und genau dann muss ich als Leitung eingreifen.

E&W: Kann eine vermeintlich professionelle Haltung auch gefährlich werden? Etwa wenn man an Übergriffe in einzelnen Einrichtungen denkt oder an

Bernhard Eibeck

systematischen Missbrauch von Schutzbefohlenen, wie es an der Odenwaldschule oder an katholischen Internaten geschehen ist – das alles unter dem Deckmantel einer am Kindeswohl orientierten Pädagogik und Haltung?

Pöckelmann: Eine pädagogische Einrichtung braucht die Reflexion durch Fachleute von außen, damit kein geschlossenes System entsteht. Das können zum Beispiel Supervision und Teambegleitung leisten. Sie garantieren einen unverstellten Blick auf die Arbeit und ermöglichen verschiedene Perspektiven.

Eibeck: Für mich ist Haltung zum einen dann gefährlich, wenn sie aus einer Doktrin kommt und ideologisch begründet wird. Zum anderen werden mitunter Haltungen in Institutionen gedeckt, die ganz offensichtlich Kindeswohl gefährdend sind. Hier muss man ganz entschieden einschreiten. Generell muss Haltung immer wieder reflektiert und mit dem fachlichen Auftrag abgeglichen werden.

Interview: Katja Irle, freie Journalistin

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW

Im gleichen löchrigen Boot

// „Unsere Kinder haben alle einen Sonderstatus“, sagt die Leiterin der Saarbrücker Kita „Melanchthon“. Hier, in einem sozialen Brennpunkt, spielen die heutigen Flüchtlingskinder mit den Kindern der Flüchtlingskinder von gestern. Und dass hier nicht Hamburg-Blankenese ist, hat auch Vorteile. //

Gisela Weiß hat nun schon fast eine Stunde über ihre Arbeit gesprochen. Über einen Stadtteil, der wie unter einem Brennglas alle Probleme dieser Gesellschaft zu vereinen scheint. Und über eine Kita, die all das abfedern muss, was soziale Not, überforderte Eltern und eine Politik, die es sich zu leicht macht, nicht bewältigen.

Und jetzt soll ausgerechnet zum Thema gemacht werden, dass in den vergangenen Monaten viele Kinder aus geflüchteten Familien dazugekommen sind? Kita-Chefin Weiß scheint ein wenig irritiert. Aber nun gut. Klar, jedes zehnte Kind in der Kita „Melanchthon“ entstammt einer Flüchtlingsfamilie, auf der Warteliste stehen 14 weitere. Weiß berichtet von dem kleinen Jungen aus Uganda, der Schlimmes erlebt hat, aber einstweilen nicht mehr sagt, als dass er „nie mehr nach Afrika will“. Erzählt von seiner Mutter, die ihr ein bisschen davon anvertraut hat, und von den Kindern aus Syrien, die in der Regel schnell Deutsch lernten und motorisch fitter seien als viele andere Kinder hier.

Aber irgendwie scheint sie sich dann doch nicht ganz sicher zu sein, ob ihr Gegenüber wirklich begriffen hat, was das Besondere an dieser Kita ist. Dass hier viele Flüchtlingskinder betreut werden, ist es nämlich nicht. Das war nie ein Thema. Wir sind nicht in Hamburg-Blankenese, wo die „bessere Gesellschaft“ gerade den Aufstand probt. Wir sind in Saarbrücken-Wackenberg, einem „sozialen Brennpunkt“. Weiß kann sehr plastisch erklären, was den Stadtteil ausmacht. Und warum genau

Fotos: Becker & Bredel

Die Kita „Melanchthon“ ist vor zwei Jahren renoviert worden. Es gibt einen großen Garten mit Blick auf den nahen Wald – nicht selbstverständlich für eine Einrichtung, die in einem sozialen Brennpunkt wie Saarbrücken-Wackenberg liegt.

„Unsere Kinder haben alle einen Sonderstatus“, sagt Gisela Weiß, Leiterin der Kita „Melanchthon“ in Saarbrücken-Wackenberg.

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Versorgungs-analyse für Frauen.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. DBV

Sie kümmern sich um alles. Aber haben Sie dabei auch an sich gedacht? Viele Frauen im Öffentlichen Dienst arbeiten nur Teilzeit oder pausieren ganz. Gründe hierfür sind meist Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen. Zu dieser speziellen Situation hat die DBV sich Gedanken gemacht. Die Versorgungsanalyse zeigt Ihnen:

- ✔ **mit welchen Bezügen Sie im Alter rechnen können**
- ✔ **wie Sie Ihre Versorgungslücke intelligent schließen können und trotzdem flexibel bleiben**
- ✔ **wie Sie Ihre finanzielle Unabhängigkeit im Alter bewahren**

Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen:
FrauenimOeffentlichenDienst@dbv.de
oder Telefon 0800 292 22 74.

Sonderkonditionen in der Krankenversicherung für Mitglieder der
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW

Ein Unternehmen der AXA Gruppe AXA

Foto: Becker & Bredel

Die Kita muss all das abfedern, was soziale Not, überforderte Eltern und eine Politik, die es sich in einem armen Stadtteil wie Wackenberg zu einfach macht, nicht bewältigen.

deshalb ein Bürgerkriegsflüchtling von den meisten hier nicht als Konkurrent gesehen wird, sondern als Neu-Wackenberger, der im gleichen löchrigen Boot sitzt wie sie selbst.

Schon vor dem 1. Weltkrieg standen hier Kasernen, in denen nach 1918 Kriegsveteranen untergebracht wurden. Ab den Sechzigern kamen Italiener, in den Neunzigern Russlanddeutsche. Und heute? Die Kita-Leiterin deutet auf ein dreigeschossiges Haus in Sichtweite: „Da drüben weist die Obdachlosenbehörde ein, dahinter ist ein Haus für ehemalige männliche Strafgefangene." Sie lacht. Es ist ein Lachen, dem jede Bitterkeit fehlt. Weiß arbeitet schon zu lange auf dem Wackenberg, als dass sie noch Erwartungen an die Politik hätte. „Natürlich würden wir uns eine Durchmischung des Viertels wünschen", sagt sie. Aber Wünsche, die seit Generationen unerfüllt bleiben, erlöschen irgendwann.

Ein Rundgang durchs Viertel. Drei- bis viergeschossige Bauten, die Rasenabschnitte davor sind gemäht, die Gehwege leidlich sauber. Doch in den Verästelungen der Rubensstraße wird es dunkler, die Fassaden sind heruntergekommen, vor der Lucas-Cranach-Straße, die alle hier „Hartz-IV-Allee" nennen, steht ein Kiosk, der gleichzeitig als Begegnungsstätte dient. „Die Menschen wohnen sehr beengt", sagt Weiß. Größer als 70 Quadratmeter sei kaum eine Wohnung.

Die Kita hingegen wurde vor zwei Jahren frisch renoviert, es gibt einen großen Garten, mit Blick auf den nahen Wald, die Räume sind hell und gut ausgestattet. Auch das Konzept wurde geändert. Es gibt keine Gruppen mehr, jedes Kind spielt dort, wo es spielen will. Doch der Stadtteil drumherum lässt sich nicht ausblenden. Nicht, wenn Jungs montags mit ausgekugeltem Arm kommen und berichten, der Vater sei am Wochenende „böse geworden". Drogen sind hier ein Thema und Alkohol, viele Familien brauchen Hilfe, um den Alltag zu bewältigen. Vor 2008 war es noch schlimmer, da gab es im Viertel nicht einmal eine Ganztagsbetreuung. Heute kommen 20 Kinder, die nach Rücksprache mit dem Jugendamt auch samstags betreut werden – weil sie in der Kita besser aufgehoben sind als zuhause.

Trotzdem: Seit 2008 hat das Jugendamt kein Kind mehr aus seiner Familie nehmen müssen, eine Straße weiter hat es jemand aufs Gymnasium geschafft. Es sind Erfolge wie diese, die die 20 Erzieherinnen weiter motivieren. Und dann ist da noch die Gemeinwesenarbeit im Viertel, organisiert von der bundesweit bekannten „Pädagogisch-Sozialen Aktionsgemeinschaft e. V.", kurz PÄDSAK*, deren Büro nur ein paar Straßen weiter liegt – in jeder Hinsicht das Zentrum des Viertels. „Ein Segen", findet Weiß, „ohne die könnten wir zumachen."

Zurück in der Kita versteht man plötzlich sehr gut, warum hier nirgendwo die Landesflaggen der Nationen hängen, warum es keinen Globus gibt, nichts, das Fotografen als Motiv wählen, wenn sie „Willkommenskultur" illustrieren wollen. Hier sind sie einen Schritt weiter. In einer Gemeinschaft, in der jeder sein Päckchen zu tragen hat, müssen die Inhalte dieser Päckchen nicht mehr einzeln benannt werden. Längst hat man auch begriffen, warum Weiß es anfangs so deplatziert fand, zwischen dem Schicksal der Flüchtlingskinder und dem der anderen Wackenberger zu unterscheiden. Man hat verstanden, warum der Syrien-Krieg nicht thematisiert wird, auch nicht die psychische Erkrankung eines Mädchens oder die Epilepsie eines Jungen.

Dass es Dinge gibt, über die Kinder nur dann reden wollen, wenn sie nicht dazu gezwungen werden, wissen alle hier. „Wir möchten vermeiden, dass der Fokus auf die Besonderheiten gelegt wird", sagt Weiß. „Unsere Kinder haben alle einen Sonderstatus." In der „Kita Melanchthon" spielen die heutigen Flüchtlingskinder mit den Kindern der Flüchtlingskinder von gestern. Anfang der Neunziger, als Weiß gerade erst hier oben angefangen hatte, kamen die Geflüchteten aus dem Bosnien-Krieg – deren Kinder und Enkel sind heute in der Kita. Dann kamen afrikanische Flüchtlinge, aus Eritrea, Äthiopien, Uganda. Seit vier Jahren etwa stammt der Großteil der neu Zugezogenen aus Syrien. 14 Kinder aus Flüchtlingsfamilien stehen auf der Warteliste, genauso wie 30 Kinder aus anderen Nationen. „Diese Begrüßungskultur wäre bei uns nicht so gut", sagt Weiß. „Ich werde mich hüten, ein Problem zu schaffen, wo keines ist."

Christoph Ruf,
freier Journalist

***www.paedsak.de**

Leipziger Vielerlei

// In der Kita „UniKids“ hat man gute Erfahrungen damit gemacht, Kindern aus Flüchtlingsfamilien keine starre Monokultur vorzuleben. Dennoch gibt es Regeln, an die sich alle halten müssen. //

Bayrischer Platz, Leipzig. Wer hier der Straßenbahn entsteigt, braucht viel Geduld, bis sich die Blechlawine einmal kurz staut und die Ampel auch den Fußgängern ein paar Sekunden gewährt. Wenige Meter weiter steht man vor einem Zaun mit dem Schild: „Kita UniKids“. Dahinter – man kann es nicht anders sagen – ein Idyll: ein riesiger Innenhof mit Sandkasten und Spielgeräten. In der Kita selbst stehen alle Türen offen. Den hellen, großen Räumen sieht man an, dass sie erst vor zwei Jahren gebaut wurden. In der Drachengruppe wird gerade der Morgenkreis abgehalten, die Kinder machen Vorschläge, was sie heute unternehmen wollen. Die Fuchsgruppe bereitet sich auf einen Ausflug in den nahen Friedenspark vor. Und der Bastelraum ist auch schon belegt.

Kinder aus 20 Nationen seien hier, sagt Kita-Leiterin Iris Lakai und zählt ein paar dieser Länder auf: Mazedonien, Äthiopien, Syrien, Irak, Serbien, Vietnam. Die „UniKids“ sind ein Betriebskindergarten auf dem Gelände der Uniklinik, das allein sorgt schon für eine Internationalität, die in Sachsen mit seinem Ausländeranteil von vier Prozent selten ist. In den vergangenen Monaten sind acht Flüchtlingskinder dazugekommen. „Für deren Integration ist es optimal, wenn sie früh in die Kita kommen“, ist Lakai überzeugt. „Aber auch für die deutschen Kinder hat das nur Vorteile. Wer früh gemeinsam spielt, entwickelt erst gar keine Vorurteile, die man später nur noch so schwer abbauen kann.“

Vorurteile, wie sie in Sachsen tiefer verwurzelt zu sein scheinen als anderswo: Noch am Morgen hatte die „Leipziger Volkszeitung“ Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) mit den Worten zitiert, er halte „die Stimmung in Sachsen kaum mehr aus – das betrifft auch meine Stadt“. 477 rechtsmotivierte Straftaten und Übergriffe gab

Foto: Ralf Fiebelkorn

„UniKids“, eine Betriebskita auf dem Gelände der Leipziger Uniklinik: Hier machen die Erzieherinnen und Erzieher gute Erfahrungen damit, Kindern keine Monokultur vorzuleben.

AKUTKLINIK URBACHTAL
PRIVATKLINIK FÜR PSYCHOSOMATIK UND PSYCHOTHERAPIE

- Burnout
- Lebenskrisen
- Depressionen
- Angststörungen
- Chronische Schmerzen
- Traumafolgestörungen

* Hochfrequente Therapie
* Herzlichkeit und Mitgefühl
* Individualität in familiärem Kreise
* 60 Betten / 30 Therapeuten

Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig

88339 Bad Waldsee
0 75 24 990 222
www.akutklinik.de

NM.FK 1327

reha KIND®

rehaKIND begleitet Sie auf Ihrem individuellen Weg zu einer inklusiven „Kita oder Schule für Alle“ – sprechen Sie uns an !

Die individuelle Hilfsmittelversorgung von Kindern mit Behinderungen und chronischen Krankheiten ist unser Arbeitsschwerpunkt.

www.rehaKIND.com

Foto: Ralf Fiebelkorn

Großzügige Außenanlagen geben den Fachkräften und Kindern der Kita „UniKids“ viel Freiraum – zum Spielen und Lernen.

es 2015, 74 Mal wurden Flüchtlingsheime angegriffen. An seinem Image als rechte Hochburg hat Sachsen also einen gehörigen Eigenanteil. Doch Pegida ist nicht überall, wie es vor allem diejenigen Westdeutschen gerne glauben, die Sachsen nur aus der „Tagesschau“ kennen. Nicht hier in Leipzig-Mitte, wo die Stimmung so weltoffen ist wie in München oder Hamburg, und schon gar nicht in Stadtteilen wie Connewitz, Reudnitz oder der Südvorstadt, aus denen sich Rechte, die als solche zu erkennen sind, aus gutem Grund fernhalten.

Die „UniKids“ haben dann auch keine Probleme, gut qualifiziertes Personal zu finden. „Gerade wegen unseres integrativen Ansatzes“, berichtet Lakai. 21 Menschen arbeiten hier, die meisten in Teilzeit. Fünf davon sind Männer, Leute wie Sebastian, der Praktikant, der heute ein Shirt der Neofolk-Band „In Extremo“ trägt. Oder Lukas, der gerade seinen Bundesfreiwilligendienst begonnen hat und im Rollstuhl sitzt.

Konfliktfeld Mittagessen

Mittlerweile sind die meisten Kinder draußen in der Sonne, ein paar spielen im riesigen Sandkasten, andere machen ein Dreirad-Wettrennen auf der Tartanbahn. Noch eine Stunde, dann gibt es Mittagessen. Damit tut sich ein Konfliktfeld auf, wie es in vielen Kitas bekannt ist. Für Moslems ist Schweinefleisch tabu, aber müssen die Nichtmoslems deshalb auch immer darauf verzichten? In einer Kita in der Nähe laufe es genau so, berichtet ein Mann, der gerade ein paar Kisten Erdbeeren geliefert hat. Warum sich die Mehrheit der Minderheit unterordnen müsse, fragt er. „Bei uns gibt es diese Diskussion nicht“, antwortet Lakai. Die Eltern haben die Wahl zwischen verschiedenen Gerichten. Allerdings böten nicht alle Einrichtungen diese Möglichkeit – es gebe da noch ein gehöriges Stadt-Land-Gefälle: „Viele Kitas auf dem Land bekommen ihr Essen vom einzigen Metzger im Ort.“

Auch Kenan aus Syrien isst in der „Halal“-Version, nach den muslimischen Speiseregeln. Er ist eines der acht Flüchtlingskinder und spricht besser Deutsch als seine Mutter, die allerdings schon Interviews geben kann. Auch nach über einem Jahr weine der Kleine jedes Mal beim Abschied, berichtet sie: „Aber wir wollen, dass er schnell die Sprache lernt und in Leipzig Anschluss findet.“ Die meisten der Flüchtlingskinder kommen aus Sammelunterkünften und würden von der dortigen Sozialarbeiterin hierher vermittelt, sagt Lakai. Beim Aufnahmegespräch ist ein Dolmetscher dabei.

Eine Antidiskriminierungspädagogin berät das Team zusätzlich – und ermuntert es auch immer wieder zur Selbstreflexion. Auch wenn es nur um vermeintliche Banalitäten geht. Lakai muss lachen. „Früher fand man auf unseren Aushängen Bandwurmsätze. In der ersten Zeile stand ‚wir laden‘, in der vierten ‚ein‘. Heute steht schon in der Überschrift: ‚Einladung zum Kinderfest‘.“

Nun klingelt das Telefon, das Lakai griffbereit am Gürtel trägt – eine Krankmeldung. Da ist die Wirklichkeit wieder, denn fast hätte man es vergessen: Auch im Leipziger Idyll gibt es Probleme. So meint das Land Sachsen, sich einen der bundesweit schlechtesten Personalschlüssel leisten zu können: 12,5 Kinder auf eine Stelle, da ist jede Krankmeldung ein Schlag ins Kontor. Darüber hinaus gibt es das, was Lakai „kulturelle Prägungen“ nennt. Wie bei dem Roma-Kind, bei dem nicht weniger als neun Personen während der Eingewöhnungsphase mit in die Kita gekommen sind. Die Kritik manch anderer Eltern daran hat man ignoriert. „Wir versuchen das erst mal.“ Letztlich mit Erfolg, wie sie nachschiebt.

Keine Kompromisse gebe es allerdings im Bereich der Hygiene. Händewaschen muss sein. Und da wäre noch das Reizthema Pünktlichkeit. „Bei allem Respekt vor den Bedürfnissen der Eltern – auch die Kinder haben welche.“ Im Morgenkreis finden sich oft die Freunde für den ganzen Tag, wer zu spät kommt, hat manchmal keinen Anschluss mehr. Lakai deutet auf Kenans Mutter, die gerade wieder zur Straßenbahn geht. Da ist es schon fast elf Uhr. Schön wäre es, wenn sie früher käme. Natürlich seien auch viele deutsche Eltern immer wieder zu spät dran, sagt die Kita-Leiterin. Bei den „UniKids“ wollen sie das Thema nicht höher hängen als nötig. Schon um der eigenen Nerven willen. Vor allem aber, weil hier keine Monokultur vorgegeben wird. Jeder soll nach seiner Fasson Kind sein. „Wir orientieren uns immer zuerst an der Lebensrealität der Kinder und Familien“, sagt Lakai. Was so banal klingt, könnte ein echtes Erfolgsgeheimnis sein.

Christoph Ruf,
freier Journalist

WESTFRONT 14 – 18
WAS BLEIBT VOM 1. Weltkrieg?

01 Ring der Erinnerung Notre-Dame-de-Lorette, Pas-de-Calais Nordfrankreich

02 Beinhaus von Douaumont, Lothringen

03 Der Hartmannswillerkopf - Vogesenfront, Elsass

Lehrmaterial zur Vorbereitung Ihrer Kurse & **Informationen** zur Planung Ihrer Klassenfahrten finden Sie unter:
www.france.fr

france.fr

WESTFRONT 14-18
Ihre Geschichte wird zu unserer Geschichte

Bild links: © J. Pouille | Hauptbild: © G. Ramon | Bild rechts: © JL Delpal

Ein Bundesqualitätsgesetz für Kitas soll einheitliche Standards in ganz Deutschland sichern. Dazu gehört beispielsweise eine Fachkraft-Kind-Relation von 1:7 für Mädchen und Jungen, die älter als drei Jahre sind.

Foto: dpa

Schlüssel für bessere Kitas

// Das System der frühkindlichen Bildung und Betreuung befindet sich seit rund 20 Jahren im Umbau. Die Zahl der Einrichtungen wächst ständig. Bei der Qualität der Betreuung sind die Unterschiede jedoch nach wie vor groß – ob es in dieser Legislaturperiode zu einem Kita-Bundesqualitätsgesetz zur Sicherung einheitlicher Standards kommt, wie GEW, Caritas und Arbeiterwohlfahrt (AWO) fordern, steht noch in den Sternen. //

Bereits 2012 stellte die „Nationale Untersuchung zur Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit“ (NUBBEK)* fest, dass vier von fünf Betreuungseinrichtungen mit Blick auf die Qualitätsstandards allenfalls mittelmäßig seien. Die Wissenschaftler kritisierten u. a. den schlechten Betreuungsschlüssel in vielen Kitas. Der quantitative Ausbau der Kinderbetreuung müsse von einer Verbesserung der pädagogischen Qualität begleitet werden, heißt es im Abschlussbericht.

Kitas sind mittlerweile ein fester Bestandteil des Bildungs- und Betreuungssystems. Seit 1995 hat jedes Kind ab dem dritten Geburtstag einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, seit 2013 gilt dieser auch für Ein- und Zweijährige. Der Staat ist also in der Pflicht. Zwar sind die Ausgaben für die Kitas stark gestiegen – die durchschnittlichen Aufwendungen der Länder und Kommunen haben sich zwischen 2006 und 2014 laut Statistischem Bundesamt von rund 3 500 auf ca. 6 700 Euro pro Kita-Platz fast verdoppelt –, doch die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern sind nach wie vor gewaltig (zur Problematik der Kita-Finanzierung und der Aussagekraft der Daten s. auch S. 18, 20). In Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise finanzierte die öffentliche Hand 2014 einen Kita-Platz mit knapp 3 900 Euro, Berlin gab dagegen 9 400 Euro aus. Auch die Rahmenbedingungen für die Arbeit in den Einrichtungen unterscheiden sich teils stark. So sind nach Angaben des Ländermonitors der Bertelsmann Stiftung (2014) in saarländischen Kitas lediglich 2,4 Prozent der Leitungsteams vollständig freigestellt – in Bremen sind es dagegen 26, in Hamburg gar 32,2 Prozent.

Besonders groß sind die Unterschiede beim sogenannten Fachkraft-Kind-Schlüssel. Laut Bertelsmann-Ländermonitor 2015 variiert die Betreuungsquote in deutschen Kitas bei den unter Dreijährigen zwischen 1:3,1 in Baden-Württemberg und 1:6,5 in Sachsen; in der Altersgruppe der drei- bis sechsjährigen Kinder beträgt die Spannbreite zwischen 1:7,7 in Baden-Württemberg und 1:14,4 in Mecklenburg-Vorpommern. Empfohlen wird in wissenschaftlichen Untersuchungen für Mädchen und Jungen, die jünger als drei Jahre sind, jedoch eine Fachkraft-Kind-Relation von 1:3, für ältere von 1:7 bzw. 1:8.

Das Deutsche Kinderhilfswerk merkte bereits 2013 kritisch an, dass die auf EU-Ebene genannte Richtzahl von einer Erzieherin für fünf Kinder, wie sie in den skandinavischen Ländern bereits umgesetzt werde, in der Ländergesetzgebung hierzulande keine Rolle spiele. Schon 2009 waren Susanne Viernickel und Stefanie Schwarz in einer Expertise** im Auftrag der GEW zu dem Schluss gekommen, dass in den Kita-Gesetzen der Länder bei der Berechnung der Personalschlüssel Zeiten für Urlaub, Krankheit, Fortbildung oder auch Elternabende und Dokumentation in der Regel nicht ausgewiesen würden.

Länder haben versagt

Norbert Hocke, Leiter des GEW-Organisationsbereichs Jugendhilfe und Sozialarbeit, spricht von einem systematischen Versagen der Länder. Nötig sei daher ein Bundesgesetz, das verbindliche Standards für die frühkindliche Bildung und Betreuung festlege. „Das Kita-System mit seinen rund 53 000 Einrichtungen und über 750 000 Beschäftigten kann nicht mehr wie vor 40 Jahren von den Kommunen allein geregelt werden“, so Hocke.

Eigentlich sollte es ein solches Bundesgesetz bereits geben. Im Frühjahr 2012 legte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) das noch von ihrer Vorgängerin Kristina Schröder (CDU) initiierte „10-Punkte-Programm für ein bedarfsgerechtes Angebot in der Kindertagesbetreuung“*** vor. Einer dieser Punkte versprach ein Qualitätsgesetz für den Kita-Bereich. Zu den bundesweit gültigen Standards sollten u. a. eine Neuberechnung der Fachkraft-Kind-Relation sowie Regelungen für eine verbindliche Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte gehören.

Aufgrund des Widerstands der Länder, die höhere Kosten befürchteten, legte das Schwesig-Ministerium das Vorhaben 2014 auf Eis. Derzeit arbeitet eine Bund-Länder-Gruppe an Vorschlägen für einheitliche Standards im Kita-Bereich – einen Zwischenbericht soll es Ende des Jahres geben –, ein Bundesgesetz sei aktuell allerdings nicht geplant, teilte ein Ministeriumssprecher auf Nachfrage mit.

Zwar fällt die frühkindliche Betreuung in die Zuständigkeit der Länder. Das Grundgesetz gibt dem Bund jedoch die Handhabe, in die Länderkompetenzen einzugreifen, um in ganz Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse sicherzustellen. Dies machte der Verwaltungsrechtler Joachim Wieland in einem Ende 2015 veröffentlichten Gutachten deutlich (siehe E&W 3/2016). Auch die Finanzierung des Kita-Bereichs durch den Bund sei laut Grundgesetz möglich. Wieland schlägt vor, eine Stiftung des öffentlichen Rechts einzurichten. Das Bundesfamilienministerium sieht darin zumindest eine Option.

GEW-Kita-Experte Hocke schätzt, dass ein Qualitätsgesetz für den Bund zusätzliche Ausgaben von neun Milliarden Euro jährlich bedeutet. „Das sind aber Peanuts im Vergleich zu den 180 Milliarden Euro, die der Bund jährlich in Form von direkter oder indirekter Familienförderung ausgibt.“ Unter sozial- und bildungspolitischen Gesichtspunkten seien neun Milliarden Euro für die mehr als 50 000 Kitas in Deutschland besser investiertes Geld als etwa eine weitere Begünstigung kinderloser Besserverdienender durch das Ehegattensplitting.

Jürgen Amendt,
Redakteur „neues deutschland“

***NUBBEK-Studie: www.nubbek.de**
****Studie von Susanne Viernickel und Stefanie Schwarz „Schlüssel zu guter Bildung, Erziehung und Betreuung“: www.gew.de/kita/publikationen**
*****10-Punkte-Programm des Bundesfamilienministeriums: www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=186656.html**

ABCDEFGHIJK LEGASTHENIE-ZENTRUM NOPQRSTUVWXYZ

Weiterbildung „Supervision und Coaching - Berufsfeld Erziehung und Bildung“

Die Weiterbildung ermöglicht die Erschließung neuer Perspektiven als Supervisor/in in Teil- oder Vollzeit. Darüber hinaus trägt sie dazu bei, eigene berufliche Belastungen zu reduzieren, die Zufriedenheit im Beruf zu erhöhen und sich persönlich weiter zu entwickeln.

Start der Weiterbildung: 23. September 2016

Umfang: 3 Jahre (500 Seminarstunden und 40 Stunden Gruppen-Lehrsupervision)

Zielgruppe: u. a. Lehrer/innen, Dipl.-Pädagog(inn)en, Dipl.-Sozialpädagog(inn)en, Dipl.-Psycholog(inn)en, Therapeut(inn)en, Absolvent(inn)en äquivalenter Masterstudiengänge, Leitungskräfte

Legasthenie-Zentrum Berlin e. V.
Dachverband Berliner Legasthenie-Zentren
Alt-Tempelhof 21, 12103 Berlin
Tel: 030 / 45 02 22 33
Email: info@legasthenie-zentrum-berlin.de
Internet: **www.legasthenie-zentrum-berlin.de**

Würdesäule.

Bildung ermöglicht Menschen, sich selbst zu helfen und aufrechter durchs Leben zu gehen.
brot-fuer-die-welt.de/bildung

Mitglied der actalliance

Brot für die Welt
Würde für den Menschen.

Garantiert kompliziert

// Der Staat garantiert Kindern, die noch nicht schulpflichtig sind, eine Tagesbetreuung und übernimmt die Kosten. So einfach könnte es sein – die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus: Vorrangig Kreise und Gemeinden sowie die Länder, aber auch Träger, Eltern und neuerdings der Bund teilen sich die Finanzierung der Kita-Betreuungsplätze. Wer auf welchem Weg wie viel bezahlt, ist dabei von Bundesland zu Bundesland, teils sogar von Kommune zu Kommune höchst unterschiedlich. Aber: Ein qualitativ gutes Angebot braucht eine solide Finanzierung. //

Die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen regelt laut Sozialgesetzbuch (SGB) VIII das jeweilige Landesrecht*. Für die Tagespflege macht das SGB zwar Vorgaben**, legt die nähere Ausgestaltung aber ebenfalls in die Hände des Landesgesetzgebers. Entsprechend sind die Strukturen, die Verantwortlichkeiten und die Höhe der Finanzierung der Kindertagesbetreuung in Deutschland höchst unterschiedlich. Ist die Situation in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg noch überschaubar, weil hier Land, Kreis und Gemeinde zusammenfallen, ist es in den Flächenländern komplizierter: Land, Landkreise und Gemeinden zahlen jeweils direkt an den Träger der Einrichtung oder finanzieren sich gegenseitig. Da dies nicht nur in den Kita-Gesetzen, sondern auch in zusätzlichen Verordnungen und Richtlinien geregelt wird, ist ein Überblick über die Bundesländer kaum möglich. Noch schwieriger wird es, wenn man bedenkt, dass die Regelungen erst vor dem Hintergrund der allgemeinen Finanzausstattung von Land, Kreisen und Gemeinden sowie des kommunalen Finanzausgleichs ein stimmiges Bild ergeben. Kommunen, die finanziell relativ gut gestellt sind, benötigen weniger Zuweisungen über das Kita-Gesetz; unterfinanzierten Kommunen helfen auch üppigere Zahlungen aus diesem Topf wenig. Insofern sind Aussagen wie „Land xy beteiligt sich mit 50 Prozent an der Finanzierung; Land yz dagegen nur mit 30 Prozent“ von geringem Wert.

Zwar ist die Frage, welche staatliche Ebene auf welchem Weg welchen Anteil an der Finanzierung übernimmt, für das Funktionieren des Systems von Bedeutung; für die pädagogische Praxis ist im Grunde aber nur wichtig, wie viel Geld in der Einrichtung ankommt und wie es bemessen wird. Personal- und Materialausstattung sind davon unmittelbar abhängig.

Wie die Finanzierung bemessen wird, hat eine nicht zu unterschätzende, häufig jedoch nicht genügend reflektierte Wirkung:

Objekt- und Subjektfinanzierung

Wird die Einrichtung unabhängig von der konkreten Belegung der Plätze bezuschusst, hat der Träger Planungssicherheit. Diese Finanzierung des Angebots wird auch als „Objektfinanzierung“ bezeichnet. Damit die Platzreserven ausgeschöpft werden, die Kinder also den ihnen zustehenden Platz auch bekommen und die öffentlichen Mittel sparsam eingesetzt werden, sind bei dieser Art der Finanzierung zusätzliche Kontrollen und Regulierungen erforderlich. So werden z. B. für die konkrete Belegung der Einrichtung bestimmte Spannweiten vorgegeben, deren Unterschreitung zu Finanzierungsabzügen führt.

Die früher übliche, inzwischen eher zurückgehende Finanzierung von Gruppen, wie in Niedersachsen, erfordert von einer Einrichtung mit gruppenoffener Arbeit „Kreativität“ in der Nachweispraxis. Ebenso ist es bei Vorgaben etwa zu bestimmten Mischungsverhältnissen in der Altersstruktur der Gruppen wie in Nordrhein-Westfalen (NRW). Damit haben die Finanzierungsgrundsätze (vermutlich eher unbeabsichtigt) Nebenwirkungen auf Organisationsformen wie Altersmischung oder Gruppenprinzip, die pädagogisch zu begründen sind.

Spielt im Gegensatz zur Finanzierung über das „Objekt“ nur die Zahl der tatsächlich belegten Plätze – also der betreuten Kinder – in der Einrichtung eine Rolle, wird dies als „Subjektfinanzierung“ bezeichnet. Zumeist werden dabei zusätzlich das Alter der Kinder und der zeitliche Betreuungsumfang berücksichtigt. Auch andere Faktoren fließen zum Teil in die Finanzierung ein. In Bayern erhöhen sich die Zuschüsse etwa, wenn Kinder nicht deutschsprachiger Herkunft oder mit Behinderungen in der Einrichtung sind. Eine der bekanntesten Formen der Subjektfinanzierung ist der „Betreuungsgutschein“, der – wie in Hamburg – dem Kind die Erfüllung des Rechtsanspruchs und dem Träger eine bestimmte Finanzierung garantiert.

Die Subjektfinanzierung erfordert vom Träger eine gut funktionierende, vorausschauende Personaleinsatz- und Belegungsplanung. Doch selbst dann lassen sich Finanzrisiken für ihn oder wechselnde Arbeitsvolumina für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht immer vermeiden.

Ob es zu solchen Problemen kommt, hängt z. B. davon ab, wie häufig die Zahl der betreuten Kinder und damit die Finanzierungszuweisung ermittelt wird. Eine monats- oder gar taggenaue Abrechnung kann ein Träger kaum personell aussteuern. Dagegen können zu lange Abstände zwischen den Stichtagen zur Folge haben, dass das Interesse des Trägers sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der vollen Auslastung der Einrichtung sinkt. In Brandenburg etwa wird die Belegung vierteljährlich ermittelt. Die Personalfinanzierung gilt dann für das jeweils folgende Quartal.

In der Regel sind die Finanzierungen in den Ländern Mischformen aus Objekt- und Subjektfinanzierung, wenn – wie beispielsweise in Brandenburg – der Personalzuschuss nach dem belegten Platz berechnet und der Betrieb der Einrichtung relativ belegungsunabhängig finanziert wird.

Auch Träger und Eltern zahlen

Fast überall wird von den Trägern der Einrichtungen eine finanzielle Eigenleistung verlangt. Diese Erwartung ist

>> **Fortsetzung auf Seite 20**

FERNE WELTEN entdecken!

Studien- und Erlebnisreisen im Sommer und Herbst 2016

Große Portugal-Rundreise

14-tägige ausführliche Studienreise mit den landschaftlichen und kulturellen Höhepunkten zwischen Porto im Norden und der Traumküste der Algarve im Süden.

Lissabon – Belem – Queluz – Sintra – Cascais – Obidos – Alcobaca – Nazare – Batalha – Fatima – Tomar – Coimbra – Porto – Braga – Guimaraes – Viseu – Evora – Lagos – Sagres – Silves

Leistungen:

- Linienflüge mit TAP PORTUGAL ab/bis Frankfurt inkl. Steuern und Gebühren
- Übernachtungen in guten *** bis ****-Hotels, teilweise mit Halbpension
- überschaubare, kleine Reisegruppe
- Transfers, Besichtigungs- und Erlebnisprogramm einschl. Eintrittsgelder
- Reisehandbuch nach Wahl
- Reiseleitung örtlich, deutschsprachig

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

603429-03	16.10.16-29.10.16	€ 1.995,–
Einzelzimmer-Zuschlag:		+ € 460,–
Innerdt. Bahnanreise (Rail&Fly):		+ € 86,–
Innerdt. Anschlussflüge:		auf Anfrage
Mindestteilnehmerzahl:		12 Personen

Madrid und Umgebung

7-tägige Erlebnisreise durch das Herz und die Geschichte Spaniens mit dem Besuch von fünf UNESCO-Weltkulturerbe-Stätten und einem optimalen Einblick in die kulturelle Vielfalt der Region.

Madrid – Templeque – Consuegra – Toledo – Avila – Salamanca – Escorial – Segovia

Leistungen:

- Linienfl. mit IBERIA ab/bis Frankfurt inkl. Steuern & Geb.
- Übernachtungen in guten, zentralen ****-Hotels, ein Abend- und ein Mittagessen
- Besuch/Verkostung in einer Käserei, einer Weinbodega und traditionelles Spanferkelessen in Segovia
- Exkl. Kleingruppe für flexibleres, individuelleres Reisen
- Transfers, Besichtigungs- und Erlebnisprogramm einschl. Eintrittsgelder
- Reisehandbuch nach Wahl
- Reiseleitung örtlich, deutschsprachig/Fahrer

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

605430-02	18.09.16-24.09.16	€ 1.790,–
605430-03	09.10.16-15.10.16	€ 1.790,–
Einzelzimmer-Zuschlag:		+ € 230,–
Innerdt. Bahnanreise (Rail&Fly):		+ € 86,–
Innerdt. Anschlussflüge:		auf Anfrage
Mindestteilnehmerzahl:		5 Personen

Faszinierendes Russisch-Karelien

9-tägige, außergewöhnliche Erlebnisreise durch den Norden Russlands, bei der grandiose Natureindrücke im Wechsel mit Besuchen von einzigartigen Kirchen und Klöstern stehen.

St. Petersburg – Petrosavodsk – Insel Kischi – Insel Walaam – Kem – Kivatsch – Belomorsk – Solovetzkij-Inseln – Kem – St. Petersburg

Leistungen:

- Linienflüge mit AEROFLOT ab/bis verschied. dt. Flughäfen inkl. Steuern & Geb.
- Übernachtungen in guten *** bis ****-Hotels, teilweise mit Halb- oder Vollpension
- Tageszugfahrt St. Petersburg – Petrosavodsk und Schlafwagenfahrt Kem – St. Petersburg im Vier-Bettabteil sowie Fähr- und Schnellbootüberfahrten
- Transfers, Besichtigungs- und Erlebnisprogramm einschl. Eintrittsgelder
- Reisehandbuch nach Wahl
- Reiseleitung örtlich, deutschsprachig & lokale Führer

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

603628-01	11.06.16-19.06.16	€ 1.980,–
603628-02	13.08.16-21.08.16	€ 1.880,–
Einzelzimmer-Zuschlag: (gilt nicht für Abteil im Zug)		+ € 320,–
Innerdt. Bahnanreise (Rail&Fly):		+ € 86,–
Visum Russland:		+ € 85,–
Innerdt. Anschlussflüge:		auf Anfrage
Mindestteilnehmerzahl:		8 Personen

Weitere spannende Reisen im Sommer und Herbst 2016:

(Preise je Person im Doppelzimmer)

Durchführung der Touren weitestgehend gesichert

GROSSE SIZILIEN-RUNDREISE

603413-04	11.09.16-24.09.16	€ 2.550,–
603413-05	16.10.16-29.10.16	€ 2.420,–

MAROKKO UND SEINE KÖNIGSSTÄDTE

613211-05	17.09.16-25.09.16	€ 1.130,–
613211-06	01.10.16-09.10.16	€ 1.130,–
613211-07	22.10.16-30.10.16	€ 1.130,–

GLANZLICHTER PERSIENS

617008-05	03.09.16-11.09.16	€ 1.570,–
617008-06	24.09.16-02.10.16	€ 1.640,–
617008-07	15.10.16-23.10.16	€ 1.690,–
617008-08	29.10.16-06.11.16	€ 1.640,–

KULTURREISE ANDALUSIEN

603422-02	18.10.16-27.10.16	€ 1.985,–

SRI LANKA ZUM KENNENLERNEN

623218-04	15.06.16-25.06.16	€ 1.295,–
623218-05	22.06.16-02.07.16	€ 1.295,–
623218-06	06.07.16-16.07.16	€ 1.295,–

GROSSE KAUKASUS-RUNDREISE

603623-02	19.07.16-06.08.16	€ 2.755,–
603623-03	23.08.16-10.09.16	€ 2.755,–

Es gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Veranstalters. Katalogbestellung sowie Beratung und Buchung zu diesen Reisen in Ihrem Reisebüro oder beim Veranstalter:

IKARUS TOURS GmbH · Am Kaltenborn 49-51 · 61462 Königstein
Tel. 0800 - 46 36 452 (kostenfrei) · Fax: 06174 - 2 29 52 · E-Mail: gew@ikarus.com · www.ikarus.com

>> Fortsetzung von Seite 18

nur aus der Tradition der Kinder- und Jugendhilfe zu verstehen, weil sich die Wohlfahrtsverbände und Kirchen früher um die Kinder kümmerten und der Staat ihre Tätigkeit nur „förderte“ , d. h. sich an der Finanzierung beteiligte, wenn es die Haushaltsmittel erlaubten. Inzwischen ist die staatliche Finanzierung keine mehr oder weniger freiwillige „Förderung“ mehr, sondern eine gesetzlich bestimmte finanzielle Leistung, auf die der Träger einen Anspruch hat. Spätestens seitdem das SGB VIII und die Ländergesetze einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz garantieren, ist die von den Trägern verlangte Eigenleistung eigentlich obsolet; denn wenn der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern eine Leistung garantiert, ist nicht mehr nachzuvollziehen, warum sich die Leistungserbringer an deren Finanzierung beteiligen sollen.

Immer noch zahlen in den meisten Bundesländern auch die Eltern Kita-Beiträge, Essensgeld u. ä. Durch die in der Regel soziale Staffelung bzw. die Erstattung unzumutbarer Elternbeiträge durch das Jugendamt sollte eigentlich ausgeschlossen sein, dass Kinder eine Kita aus finanziellen Gründen nicht besuchen können. Insofern scheint das Thema „Beitragsfreiheit“ weniger ein fachpolitisches, sondern eher ein sozial- und familienpolitisches zu sein – oder dem grundsätzlichen Argument zu folgen, dass der Zugang zu Bildung kostenlos sein sollte. Dies gilt insbesondere, weil ihr Wegfall faktisch vorrangig die mittleren Einkommen entlastet.

Von der Finanzbeteiligung des Bundes war bisher noch nicht die Rede. Dabei werden in der Öffentlichkeit die Investitionsmittel für den Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige, die damit verbundenen „Zuschüsse zu den Betriebskosten“ sowie die vielen Förderprogramme stark wahrgenommen. Entgegen dem dadurch möglichen Eindruck einer substanziellen Bundesbeteiligung an der Kindertagesbetreuung dürfte diese in Wirklichkeit kaum fünf Prozent betragen. Im Moment wird unter dem Stichwort „Kita-Bundesqualitätsgesetz“ eine alle Länder bindende Vereinheitlichung der Standards diskutiert – verbunden mit der Hoffnung auf eine wesentliche Beteiligung des Bundes an den Kosten (s. S. 2, 16 f. und E&W 3/2016, S. 32). Ob ein Bundesgesetz der richtige Weg ist, den großen Unterschieden bei der Personalausstattung der Kitas zu begegnen, kann man bezweifeln. Dass sich der Bund finanziell massiv beteiligen muss, um die unterschiedlichen Lebensbedingungen für Kinder in Deutschland auszugleichen, ist dagegen offensichtlich.

Detlef Diskowski,
1991 bis 2016 Leiter des Referats „Kindertagesbetreuung“ im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Brandenburg

***§ 74a SGB VIII**
****§ 23 SGB VIII**

Foto: dpa

Wie werden Kitas finanziert? Ein Thema für hartgesottene Profis. Detlef Diskowski, Ex-Leiter des Referats „Kindertagesbetreuung“ im Brandenburger Bildungsministerium, entwirrt das Geflecht aus Bundes-, Landes- und kommunalen Mitteln, Elternbeiträgen und Trägerausgaben.

Klartext statt politischer Phrasen

// In ihrem Buch „Gute-Macht-Geschichten“ untersuchen und entlarven Daniel Baumann und Stephan Hebel die Floskeln der Macht. Mit vielen Beispielen zeigen sie, wie Sprache als Instrument der politischen Propaganda eingesetzt wird. //

E&W: Im „Wörterbuch der Irreführung“ übersetzen Sie häufig auftauchende politische Phrasen in leicht verständlichen Klartext. Um welche Begriffe geht es?

Stephan Hebel: Zum Beispiel um die „Eigeninitiative“, die hervorgeholt wird, wenn es um den Abbau von Sozialleistungen geht. Oder um einen Begriff wie „sozial Schwache“, der Armut indirekt zur persönlichen „Schwäche“ der Armen erklärt. Wir dachten: Wenn „Wettbewerbsfähigkeit“ nichts anderes heißt als Kostensenkung und mit „Bürokratieabbau“ fast immer der Abbau von Schutzrechten gemeint ist, dann kann das nicht einfach so stehenbleiben.

> „Die Codes knacken, mit denen eine Politik auf Kosten der Mehrheit verkauft wird.“
>
> **Stephan Hebel**

Daniel Baumann: Unser Buch ist nach Art eines Lexikons aufgebaut, und es enthält fast durchweg Begriffe, die von Lobbygruppen und ihnen gewogenen Politikern in die Öffentlichkeit lanciert und leider auch von Medien oft allzu bereitwillig aufgenommen werden.

> „‚Demografie‘ ist einer dieser Begriffe mit sedierender Wirkung.“
>
> **Daniel Baumann**

E&W: Der Soziologe Niklas Luhmann nannte die manipulative Sprache einst „Lingua Blablativa“ – als sei der Wörternebel leicht zu durchschauen. Wozu dann ein erklärendes Lexikon?

Hebel: So einfach ist das Durchschauen nicht. Nehmen Sie mal die „schwäbische Hausfrau“. Dass der Staat anders als die „Hausfrau“ auch seine Einnahmen steuern kann – deshalb heißen Steuern ja Steuern –, wird gezielt unterschlagen, um das ideologische Tabu gegenüber einer gerechteren Besteuerung am oberen Ende wie ein Naturgesetz erscheinen zu lassen. „Lingua Blablativa“ ist eine schöne Wortschöpfung, aber sie birgt auch eine Gefahr: dass sich viele Menschen achselzuckend oder gar wütend von dem ganzen „Blabla“ abwenden und gar nicht versuchen, die Codes zu knacken, mit denen eine Politik auf Kosten der Mehrheit verkauft wird.

E&W: Gute-Macht-Geschichten, das klingt einschläfernd – was ist damit gemeint?

Baumann: Es geht darum, dass im politischen Diskurs mit bestimmten

Begriffen operiert wird, bei deren Verwendung in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger sofort eine bestimmte Geschichte losrattert. „Demografie“ ist so ein Beispiel. Die allermeisten Menschen assoziieren damit ein Niedergangsszenario, obwohl das überhaupt nicht angebracht ist. Folglich können Sie mit der Demografie alle möglichen sozialen Grausamkeiten begründen. Es handelt sich um einen dieser Begriffe mit sedierender Wirkung.

Foto: Alex Kraus

Stephan Hebel

Hebel: Wir meinen, dass es vielen Politikern sehr recht ist, wenn die Mehrheit die Augen vor der sozialen Ungerechtigkeit verschließt. So lässt sich Sozialabbau durchsetzen, ohne Protest befürchten zu müssen – denken Sie zum Beispiel an die Zusatzbeiträge der Krankenkassen. Wir zitieren den Politologen Martin Greiffenhagen, der sagt: „Wer die Dinge benennt, beherrscht sie.“ Das heißt: Wie über Wirklichkeit gesprochen wird, das verändert auch die Wirklichkeit. Wenn es gelingt, die Verarmung von Millionen Griechen als Steigerung der „Wettbewerbsfähigkeit“ darzustellen, ist die politische Stimmung auch bei uns eine andere, als wenn der politische Imperativ der Armutsbekämpfung, also der Gerechtigkeit, die Hegemonie in der Debatte erobern würde. Wir wollen dazu beitragen, das sprachliche Monopol, mit dem sich der Neoliberalismus für „alternativlos“ erklärt, zu durchbrechen.

E&W: Warum verwenden viele Journalistinnen und Journalisten regelmäßig die von Lobbyisten lancierten Begriffe?

Baumann: Journalisten sind natürlich ebenfalls Ziel politischer Lobbyarbeit. Diese Geschichten, die da in ständiger Wiederholung an einen herangetragen werden, erscheinen in den meisten Fällen inhaltlich erst einmal schlüssig. Es erfordert Mühe, sie zu durchschauen. Sicher gibt es Kolleginnen und Kollegen, die sich diese Mühe nicht machen – oder die mit diesen Geschichten schlichtweg einverstanden sind. Man muss aber auch sehen, dass durch die Ausdünnung der Redaktionen immer häufiger die Zeit für Recherche und Reflexion fehlt. Auch mir sind solche Gute-Macht-Geschichten in der Hektik schon durchgerutscht. Man muss sich ein Immunsystem dagegen zulegen, das automatisch Alarm schlägt.

E&W: In der Debatte um die Agenda 2010 wurde der ursprünglich emanzipatorisch gemeinte Begriff „Reform“ umdefiniert und mit dem Abbau von Sozialleistungen in Verbindung gebracht. Was erklärt den Erfolg solcher Sprachmanipulationen auch im Umfeld rot-grüner Politik?

Baumann: Ich sehe es so, dass diese Umdeutung eines Begriffs letztlich das Symptom eines neuen politischen Programms war. Als die SPD mit Kanzler Gerhard Schröder auf einen neoliberalen Kurs eingeschwenkt ist, war es strategisch natürlich sehr vorteilhaft, unter dem Mantel eines positiv besetzten Begriffs wie dem der Reformen nun Sozialabbau zu betreiben. Letztlich haben die Sozialdemokraten mit der Adaption einer anderen politischen Agenda eben auch das dazugehörige Vokabular übernommen. Die SPD hat ja sogar

Die Autoren

Daniel Baumann ist Ressortleiter Wirtschaft der Frankfurter Rundschau (FR). Stephan Hebel ist seit zwei Jahrzehnten Leitartikler, Kommentator und politischer Autor für die FR und andere Medien.

Foto: privat

Daniel Baumann

mal versucht, den Begriff Gerechtigkeit durch Fairness zu ersetzen. Das ist aber gescheitert.

E&W: Was kann man, neben einem solchem Mythen-Lexikon, gegen politische Propaganda tun?

Hebel: Das Erste ist: nicht weghören, sondern zuhören mit kritischer Distanz. Zudem gibt es viele sprachkritische Initiativen. Denken Sie an die Aktion „Unwort des Jahres“. Da findet jedes Jahr eine tolle Diskussion über die manipulative Kraft von Wörtern statt, und die Unwörter, die dabei herauskommen, sollen Anregung zum kritischen Hinhören geben.

Thomas Gesterkamp,
freier Journalist

Gute-Macht-Geschichten. Politische Propaganda und wie wir sie durchschauen können. Westend Verlag, Frankfurt/Main 2016, 248 Seiten, 16 Euro

Wildwuchs eingedämmt

// Prekäre Arbeitsbedingungen sind an vielen deutschen Hochschulen an der Tagesordnung. Nicht so an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder. Dort sorgte der wissenschaftliche Personalrat mit einer wegweisenden Dienstvereinbarung für spürbare Verbesserungen und wurde dafür mit dem Deutschen Personalräte-Preis in Gold ausgezeichnet. //

Doktorandinnen müssen ihre halben Stellen mit Hartz IV aufstocken, Sprachdozenten werden kurz vor Verlängerung ihres Vertrags auf die Straße gesetzt, wissenschaftliche Mitarbeiter hangeln sich von einem Jahresvertrag zum nächsten. „Im Grunde waren alle hier ständig auf der Suche“, erzählt Jan Musekamp, Mitglied im Vorstand des Personalrats an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder. Die Unzufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sei nicht nur auf den Fluren oder bei Personalversammlungen zu spüren gewesen, sondern auch im Personalrat selbst: „Wir werden für vier Jahre gewählt, aber die meisten mussten nach ein, zwei Jahren gehen – es gab regelmäßig Neuwahlen“, erklärt Musekamp.

Solche Arbeitsbedingungen wollten die Personalräte nicht länger hinnehmen und begannen vor knapp drei Jahren, eine Dienstvereinbarung zu konzipieren. Umfragen unter den rund 250 akademischen Mitarbeitern bestätigten: Die Arbeitsbedingungen an der Viadrina waren noch prekärer als im Bundesdurchschnitt, die Verträge noch kürzer, dazu kam eine schlechte Promotionsquote. Ab Februar 2014 wurde intensiv mit der Hochschulleitung verhandelt, sodass zum darauf folgenden Wintersemester die „Dienstvereinbarung zur Gestaltung von Arbeitsverträgen akademischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung Europa-Universität Viadrina“* inkraft treten konnte.

Keine Viertelstellen mehr

Seitdem gilt an der Hochschule unter anderem eine Mindestvertragsdauer von drei Jahren bei Erstverträgen, generell muss die Arbeitszeit mindestens 50 Prozent einer Vollzeitstelle betragen – Viertelstellen gibt es also nicht mehr. Und: Angestellten mit minderjährigen Kindern steht eine Vertragsverlängerung um zwei Jahre pro Kind zu. Zum Glück, findet Gotthard Kemmether. Der 33-Jährige promoviert am Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte Mitteleuropas und hat zwei Kinder – sein Vertrag wurde bereits um zwei Jahre verlängert, der Antrag auf eine weitere Verlängerung läuft: „Mit Familie ist es schwieriger, sein Pensum zu schaffen – schon deswegen ist die Dienstvereinbarung eine sehr gute Sache.“

Für seinen nachhaltigen Einsatz gegen den Befristungswildwuchs erhielt der wissenschaftliche Personalrat der Europa-Universität Viadrina den Deutschen Personalräte-Preis** in Gold. Zu Recht, sagt Jurymitglied Andreas Gehrke, im GEW-Vorstand für Tarif- und Beamtenpolitik verantwortlich. Die bisher übliche Befristungspraxis an deutschen Hochschulen lasse für Absolventinnen und Absolventen den Traum von einer wissenschaftlichen Laufbahn schnell platzen. „Viele Verträge umfassen nicht einmal die Dauer der Promotion. Häufig sind Stellen so gesplittet, dass die Arbeit an der Hochschule nicht zum Leben reicht.“ Der Personalrat der Viadrina zeige, dass die Interessenvertretungen vor Ort diesen Missständen aktiv entgegentreten können. „Die Initiative hat Vorbildcharakter und findet hoffentlich viele Nachahmer“, so Gehrke.

Auch Personalrat Musekamp freut sich über die positive Stimmung und die Kooperationsbereitschaft der Universitätsleitung: „Die Idee setzt sich durch, dass die Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch für die Hochschule besser ist. Derzeit laufen Verhandlungen über ein neues Struktur- und Personalentwicklungskonzept.“ Nur so könne Kontinuität in der Wissenschaft gewährleistet werden.

Eleonora Pauli,
freie Journalistin

***Die Dienstvereinbarung im Netz:**
www.europa-uni.de/de/struktur/gremien/personalrat_wp/dienstvereinbarungen/index.html
****Der Preis wird von der Zeitschrift „Der Personalrat“ vergeben. Mehr Infos unter www.dprp.de.**

Foto: Simone M. Neumann

Der wissenschaftliche Personalrat der Europa-Universität Viadrina hat mit der Hochschulleitung eine wegweisende Dienstvereinbarung abgeschlossen, um das Befristungsunwesen zurückzudrängen. Der Lohn: der Deutsche Personalräte-Preis in Gold.

Sichere Orte schaffen

// Traumatisierte Kinder zu unterrichten, ist eine große Herausforderung. Ihre Verhaltensweisen werden oft nicht verstanden und falsch interpretiert. An den Schulen sind Hintergrundwissen und traumapädagogische Konzepte gefragt. //

Seepferdchen, Bronze, Silber. Stolz zählt Mischa* die Schwimmabzeichen auf, die er in den vergangenen vier Jahren geschafft hat. Gemeinsam mit Physiotherapeutin Silke Abt blickt er in der heutigen Therapiestunde auf seine Zeit an der Astrid-Lindgren-Schule im niedersächsischen Bohmte. „Jetzt übe ich für Gold“, sagt der schlanke Junge mit offenem Blick. Abt erinnert an den Mischa, der vor vier Jahren im Therapieraum zwischen Trampolin, Baukissen und Matratzen saß. „Du hast immer deine Musik-CD gehört. Ich hatte das Gefühl, dass du mich gar nicht bemerkst“, erklärt sie. „Da war ich kein Ansprechpartner“, stimmt der Zwölfjährige ihr zu.

Damals war Mischa in eine stationäre Jugendhilfeeinrichtung bei Bohmte gezogen und wechselte auf die Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und geistige Entwicklung. An seinem vorhergehenden Wohnort konnte er nicht weiter beschult werden: Mal war der Junge verschlossen und in sich gekehrt, dann wieder unruhig und aggressiv. „Meiner Einschätzung nach hatte Mischa den Selbstmord seiner Mutter und den Tod des Vaters nicht verarbeitet“, sagt Abt, die als Heilpädagogin auf den Umgang mit traumatisierten Kindern spezialisiert ist. „Demnach war eine Traumafolgestörung die Ursache seines Verhaltens.“

„Etwa ein Drittel unserer Schülerinnen und Schüler ist traumatisiert“, sagt Jürgen Peters, Schulleiter an der Astrid-Lindgren-Schule. Das bedeutet, sie haben extreme Gewalt oder sexuellen Missbrauch erlebt, sind stark vernachlässigt oder verwahrlost aufgewachsen. Viele der 125 Mädchen und Jungen leben in Einrichtungen der stationären Jugendhilfe oder in Pflegefamilien. Schulleiter und Kollegium sind auf die Beschulung, aber auch auf die traumapädagogische Betreuung dieser Kinder und Jugendlichen eingestellt. „Bei uns müssen sich die Kinder nicht in die Struktur einfügen, sondern wir bauen eine Struktur um sie herum auf“, sagt Peters. Mischa beispielsweise war zunächst nur zwei Stunden täglich im Unterricht – mehr war nicht möglich. Therapeutin Abt und Schulsozialarbeiterin Marlies Steinkamp-Ahrens begleiteten ihn intensiv.

An der Astrid-Lindgren-Schule im niedersächsischen Bohmte arbeiten die Pädagoginnen und Pädagogen mit vielen teils stark traumatisierten Kindern und Jugendlichen zusammen.

Foto: Babette Brandenburg

Fokus auf Überleben

Viele Kinder, die komplexe, das heißt wiederkehrende traumatisierende Situationen erlebt haben, entwickeln eine Traumafolgestörung. „Die Kinder fokussieren sich vollständig auf das Überleben im Hier und Jetzt“, sagt Gerald Möhrlein, Traumapädagoge und Dozent an der Universität Würzburg. „Deshalb fällt es ihnen schwer, sich zu konzentrieren, schulische Aufgaben zu erledigen oder sich gar für langfristige abstrakte Bildungsziele zu motivieren.“ Immer wieder durchleben sie mit dem Trauma verbundene Träume, Gefühle oder Körperempfindungen, sogenannte Flashbacks. Kleinste Erinnerungen, Gerüche oder Geräusche können ein Kind wieder in die traumatisierende Situation versetzen. Dann reagiert es mit Erstarren, Toben oder Schreien. Beim zehnjährigen Dennis war es eine überraschende Berührung von hinten, die den Jungen in die Situation des sexuellen Missbrauchs zurück versetzte. Das geschah, als er zwischen seinen Schulkameraden vor der Tür des Klassenzimmers stand und auf die Lehrerin wartete. Als ein Junge von hinten rangelte, rastete Dennis aus und schlug wie wild um sich.

Das Verhalten von Kindern wie Dennis bringt Lehrkräfte und Klassenverbände an ihre Grenzen. Doch auch für diese jungen Menschen hätten Schulen einen Bildungsauftrag, betont Möhrlein. „Schule darf Traumatisierungen und deren Folgen nicht in die therapeutische Schublade legen, sondern muss sich um pädagogische Antworten und Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit diesen Kindern und Jugendlichen bemühen.“ An der Astrid-Lindgren-Schule kümmert sich Schulsozialarbeiterin und Traumapädagogin Steinkamp-Ahrens um Betroffene wie Dennis. „In der Akutsituation geht es darum, das

>> Fortsetzung auf Seite 25

>> **Fortsetzung von Seite 24**

Kind ins Hier und Jetzt zurückzuholen“, sagt sie. Dafür fragt sie nach der Uhrzeit, reicht dem Kind eine Banane oder lässt es seine Schuhe zubinden. Hinterher erklärt sie ihm, was eben mit ihm passiert ist. Sie zeigt mit Hilfe eines Modells, wie das Gehirn während eines Flashbacks reagiert und was die Ursache dafür ist. „Das hilft den Kindern, die Abläufe zu verstehen, damit sie sich für ihr Verhalten nicht selbst verurteilen“, erläutert Steinkamp-Ahrens. Gemeinsam überlegen sie, wie das Kind künftig bedrohliche Situationen vermeiden kann. „Sie sollen lernen, für sich selbst zu sorgen.“

Traumatisierte Kinder sind keineswegs nur an Förderschulen zu finden. Laut einer nicht repräsentativen Untersuchung des Traumapädagogen David Zimmermann von der Universität Hannover waren 92 Prozent der befragten Lehrkräfte unterschiedlicher Schularten bereits mit traumatisierten Mädchen und Jungen konfrontiert. „Das zeigt deutlich: Die Traumatisierung von Kindern ist kein Randphänomen“, stellt Pädagoge Möhrlein fest. „Lehrkräfte brauchen Basiswissen über Traumapädagogik, um die Verhaltensweisen adäquat einschätzen und angemessen handeln zu können“, empfiehlt Abt, die gemeinsam mit Steinkamp-Ahrens das Kollegium der Astrid-Lindgren-Schule regelmäßig fortbildet. „Nur so sind Lehrerinnen und Lehrer in der Lage, störendes Verhalten nicht auf sich zu beziehen, sondern es in Bezug auf die Erlebnisse des Kindes zu interpretieren.“

Diese traumasensible Haltung sei eine Voraussetzung, um Schule zu einem sicheren Ort zu machen, an dem auch die betroffenen Mädchen und Jungen wieder „Spaß am Lernen entwickeln und Selbstwirksamkeit erfahren“ können, so Möhrlein. Dabei trügen die Pädagoginnen und Pädagogen große Verantwortung: Zur Verarbeitung eines Traumas gehöre die bedingungslose, verständnisvolle Annahme des Kindes durch seine Bezugsperson. „Sie brauchen die Erfahrung einer positiven, belastbaren und professionellen Beziehung“, sagt Physiotherapeutin Abt, die mit einigen ihrer Kolleginnen nach dem Konzept der „Neuen Autorität“ arbeitet. „Bei herausfordernden Verhaltensweisen richte ich meine Aufmerksamkeit immer auf meine eigene Präsenz und die Beziehung zum Kind. So kann ich darauf verzichten, Macht auszuüben, und trotzdem klare Grenzen setzen, ohne die Beziehungsebene zu beschädigen“, erläutert sie. Entscheidend seien zudem Offenheit und Transparenz in der Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen. „Dann kann man sich auf Unterstützung im Kollegium verlassen, wenn man in einer Situation nicht weiter weiß.“

Mischa hat einen sicheren Ort im Therapieraum und bei Silke Abt gefunden. „Heute geht es ihm richtig gut“, sagt sie. In der Anfangszeit sei Kommunikation kaum möglich gewesen. „Aber ich war immer da“, so die Heilpädagogin. Wenn sie krank war, ließ sie ihm durch eine Kollegin ausrichten, dass sie wiederkomme, wenn sie gesund sei, und dass er sich keine Sorgen zu machen brauche. Das beruhigte den Jungen. Allmählich begann Mischa, sich für ihre Therapieangebote zu öffnen. Zuerst puzzelten sie viel, dann folgten Übungen zur Körperwahrnehmung und Förderung der Psychomotorik. Sie spielten, bastelten – und übten Schwimmen. „Entscheidend war, dass alles spielerisch ablief, ohne Druck, ohne Stress“, erklärt Abt. Schließlich klappte es auch mit dem Lernen. Mischa entdeckte seine Vorliebe für Zahlen und Rechnen. Mittlerweile gefällt ihm auch der Unterricht zusammen mit seinen Klassenkameraden. Abt sieht er jetzt seltener. Doch ganz von den Therapiestunden verabschieden kann sich Mischa noch nicht.

Fotos: Babette Brandenburg

Physiotherapeutin Silke Abt begleitet Mischa*, der unter einer Traumafolgestörung leidet, seit vier Jahren. In dieser Zeit hat sich der Junge wieder stärker geöffnet und freut sich über seine Leistungen wie die Schwimmabzeichen, die er geschafft hat.

Michaela Ludwig,
freie Journalistin

***Namen der Kinder geändert**

Weitere Informationen:
Bundesarbeitsgemeinschaft Traumapädagogik: www.bag-traumapaedagogik.de

Zum Weiterlesen:
Ellinger, S., Hoffart E-M., Möhrlein, G.: Ganztagsschule für traumatisierte Kinder und Jugendliche
Lemme, M., Körner, B.: Sicherer Ort: Verankerung und Verantwortung nach Psychotraumata. In: Grabbe, M. et al.: Autorität, Autonomie und Bindung. Die Ankerfunktion bei elterlicher und professioneller Präsenz; www.neueautoritaet.de
Omer, H.: Stärke statt Macht – Neue Autorität durch Beziehung

Für Mischa* ist die Schnecke wichtig: Sie kann sich in ihr Haus zurückziehen, ein wenig die Fühler ausstrecken oder ganz herauskommen.

„Die Menschen brauchen

// Für die meisten Flüchtlinge ist das Ziel klar: Deutsch lernen und arbeiten. Doch der Weg dorthin führt über einen Flickenteppich aus Sprachkursen, die nur selten ineinander greifen. Die Bundesregierung verspricht mittelfristig „Sprachförderung aus einem Guss“. Ob das gelingt, bleibt abzuwarten. //

„Aufgabenteilung“ hat Kerstin List in großen Lettern auf das Smartboard geschrieben. Ihre Schüler betrachten konzentriert die Fotos im Lehrbuch. „Die Frau legt Duschtücher in das Regal“, sagt Abdullah Naaser. „Der Mann liegt auf dem Sofa.“ Die Kursleiterin nickt und fragt: „Weshalb hilft er nicht?“ Sie möchte ihre Schüler animieren, die kausale Hauptsatzkonjunktion „denn“ anzuwenden.

Fotos: Babette Brandenburg

Abdullah Naaser (vorne) hat in Afghanistan für die amerikanischen Streitkräfte als Dolmetscher gearbeitet. Für ihn ist es der erste berufsbezogene Deutschkurs.

Nach fünf Monaten endet für die 17 Männer aus Afghanistan und Somalia heute der „Berufsbezogene Intensivsprachkurs für Flüchtlinge“ beim gemeinnützigen Sprachkursträger „Interkulturelle Bildung Hamburg – IBH“. Dieser Kurs soll, so steht es in den Programmunterlagen, neben der allgemeinen Sprachförderung die Chancen der Teilnehmenden auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Sprachlehrerin List hat ihre Schüler über den hiesigen Arbeitsmarkt informiert, unterschiedliche Branchen und Berufe vorgestellt. Die Sozialpädagogin Antje Hansen hat die beruflichen Kompetenzen jedes Teilnehmers erfasst und die Berufswünsche und Perspektiven besprochen. Das Resultat ist ernüchternd: Für viele wird es schwierig, mit den mitgebrachten beruflichen Qualifikationen auf dem deutschen Arbeitsmarkt Anschluss zu finden. „Auch die Deutschkenntnisse reichen bei den meisten Teilnehmern noch nicht aus, um sich auf einen Arbeitsplatz oder eine Qualifizierung zu bewerben“, erläutert Hansen.

Für die Mehrheit der Teilnehmer war dies der erste offizielle Sprachunterricht, nur wenige hatten zuvor einen Platz in einem kurzen, von der Stadt finanzierten Kurs gefunden. „Wir haben in den Wohnunterkünften Deutsch gelernt“, erzählt Naaser. Unterrichtet wurden sie dort von Ehrenamtlichen. Die Vorkenntnisse sind also höchst unterschiedlich – ebenso wie die persönlichen Voraussetzungen: von Naaser, der in Afghanistan als Dolmetscher für die amerikanischen Streitkräfte tätig war, bis zu seinem Landsmann, einem Viehhüter mit nur wenigen Jahren Schulbildung. „Deshalb liegt der Fokus in den berufsbezogenen Sprachkursen für Flüchtlinge auf der Sprache“, sagt Beatrix Hösterey, Geschäftsführerin beim IBH. „Im Gegensatz zu den gängigen berufsbezogenen Sprachkursen für Migranten sind hier weder Betriebsbesichtigungen noch Praktika vorgesehen.“

Konstruierte Bleibeperspektive

Normalerweise baut der Kurs für berufsbezogenes Deutsch auf die verpflichtenden Integrationskurse auf. Die wurden im vergangenen Jahr zwar für Flüchtlinge geöffnet – jedoch nur für diejenigen mit einer „guten Bleibeperspektive“. Diese ist laut Innenministerium gegeben, „wenn ein Asylbewerber aus einem Herkunftsland stammt, das eine Schutzquote von über 50 Prozent aufweist“. Das gilt pauschal für Menschen aus Syrien, Eritrea oder dem Irak. Nicht jedoch für Afghanen oder Somalier mit Schutzquoten von 46,7 beziehungsweise 25 Prozent. Sie müssen weiterhin auf den Abschluss ihres Verfahrens warten – was derzeit Jahre dauern kann. Die Einteilung anhand einer konstruierten Bleibeperspektive sieht Ansgar Klinger, im GEW-Vorstand für Berufliche Bildung und Weiterbildung verantwortlich, kritisch. „Dieses Vorgehen widerspricht dem Anspruch auf Prüfung eines jeden Einzelfalls“, sagt er. „Zudem fordern wir einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Qualifikation.“

Darüber hinaus kritisiert der Berufsbildungsexperte „das Durcheinander teils konkurrierender Programme der Länder und Kommunen sowie privater Anbieter

Gesamtprogramm Sprachfinanzierung gefordert

Als Teil des vom Bund angestrebten „Gesamtprogramms Sprache“ fordert der Bundesfachgruppenausschuss Erwachsenenbildung der GEW ein auskömmliches „Gesamtprogramm Sprachfinanzierung“, das eine mit dem öffentlichen Schuldienst vergleichbare Beschäftigung festschreibt. „Wir brauchen verbindliche Vorgaben, die Qualitätsstandards gewährleisten, damit es nicht zu einem Preiswettbewerb mit Lohndumping kommt“, sagt Ansgar Klinger, Leiter des GEW-Organisationsbereichs Berufliche Bildung und Weiterbildung. ml

mehr als Grundkenntnisse“

mit intransparenten Zugangskriterien“. Er fordert eine Koordinierung der Bundes- und Länderaktivitäten. Als ersten Schritt in die richtige Richtung bezeichnet er das Vorhaben des Bundes, die beiden gesetzlich verankerten Sprachprogramme – Integrations- und berufsbezogene Sprachkurse – mittelfristig in einem „Gesamtprogramm Sprache“ zusammenzuführen. Ziel ist laut einer Presseerklärung der Bundesregierung „eine Sprachförderung aus einem Guss“.

BA und BAMF kooperieren

Auch die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat angekündigt, sich weiter zu engagieren, nun jedoch in Kooperation mit dem Bund. Im vergangenen Jahr hat sie – laut eigener Aussage „als einmalige Nothilfe“ – ebenfalls Sprachförderung für Menschen mit guter Bleibeperspektive finanziert. Für das laufende Jahr plant die BA nun, mit dem für Integrations- und berufsbezogene Sprachkurse zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sogenannte Kombikurse zu starten. Das BAMF übernehme den sprachlichen, die BA den „beruflichen Anteil mit Erprobungs- und Trainingscenter“, so ein Sprecher der Agentur.

Die Notwendigkeit einer speziellen Sprachbildung als Vorbereitung auf Qualifizierungsmaßnahmen und Arbeit ist mittlerweile weitestgehend anerkannt. „Die Menschen brauchen mehr als Grundkenntnisse, um die spezifischen Kommunikationssituationen im Beruf oder in Qualifizierungsmaßnahmen zu bewältigen“, bestätigt Tatiana La Mura Flores von der Fachstelle „Berufsbezogenes Deutsch“ des bundesweiten Förderprogramms Integration durch Qualifizierung (IQ). Sie warnt vor einer übereilten Vermittlung in gering qualifizierte Beschäftigungsbereiche. „Selbst im Reinigungsgewerbe müssen mündliche und schriftliche Sprachanforderungen erfüllt werden“, erläutert La Mura Flores. „Von den Beschäftigten wird erwartet, dass sie einen digitalen Kalender führen, mit Kunden kommunizieren und schriftlich Bestellungen erledigen können.“

Von den Teilnehmern des „Flüchtlingskurses“ hat allein Habib Rezayi Aussicht auf eine Beschäftigung. Der 27-jährige Afghane hat auf den Stationen seiner Flucht im Iran und in der Türkei als Tischler gearbeitet und möchte auch in Hamburg seinen Lebensunterhalt im Handwerk verdienen. „Ich habe einen Betrieb für ein Praktikum gefunden“, erzählt Rezayi. „Danach entscheidet der Chef, ob er mich ausbildet.“ Derweil warten seine Mitschüler auf die nächste Gelegenheit, um weiter Deutsch zu lernen und irgendwann eine Arbeitsstelle zu finden.

Habib Rezayi kommt aus Afghanistan. Er arbeitete zwölf Jahre als Tischler und will den Sprachkurs nutzen, um anschließend eine Ausbildung in diesem Berufszweig zu machen.

Michaela Ludwig,
freie Journalistin

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD
0800-040 40 41
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst
www.kredite-fuer-beamte.de
oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Beamtendarlehen 10.000 € -120.000 €
Glückszins Kredite für Sparfüchse
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 35 Jahren.
Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €
www.Autokredit.center
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de
Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, effektiver Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

Berliner Spar-Variante

// Rund jede zehnte Unterrichtsstunde in Berlin wird mittlerweile von Vertretungslehrerinnen und -lehrern erteilt. Diese sind über ein System beschäftigt, das sie zu Lehrkräften zweiter Klasse macht: Sie erhalten oft extrem kurz befristete Arbeitsverträge und werden deutlich schlechter bezahlt als andere Lehrerinnen und Lehrer. //

Micah Brashear und Matthias Klinkmüller haben vieles gemeinsam: Beide sind Lehrer an einer Berliner Sekundarschule, beide sind Quereinsteiger in den Beruf. Der Philosoph Brashear unterrichtet Ethik und Philosophie, der studierte Physiker Klinkmüller bringt den Schülern Mathematik und Chemie bei. In einem unterscheiden sich die beiden allerdings: Der 29-jährige Brashear verdient deutlich mehr als sein 46-jähriger Kollege, denn während Brashear regulär angestellt ist, arbeitet Klinkmüller als sogenannte PKB-Kraft. PKB steht für „Personalkostenbudgetierung“ – über dieses System organisieren die Berliner Schulen selbstständig die Vertretung längerfristig ausfallender Kolleginnen und Kollegen. Der Senat stellt ihnen dafür zusätzlich Geld zur Verfügung (siehe Kasten 1).

Fotos: Kay Herschelmann

Matthias Klinkmüller muss als Lehrer-Novize für die gleiche Arbeit mehr Zeit aufwenden als seine Kolleginnen und Kollegen: „Ich sitze manchmal bis Mitternacht an der Unterrichtsvorbereitung, da mir die Erfahrung fehlt.“

Lange Zeit konnten sich die Schulen in Berlin auf der Suche nach Aushilfspädagogen aus einem umfangreichen Lehrkräfteangebot bedienen. Seit einiger Zeit ist dieser Markt aber leergefegt; immer häufiger müssen sie bei der Organisation des Vertretungsunterrichts daher auf Studierende oder nicht pädagogisch ausgebildete Akademiker zurückgreifen. Für diese ist der Job in zweierlei Hinsicht belastend: Zum einen, so Physiker Klinkmüller, müsse er als Neuling für die gleiche Arbeit mehr Zeit aufwenden als seine Kolleginnen und Kollegen. „Ich sitze manchmal bis Mitternacht an der Unterrichtsvorbereitung, da mir die Erfahrung fehlt.“ Zum anderen ärgert ihn, dass er rund ein Viertel weniger verdient als seine festangestellten, voll ausgebildeten Lehrerkollegen. Klinkmüller arbeitet an der Emanuel-Lasker-Sekundarschule in Berlin-Friedrichshain. Mit Beginn der Sommerferien läuft sein Vertrag aus, obwohl, wie sein Schulleiter Thomas Herold betont, an seiner Schule fast immer Vertretungsbedarf bestehe. Das verschafft Klinkmüller immerhin eine Perspektive: Im September wird er mit einem berufsbegleitenden Referendariat beginnen.

Dieses hat Brashear bereits seit einem Jahr hinter sich – Klinkmüllers Probleme kann er aber gut verstehen, denn er hat früher ebenfalls als PKB-Kraft gearbeitet. „Wenn ich Glück hatte, liefen die Verträge drei oder vier Monate“, sagt er. In der Regel sei er aber nur für zwei Monate eingestellt worden.

Mehr Lehrer gebraucht

Unterrichtsausfall ist nach seinen Erfahrungen ein Dauerzustand an Berlins Schulen: „Manchmal fehlten Lehrkräfte, die ich vertreten habe, schon ein oder zwei Jahre am Stück, ohne dass regulärer Ersatz dafür geschaffen worden wäre.“ Im Schuljahr 2014/15 konnten laut Berliner Senatsverwaltung 10,8 Prozent aller Schulstunden nicht planmäßig gehalten werden – 8,8 Prozent wurden vertreten, zwei Prozent fielen komplett aus. Die statistischen Werte sind seit Jahren stabil. Würde die Personalausstattung an den Schulen also generell mindestens 110 Prozent des Bedarfs betragen, könnte man den Vertretungsbedarf kompensieren und sich den bürokratischen Aufwand mit dem PKB-System sparen, sagt der Leiter des Vorstandsbereichs Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik

Die „Personalkostenbudgetierungs“-Kräfte sollen helfen, die Unterrichtsversorgung abzudecken. Schulleiterin Utta Hoppe betont: „Für Elternarbeit, Ausflüge und andere Aufgaben, die außerhalb des Unterrichts anfallen, darf ich die PKB-Kräfte nicht einsetzen.“

PKB-System

Das PKB-System hat der Berliner Senat 2006 eingeführt, um den Unterrichtsausfall zu reduzieren. Die Schulen kümmern sich selbst um Vertretungen für erkrankte Lehrkräfte und bekommen dafür drei Prozent ihres Personalbudgets zusätzlich. Aus diesen Mitteln bezahlen sie die Vertretungen. Wenn etwas übrig bleibt, können Honorarkräfte für Projekte außerhalb des regulären Unterrichts engagiert werden. Diese Vorhaben müssen allerdings dem Bildungsauftrag der Schule entsprechen (z. B. zusätzliche Sportkurse, Anti-Gewalt-Training oder Theater-AG). Für Honorarkräfte darf maximal die Hälfte der PKB-Mittel ausgegeben werden. ja

der GEW Berlin, Udo Mertens. Die Dimension dieses Systems ist beachtlich. Nach Auskunft der Senatsverwaltung wurden im vergangenen Jahr rund 3 700 Vertretungsverträge mit einem Umfang von annähernd 458 000 Unterrichtstunden abgeschlossen. „Das führt zu einem enormen Aufwand in den Personalstellen und den Personalvertretungen an den Schulen, die den Einstellungen der PKB-Kräfte ja zustimmen müssen“, kritisiert Mertens. Der Senat habe mit der Einführung des PKB-Systems administrative Tätigkeiten der Verwaltung quasi an die Schulen „outgesourct“.

Für diese bedeutet das nicht nur ein Mehr an Bürokratie, sondern auch finanzielle Unwägbarkeiten. Unsicherheiten bestünden darin, ob im Jahr zuvor nicht abgerufene Gelder dem Schulkonto für das Folgejahr gutgeschrieben würden, erläutert Rektor Herold. „Als

Micah Brashear arbeitet seit einem Jahr nicht mehr als „Personalkostenbudgetierungs“-Kraft: „Wenn ich Glück hatte, liefen die Verträge drei oder vier Monate.“

Schulleiter bin ich deshalb gezwungen, sehr restriktiv mit den Mitteln zu haushalten.“ Seine Kollegin Utta Hoppe von der Neuköllner Löwenzahn-Grundschule kritisiert, dass die PKB-Kräfte lediglich die Unterrichtsversorgung abdecken dürfen. „Für Elternarbeit, Schulausflüge und andere Aufgaben, die außerhalb des Unterrichts anfallen, darf ich die PKB-Kräfte nicht einsetzen“, erläutert die Schulleiterin. Durch die meist kurze Einsatzzeit der Vertretungskräfte sei eine kontinuierliche pädagogische Arbeit kaum möglich, ergänzt Herold.

Von einer „belastenden Situation für die Beschäftigten“ spricht Christoph Wälz vom Schulpersonalrat des Bezirks Pankow. Er hat 2013 zusammen mit Betroffenen die PKB-Initiative in der Berliner GEW ins Leben gerufen, nachdem immer deutlicher geworden war, dass das PKB-System für viele zu einer Beschäftigungsfalle wird. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen hätten zwei Jahre und länger in diesem System gearbeitet, erklärt Wälz. Die meisten waren keine voll ausgebildeten Lehrkräfte oder sie hatten eine andere, nichtpädagogische Hochschulausbildung. Vereinzelt seien Kolleginnen und Kollegen sogar sechs oder sieben Jahre lang als Vertretungskraft eingesetzt worden, ohne jede Aussicht, sich weiterzuqualifizieren.

Senat will PKB-System

Die GEW-Initiative löste sich 2014 auf, als der Senat aufgrund des Lehrkräftemangels ein Quereinsteigerprogramm startete. „Für viele war das die Chance, sich aus ihrer prekären Situation zu retten“, sagt Wälz. Das Problem der prekären Beschäftigung sei damit aber noch nicht aus der Welt. Für den Senat sei es nach wie vor „finanziell attraktiv, über das PKB-System Lehrkräfte ohne volle Lehrbefähigung befristet einzustellen“ (s. Kasten 2).

Dass es auch anders geht, zeigt Schleswig-Holstein. Dort dürfen Schulen Mittel aus dem Vertretungsfonds für unbefristete Einstellungen nutzen; Aushilfslehrkräfte können daher nach zwei Jahren auf eine Planstelle wechseln (siehe E&W 3/2016). Ähnliches fordert die Berliner GEW im aktuellen Tarifstreit mit dem Senat. Pädagoginnen und Pädagogen ohne volle Lehrausbildung sollen mit ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern gleichgestellt werden, wenn sie mindestens zwei Jahre an einer Schule unterrichtet haben. Eine solche Regelung, so Wälz, würde Druck auf den öffentlichen Arbeitgeber ausüben, sich frühzeitig um eine Nachqualifizierung der PKB-Kräfte zu kümmern.

Jürgen Amendt,
Redakteur „neues deutschland“

Prekäre Beschäftigung

Vertretungslehrkräfte werden in Berlin nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) bezahlt. Die Höhe des Gehalts hängt von der akademischen Qualifikation der Bewerberin bzw. des Bewerbers ab. Unterschieden wird nach „Erfüllern“ (voll ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer) und „Nichterfüllern“ (ohne zweites Staatsexamen bzw. Quereinsteiger). Bei Lehrkräften reicht die Bandbreite der Bezahlung von Entgeltgruppe (EG) 9 bis 13, „Nichterfüller“ werden nach EG 7 bis EG 10 bezahlt. Vereinzelt wurden in den vergangenen Jahren PKB-Kräfte wie Kinderpflegerinnen, Heilerziehungspfleger oder Altenpflegehelfer auch nach EG 6 entlohnt. Ferienzeiten werden nur mitbezahlt, wenn der Vertrag vor Ferienbeginn verlängert wurde. ja

An Rektor Thomas Herolds Schule gibt es fast immer Vertretungsbedarf: „Ich bin gezwungen, sehr restriktiv mit den Mitteln zu haushalten.“

Lehrerinnen an Grundschulen

// Die schlechtere Besoldung von Grundschullehrkräften gegenüber anderen Lehrerinnen und Lehrern diskriminiert Frauen mittelbar. Das zeigt ein Rechtsgutachten, das die GEW in Auftrag gegeben hat. Für Juristin Prof. Eva Kocher steht fest: Gleichwertige Arbeit muss gleich bezahlt werden (s. auch S. 32 f.). //

E&W: In Ihrem Gutachten haben Sie die „mittelbare Geschlechtsdiskriminierung bei der Besoldung von Grundschullehrkräften nach A 12“ untersucht. Wie ist die Ausgangssituation?

Eva Kocher: Bundesweit werden Grundschullehrkräfte in der Regel in die geringer entlohnte Besoldungsgruppe A 12 eingestuft, während ihre Kolleginnen und Kollegen an anderen Lehramtstypen – etwa der Sekundarstufe I und II – nach A 13 bezahlt werden. In Schleswig-Holstein etwa verdienen Grundschullehrkräfte monatlich 370 bis 450 Euro weniger. Am Beispiel der Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben wir untersucht, ob diese ungleiche Behandlung eine mittelbare Geschlechterdiskriminierung ist.

E&W: Was ist damit konkret gemeint?

Kocher: Das hört sich vielleicht im ersten Moment merkwürdig an, weil es auch Männer an Grundschulen und Frauen an Gymnasien gibt. Allerdings liegt der Frauenanteil bei den Grundschullehrkräften bei über 90 Prozent, während im Lehramt an Gymnasien im Durchschnitt nur rund 60 Prozent Frauen tätig sind. Damit trifft die schlechtere Eingruppierung und Bezahlung Frauen überproportional. Der hohe Frauenanteil an Grundschulen lässt den Verdacht einer mittelbaren, also indirekten Diskriminierung aufkommen. Diese liegt dann vor, wenn sich scheinbar neutrale Vorschriften, Kriterien oder Verfahren auf eine bestimmte Personengruppe benachteiligend auswirken. Wir müssen also untersuchen, ob es sachliche und gerechtfertigte Gründe für die unterschiedliche Besoldung gibt – oder ob es sich um eine nicht gerechtfertigte Ungleichbewertung handelt, die mit dem Geschlecht zu tun hat.

E&W: Wie überprüft man das?

Kocher: Zunächst haben wir nach Hinweisen gefragt, ob es bei der Eingruppierung ein Ungleichgewicht zwischen Frauen und Männern gibt. Die vorliegenden Zahlen haben das eindeutig bestätigt. Dann haben wir die sachlichen Gründe in den Blick genommen, die für die unterschiedliche Besoldung angeführt werden. Ist es gerechtfertigt, dass die Tätigkeiten ungleich bewertet werden oder handelt es sich um gleiche oder gleichwertige Arbeit? Und da schauen wir Juristinnen auf die Ausbildung, Arbeitsbedingungen und Anforderungen – ob diese nach rechtlichen Kriterien vergleichbar sind.

E&W: Mit welchem Ergebnis?

Kocher: Zum einen haben wir festgestellt, dass sich die Ausbildung und die Anforderungen an den Beruf der Grundschullehrkräfte in den vergangenen 30 Jahren stark verändert haben. Während in der Vergangenheit eine kürzere fachhochschulähnliche Ausbildung an einer pädagogischen Hochschule ausreichte, wird heute wie auch bei Lehrkräften der Sekundarstufe I und II ein Masterabschluss bzw. Staatsexamen erwartet. Man braucht also für beide Tätigkeiten eine gleichwertige Ausbildung. Das deutet darauf hin, dass an die Tätigkeiten, auf die die Ausbildungen vorbereiten, gleichwertige Anforderungen gestellt werden. Auch was die Anforderungen und Arbeitsbedingungen betrifft, haben wir keine nennenswerten Unterschiede festgestellt. Für den Grundschulbereich wird deutlich, dass die psychosozialen Belastungen größer sind als an weiterführenden Schulen, da Lehrerinnen und Lehrer persönlicher und unmittelbarer mit den Problemen der Kinder und ihren Familien konfrontiert sind. Auch die Schulgesetze betonen sehr stark die große Bedeutung pädagogischer Arbeit für die Persönlichkeitsbildung, den weiteren Lebensweg und die Integration in die Gesellschaft. Wenn also Gesellschaft und Gesetzgeber die Tätigkeiten als gleichwertig ansehen, dann müssen sie auch gleich bezahlt werden.

E&W: Was macht die Geschlechterdiskriminierung dabei aus?

Kocher: Sowohl die unterschiedlichen Frauenanteile als auch die unterschiedliche Besoldung können mit Geschlechterstereotypen erklärt werden. Zum

Foto: zplusz

370 bis 450 Euro verdienen Grundschullehrkräfte in Hessen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen monatlich weniger als Lehrerinnen und Lehrer an anderen Schularten. Das ist eine mittelbare Diskriminierung von Frauen. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten der Juristin Prof. Eva Kocher.

diskriminiert

Beispiel die Vorstellung, dass die Beschäftigung mit kleineren Kindern eine „weibliche“ Aufgabe und die Grundschultätigkeit familiennah gestaltet sei. Eine Arbeit also, die „natürlicherweise“ der Frau zufalle und nicht erlernt zu werden braucht. Dies bedient genauso stereotype Geschlechterkonstruktionen wie die Vorstellung, an der Grundschule seien „einfache“ Inhalte zu lehren, und der Fokus liege auf erzieherischen Aufgaben, Hingabe, Fürsorge und Einfühlungsvermögen. Es lässt sich nur mit Geschlechterstereotypen erklären, dass trotz gleicher Anforderungen der Wissenschaftlichkeit gegenüber dem Pädagogischen ein höherer Wert zugesprochen wird.

E&W: Was bedeutet das rechtlich?

Kocher: Auf europäischer Ebene ist im Vertrag von Lissabon festgelegt, dass gleiche oder gleichwertige Arbeit auch gleich bezahlt werden muss. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) bildet die entsprechende Rechtsgrundlage in Deutschland. Wenn festgestellt wird, dass die unterschiedliche Eingruppierung der Lehrkräfte eine mittelbare Geschlechtsdiskriminierung ist, gibt es natürlich ein Recht auf Gleichbehandlung, das individuell eingeklagt werden kann. Viel wichtiger ist jedoch, dass sich die Landesgesetzgeber an diesen Vorgaben orientieren. Eine monetäre „Aufwertung“ des Grundschullehrberufs kann diese Arbeit darüber hinaus für Männer attraktiver machen und ein ausgeglichenes Verhältnis der Geschlechter an der Grundschule befördern.

Britta Jagusch,
freie Journalistin

Foto: Europa-Universität Viadrina

Prof. Eva Kocher

Das Gutachten „Mittelbare Geschlechtsdiskriminierung bei der Besoldung von Grundschullehrkräften nach A 12“ haben Prof. Eva Kocher, Stefanie Porsche und Johanna Wenckebach erarbeitet.
Sie finden die Studie auf der GEW-Website unter: www.gew.de/gleichstellung/lohngerechtigkeit/gutachten.

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Das Baltikum genießen

Baltische Hauptstädte und die Kurische Nehrung

8-tägige Flugreise 05.08. - 12.08.2016, 19.08. - 26.08.2016, 02.09. - 09.09.2016

Unsere Rundreise führt Sie zu den schönsten Orten der baltischen Staaten. Die drei Hauptstädte Vilnius, Riga und Tallinn zeugen mit ihren prachtvollen Gebäuden verschiedenster Epochen von der Schönheit der Vergangenheit und zählen heute zum UNESCO-Weltkulturerbe. Aber Litauen, Lettland und Estland haben weit mehr zu bieten. Sie besuchen die imposante gotische Wasserburg von Trakai, die Kurische Nehrung (UNESCO-Weltkulturerbe), das prachtvolle Schloss Rundale und den Nationalpark Gauja. Auch die typischen kulinarischen Spezialitäten kommen bei dieser Reise nicht zu kurz. In jedem Land werden Sie mit einem traditionellen Getränk begrüßt, lernen landestypische Gerichte kennen und besuchen in Riga den größten Bauernmarkt Lettlands.

Das beinhaltet unsere Reise

- ✓ Flug vom gewählten Flughafen inklusive Steuern und Gebühren
- ✓ Transfer Flughafen - Hotel - Flughafen
- ✓ 7 Übernachtungen in 4-Sterne-Hotels (außer in Nida, dort 3-Sterne-Hotel)
- ✓ traditionelles Willkommensgetränk in Litauen, Lettland und Estland
- ✓ Halbpension (Frühstücksbüfett und Abendessen in Hotel- bzw. landestypischen Restaurants, darunter 1 Abendessen mit kulinarischer Show)
- ✓ Reiseleitung (2. - 7. Tag)
- ✓ deutschsprachige Führungen gemäß Programmverlauf inkl. Eintritt für Wasserburg Trakai, Thomas-Mann-Haus Nida, Schloss Rundale, Bischofsburg, Turaida in Sigulda
- ✓ Fährüberfahrt zum Nationalpark Kurische Nehrung und Naturschutzgebühr
- ✓ Bustransfers laut Programm

Abflughäfen

- Berlin-Tegel
- Frankfurt/Main
- Hamburg
- München
- Düsseldorf + € 40,- p. P.
- Bremen + € 120,- p. P.
- Hannover + € 120,- p. P.
- Stuttgart + € 120,- p. P.

Wunschleistung

- Zug zum Flug:
  - bis 400 km pro Strecke **€ 80,- p. P.**
  - über 400 km pro Strecke **€ 130,- p. P.**

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: tslmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Pädagogisch = weiblich =

// Zum internationalen Frauentag 2016 hat die GEW ein Gutachten veröffentlicht (s. S. 30 f.), das nachweist: Die schlechtere Bezahlung von Grundschul- gegenüber Lehrkräften an anderen Schularten ist eine mittelbare Diskriminierung von Frauen. Bis zu 450 Euro monatlich wird an Grundschulen weniger verdient. In Hamburg diskutierten Grundschullehrerinnen über Ursachen, Vorurteile und Möglichkeiten, die Situation zu verändern, sowie über die Folgen dieser Diskriminierung im Berufsalltag. //

E&W: Mit welchen Argumenten wird begründet, dass Sie immer noch weniger Gehalt bekommen als Lehrkräfte an weiterführenden Schulen?

Claudia Blum: Es wird immer gesagt, dass Grundschullehrkräfte nicht so lange studieren wie andere Lehrerinnen und Lehrer. Das stimmt heute jedoch nicht mehr. Zudem sei die Arbeit nicht so anspruchsvoll wie etwa bei den Gymnasiallehrern. Wir würden weniger korrigieren und brauchten weniger Zeit, um den Unterricht vorzubereiten.

Fotos: Kersten Artus

Claudia Blum

Eva Klock: Bei mir hieß es damals, Anfang der 1980er, ich hätte in Niedersachsen studiert, mein Studium sei deswegen weniger wert. Ich hielt das schon damals für vorgeschoben, weil Pädagogik gerade an die Universitäten angegliedert wurde und auf unseren Unterricht alle Schulformen aufbauen. Außerdem haben wir sehr heterogene Klassen und eine sehr anspruchsvolle Unterrichtssituation.

Eva Klock

E&W: Die Anforderungen an Grundschullehrkräfte seien gewachsen, erklärt die GEW. Wie sieht das konkret aus?

Blum: Da sage ich nur drei Schlagworte: Inklusion, Ganztagsschule und Aufgaben, die von der Schulbehörde auf die Schulen übertragen wurden. Die Fachleitungen müssen viel mehr berücksichtigen und managen. Wir bekommen heute Kinder in die Klassen, die wir ganz anders betreuen müssen. Die Ganztagsschule bedeutet, mehr zu organisieren, mehr Formulare auszufüllen, Kinder zu begleiten, sich um Kurse zu kümmern.

E&W: Verwaltungs- und Betreuungsaufgaben, die mehr Zeit in Anspruch nehmen, rechtfertigen aber doch kein höheres Gehalt?

Blum: Ich brauche nicht nur zusätzliche Zeit, sondern auch zusätzliches Wissen. Ich muss mich in vieles neu einarbeiten, was ich im Studium nicht gelernt habe, und vor allem brauche ich Zusatzqualifikationen. Ich habe ein geistig behindertes Kind in einer Klasse, ich habe hochbegabte Mädchen und Jungen. Das heißt, ich muss viel differenzieren. Ich verständige mich zwar mit einer Sonderschulpädagogin, aber unterrichten muss ich alleine.

Anja Bensinger-Stolze: Die Grundschule ist eine Schule für alle Kinder, an der alle Ansprüche erfüllt werden. Übrigens auch die der Eltern, deren Ansprüche gewachsen sind. Unsere Aufgaben erfordern höchstes Verantwortungsbewusstsein. Dafür brauchen wir die besten Lehrerinnen und Lehrer, die nicht schlechter bezahlt werden dürfen als andere. Zu sagen, wir seien nicht wissenschaftlich ausgebildet, ist an den Haaren herbeigezogen.

Klock: Ich hatte schon Schülerinnen und Schüler, in deren Elternhaus ich ein Drogenproblem vermutete. Es gibt Scheidungen der Eltern oder das Kind wird geschlagen. Ich stimme mich mit Beratungsstellen ab, mit der Familienhilfe, mit dem Amt für soziale Dienste, mit der Polizei, mit Schulärztinnen und -ärzten. Und immer muss ich abschätzen, was kann ich erreichen, was will ich erreichen. Das geht manchmal ganz schön an die Nieren.

Blum: Außerdem müssen wir alle Fächer unterrichten.

E&W: Das Gutachten bezieht sich auf die Situation in Hessen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Gelten die Ergebnisse auch für andere Bundesländer?

Bensinger-Stolze: Ja. Ungefähr 88 Prozent aller Lehrkräfte an den Grundschulen in Hamburg sind Frauen. An Gymnasien liegt der Anteil bei 56 Prozent. Die Unterschiede in der Bezahlung sind mit den untersuchten Bundesländern vergleichbar. In Hamburg trifft die Diskriminierung übrigens nicht nur die Lehrkräfte an Grund-, sondern auch an

schlecht bezahlt

Stadtteilschulen. Es gibt hier das Lehramt für Grund- und Mittelstufe, das auch für den Unterricht an den Stadtteilschulen qualifiziert. Alle diese Lehrkräfte beginnen mit der Eingangsbesoldung A 12 und können nur über eine Funktionsstelle auf A 13 kommen. Auch an den Stadtteilschulen arbeiten deutlich mehr Frauen als Männer. 55 Prozent aller Lehrkräfte haben Teilzeitstellen, an Grundschulen ist der Anteil noch höher.

E&W: Dass die unterschiedliche Bezahlung gegen den Gleichheitsgrundsatz verstößt, der im Grundgesetz verankert ist, wurde schon öfter festgestellt. Fühlen sich Lehrerinnen an Grundschulen aber auch aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert?

Blum: Ja, ich fühle mich diskriminiert. An anderen Schulformen unterrichten viel mehr Männer – und dort wird mehr Geld gezahlt.

> „Ja, ich fühle mich diskriminiert. An anderen Schulformen unterrichten viel mehr Männer als an Grundschulen – und dort wird mehr Geld gezahlt."
>
> **Claudia Blum**

Klock: Es ist sehr deutlich zu spüren, wenn ich mich in Gruppen bewege, in denen Lehrkräfte vieler Schulen zusammenkommen. Du wirst als Grundschullehrerin als weniger relevant und wichtig wahrgenommen. Da kommt immer die Bemerkung: Oh wie süß, Grundschulkinder ...

Blum: Das kann ich bestätigen. Wenn ich auf die Frage, wo ich unterrichte, antworte: an der Grundschule, sinkt sofort die Wertschätzung. Viele Eltern glauben vielleicht auch deswegen, sie könnten sich bei uns stärker einmischen. Sie versuchen, den Unterricht mitzubestimmen oder stellen meine Fachkompetenz in Frage. Grundschule könne eigentlich jede und jeder, glauben sie offenbar.

Bensinger-Stolze: Das Pädagogische ist in der Wahrnehmung vieler Menschen immer noch eng mit dem Weiblichen verbunden. Als bräuchte man das nicht zu lernen, weil eine Frau so etwas angeblich mitbringt. Dagegen steht das Rationale, das Wissenschaftliche, das der Mann vermittelt.

E&W: Wie sollen der Hamburger und der Bremer Senat sowie die schleswig-holsteinische Landesregierung ermuntert werden, auf das Gutachten zur Geschlechterdiskriminierung zu reagieren?

Bensinger-Stolze: Im vergangenen Jahr hatten wir bereits bei der Bremer Senatorin und dem Hamburger Senator sowie dem schleswig-holsteinischen Bildungsministerium vorgefühlt. Aus Letzterem erhielten wir die Antwort, dass der pädagogische Anteil unserer Arbeit so groß sei – das habe nichts mit Wissenschaft zu tun. Der Senator in Hamburg sagte, er fände es auch wichtig, dass gleich viel bezahlt werde, aber er hätte kein Geld. Die Bremer Senatorin hat geantwortet, Bremen sei ein Nehmerland (beim Länderfinanzausgleich, Anm. d. Red.), deswegen könne sie in dieser Sache nicht vorangehen. Jetzt werden wir ihnen die Ergebnisse des neuen Gutachtens nahebringen. Vielleicht laden wir die drei auch zu einer Veranstaltung ein – zusammen mit den Juristinnen, die das Gutachten erstellt haben. Wir werden uns auch noch an die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher in den Parlamenten wenden. Wenn das alles nichts hilft, gehen unsere Pläne natürlich in Richtung deutlichen Protests.

E&W: Wie will die GEW weibliche Lehrkräfte überzeugen, sich gegen die Lohndiskriminierung zu wehren?

Anja Bensinger-Stolze

Bensinger-Stolze: Wir fangen jetzt an, zu mobilisieren. Wir gehen an die Öffentlichkeit, zunächst mit einer Postkartenaktion. Die Landesverbände Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg planen zu dem neuen Gutachten die bereits erwähnte Veranstaltung. Ob am Ende vielleicht eine gerichtliche Klage steht, müssen wir sehen.

Blum: Wir hatten gerade Personalvollversammlung. Ich habe das Gutachten vorgestellt, es ist gut angekommen. Auch dass die GEW das Thema in Angriff nimmt, finden die Kolleginnen klasse.

E&W: Stehen die Zeichen an Grundschulen auf Aktionen, um eine bessere Bezahlung durchzusetzen?

Bensinger-Stolze: Es gibt viele Möglichkeiten, Protest sichtbar zu machen. Mit dem Gutachten ist eine gute Grundlage gelegt, gegen die ungerechtfertigte Besoldung an Grundschulen erfolgreich anzugehen.

Moderation: Kersten Artus,
freie Journalistin

Claudia Blum (32) ist Grund- und Mittelstufenlehrerin.
Eva Klock (56) unterrichtet an der Grundschule.
Anja Bensinger-Stolze ist Vorsitzende der GEW Hamburg.

Wanderoper Brandenburg: Diva Maria Bellacanta (rechts) zieht Hexe Hillary mit ihrer Kunst in ihren Bann.

Fotos: Dirk Lässig

Oper lieben lernen in der Turnhalle

// In einem dünn besiedelten Flächenland wie Brandenburg haben Kita- und Schulkinder nur selten die Chance, klassische Musik live zu erleben. Das Ensemble der preisgekrönten „Wanderoper Brandenburg“ will das ändern: Es tourt mit Bühnenbild und Piano durch Schulturnhallen, Gemeindesäle und Gaststätten: „Wenn die Kinder nicht in die Oper kommen, kommt die Oper zu den Kindern.“ //

Tätätääää. „Guten Abend. Wir unterbrechen unser Programm für eine aktuelle Sondersendung.“ Ernst blickt der Fernsehsprecher aus dem Pappmonitor. „Der Gewinner unseres Preisrätsels heißt: Hexe Hillaryyy.“ „Was? Ich?“, ruft Hillary und hüpft aufgeregt über die Bühne. Schon bringt die Post ihren Gewinn. Ein roter Briefumschlag. „Kar... ten“, entziffert die kleine Hexe, „Karten für die Oper.“ Äh. „Hallo Kinder, weiß einer von euch, was das ist? Also, ich weiß es nicht. Muss aber was Tolles sein, wenn man es im Fernsehen gewinnen kann. Mindestens so toll wie eine Mikrowelle.“ Hillary dreht an ihren blonden Zöpfen, setzt die große, pinke Sonnenbrille auf und schaut ins Publikum. „Was ist denn Oper? Kann mir das niemand hier sagen? Nee?“ Da bleibt wohl nur eins: Eins, zwei, drei Maria Bellacanta herbeizaubern, die Opernsängerin. „Oder Kinder?“ „Jaaa!“

Eine Stunde später fällt der Vorhang. Gut 150 Kita-Kinder klatschen stürmisch. „Die Hexe Hillary war lustig“, sagt Lotte. „Die hat toll rumgestampft“, findet Paul. „Die Musik ist schön“, meint Juvel. Zum ersten Mal waren die drei heute in der Oper – wie die meisten hier im Saal. Im Stück um die Hexe Hillary erzählt Komponist Peter Lund die Geschichte einer kleinen Hexe, die die Oper entdeckt. Ein kurzweiliger, schneller Mix aus Theater, Musik und Kostproben berühmter Arien, etwa aus der „Zauberflöte“ oder „Hänsel und Gretel“. „Ein ideales Einsteigerstück für kleine Opernneulinge“, sagt Arnold Schrem. Und die will der Theaterwissenschaftler und Opernregisseur begeistern: mit seiner Wanderoper Brandenburg.

Der Weg führt durch weite Wiesen und Felder bis hinunter in die Lausitz. Straßendörfer, Bauernhöfe, vereinzelte Plattenbauten, schließlich das gelbe Ortsschild: Sängerstadt Finsterwalde. Vor 100 Jahren trällerte hier jeder den Schlager „Wir sind die Sänger von Finsterwalde“, heute baut Schrem seine Opernbühne auf. Am Vorabend ist er mit seiner fünfköpfigen Crew an der Gaststätte „Alt Nauendorf“ vorgefahren. Hat Requisiten, Piano und Kostüme aus dem Bus in den Theatersaal geschleppt. „Leider hat der Karnevalsverein seine Fachwerkhausdekoration vergessen“, seufzt Schrem. Macht nichts. „Dann stellen wir unser Bühnenbild halt irgendwie davor.“ In der Provinz ist Improvisation gefragt.

„Die Seele berühren“

Schrem liebt die Oper und er will, dass auch die Kinder in der Lausitz und der Uckermark, im Havelland und Barnim die Chance bekommen, sie lieben zu lernen. Jahrelang war er Opernhausdirektor in Stralsund und Freiberg. Mozart, Puccini, Verdi – „was gibt es Schöneres, um die Seele zu berühren?“ Und welche Kunstform sonst führt Musik, dramatische Handlung und bildende Kunst so

meisterhaft zusammen? Aber viele Eltern und Lehrkräfte könnten nur wenig damit anfangen, beobachtet der Theaterwissenschaftler. Und selbst wenn sie die Kinder an diese Kunstform heranführen wollen – wo können sie in einem dünn besiedelten Flächenland wie Brandenburg schon in die Oper gehen?

„Das muss sich ändern", sagte sich Schrem und beschloss: Wenn die Kinder nicht in die Oper kommen, kommt die Oper zu den Kindern. „Denn wer bis zum Alter von 14 Jahren das Musiktheater nicht kennengelernt hat, entwickelt nur noch selten eine Antenne dafür." 2011 gründete Schrem den Verein Wanderoper Brandenburg, gewann das Bildungs- und das Kulturministerium als Förderer, organisierte Ausstattung, Theaterbus, Ensemble. Geringer Aufwand, kleines Budget. Er hat Stücke für Jugendliche und Erwachsene im Repertoire wie den „Wildschütz", welche für Groß und Klein wie „Die Zauberflöte" und drei Kinderopern: „Hänsel und Gretel", „Pettersson und Findus" – und die Hexe Hillary.

„Weißt du, warum ich so gern singe?", fragt Opernsängerin Maria Bellacanta die kleine Hexe. „Weil es mir hilft, meine Gefühle auszudrücken." Bellacanta formt ihren roten Mund zu einem großen O. „Ha, ha, haa, ha, ha, haaaa." Kraftvoll jagt sie den Koloratursopran fast bis zum hohen C. „Ui, das klingt ja wie Schreien, jetzt bist du sauer", staunt Hillary. Dann wird Bellacantas Stimme tief und langsam. Wie ein gedehntes Seufzen klingt die Arie der traurigen Prinzessin Pamina aus der Zauberflöte. Hillary laufen die Tränen über die Backen. „Wahnsinn, ich muss ja heulen." Bellacanta lacht. „Siehst du."

Solche Szenen begeistern Cordula Hauke. „Es ist wunderbar, wenn die Kinder hier selbst erleben, dass es mehr gibt als Worte, um sich zu verständigen", sagt die Erzieherin vom Katholischen Kinderhaus St. Raphael Finsterwalde. Nicht zufällig spielt Musik eine große Rolle in ihrer Kita: „Sie ist ungeheuer wichtig für die kindliche Entwicklung." Jedes Jahr geht Hauke mit einer Gruppe in die Wanderoper. „Gerade Klassik lernen sie doch sonst kaum kennen."

Hexe, Opernsängerin und Pianist verbeugen sich. Die Vorstellung ist vorbei. Hauke holt die Kita-Kinder zur Gesprächsrunde mit dem Trio zusammen. „Wie ist denn der Nebel auf die Bühne gekommen?", will Sebastian wissen. „Wie hast du dir denn diese spitze Hexennase gemacht?", fragt Lotte und tippt Hillary auf das festgeklebte Gummiteil. Lotte würde gerne auch mal eine Hexe spielen. „Nur zu", sagt Hillary alias Marie-Theres Schwinn. „Schau mal, hier in unserem Flyer steht, wie ihr selbst kleine Opernszenen auf die Beine stellen könnt."

„Total gut mitgegangen"

Künstlerpause. Zeit zum Kraft tanken. In 20 Minuten beginnt die nächste Vorführung. Schwinn und ihre Kollegen sinken auf die Stühle in der Garderobe. Sängerin Antonia Feuerstein (Maria Bellacanta) packt die Brotdose aus. „Die Kinder sind heute total gut mitgegangen." Feuerstein, Schwinn und der Pianist Peter A. Rodekuhr genießen es, einer neuen Generation das Musiktheater nahezubringen. Nur zu gut erinnert sich Schwinn, wie sie selbst als Kind gestaunt hat. „Oper hatte so etwas Strahlendes." „Es ist absolut spannend, in diesen Brandenburger Städtchen, deren Namen man noch nie gehört hat, Vorstellungen zu geben", sagt Rodekuhr. Mal spielen sie in Turnhallen, mal in Gemeindesälen, mal in Gaststätten, auf einer Freilichtbühne oder einer Trabrennbahn: „Jedes Mal ist das Publikum anders."

Der Theatersaal in Finsterwalde füllt sich wieder. Gut 100 Grundschüler rutschen gespannt auf ihren Sitzen hin und her. Die Erstklässler Tobias, Vincent und Leon haben gerade gelernt, was zur Oper gehört: „Sänger, Musik, eine Geschichte", ruft Vincent stolz. Lehrerin Ivonne Passim macht mit ihren Kids einmal im Jahr einen Ausflug ins Staatstheater Cottbus. Aber das reiche nicht: „Deshalb verpasse ich keine Vorstellung der Wanderoper", sagt sie. „Das erweitert den Horizont der Schülerinnen und Schüler enorm." Psst, es geht los. Tätätääää. „Guten Abend. Wir unterbrechen unser Programm für eine aktuelle Sondersendung ..."

Nieselregen hüllt die Gaststätte „Alt Nauendorf" in einen grauen Schleier. Die Schulkinder schlüpfen in ihre Jacken. „War cool", sagt Leon. Wanderoper-Direktor Schrem packt Perücken, Plüschfell und Abendroben in eine Kiste. Es war ein guter Morgen. Schade nur, dass 180 Schülerinnen und Schüler abgesagt hatten. „Fehlplanungen der Schulen kommen immer mal wieder vor." Ohnehin sei es manchmal nicht leicht, sie für einen Besuch zu gewinnen, auch wenn die Kids nur drei bis fünf Euro Eintritt zahlen – je nach Stück. Schrem: „Es gibt viele interessante Projekte. Oper steht da oft nicht an erster Stelle." Allerdings: Der gute Ruf eilt der Wanderoper voraus. 2012 wurde sie im Wettbewerb „Deutschland – Land der Ideen" ausgezeichnet. 2016 feiert sie fünfjähriges Jubiläum, knapp 25 000 kleine und größere Zuschauer haben ihre Stücke mittlerweile gesehen. Schrem grinst. „Im Grunde gibt es für die Schulen auch keine Ausreden mehr, wenn wir sagen: Kommt in die Oper! Wir bringen sie euch vor die Tür."

Anja Dilk,
freie Journalistin

Wanderoper Brandenburg:
www.wanderoper.de
Kontakt: arnoldschrem@aol.com

Ganz gebannt!

„Enorme Unterschiede“

// Seit 2011 hat die GEW-Stiftung „fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit“ in Indien drei Projekte auf die Beine gestellt. Was hat der Einsatz vor Ort bewirkt? Ein Besuch in den Bundesstaaten Westbengalen und Andhra Pradesh ermöglicht eine Zwischenbilanz. //

Fotos: Susanne Hemmerling

Dornipadu in der Region Kurnool in Indien: Bis vor wenigen Jahren arbeiteten hier während der Baumwollernte auf fast allen Feldern Kinder. Heute besuchen die Mädchen und Jungen die Schule.

Indien kann im Kampf gegen Kinderarbeit in seiner Statistik beachtliche Erfolge ausweisen. Zwischen 2001 und 2013 ist die Zahl der Kinder bis 14 Jahre, die keine Schule besuchten, von 32 auf 2,2 Millionen zurückgegangen. Gleichzeitig sank der Anteil der arbeitenden Mädchen und Jungen von knapp 13 auf rund vier Millionen.

Ein großer Fortschritt – trotzdem ist Ausbeutung weiterhin harte Realität für viele Kinder in Indien. Daran hat auch der 2009 verabschiedete Right-To-Education-Act wenig geändert, der den kostenfreien und verpflichtenden Schulbesuch von Kindern zwischen sechs und 14 Jahren festschreibt. In vielen Regionen lässt die Umsetzung auf sich warten. Ein besonders großes Hindernis im Kampf gegen Kinderarbeit ist die fehlende Aufklärung der Bevölkerung über Kinderrechte und den Wert guter Bildung. Hier setzt „fair childhood“ mit seinen Projektpartnern an. Im März 2016 haben Vertreterinnen und Vertreter der Stiftung zwei Projekte besucht.

Die sieben Dörfer Mohanpurs in Westbengalen mit über 21 000 Bewohnerinnen und Bewohnern sind weit verstreut und nur über schmale Schotterwege zu erreichen. Haupteinnahmequelle der Menschen sind mühselige, schlecht bezahlte Näh- und Stickarbeiten für Zwischenhändler aus dem nahe gelegenen Kalkutta. Bis vor wenigen Jahren arbeiteten auch viele Kinder regelmäßig am Sticktisch, anstatt in die Schule zu gehen. Angesichts fehlender Bildungsangebote und alternativer Einnahmequellen blieb den Familien häufig keine Wahl.

Brückenschulen gebaut

Um den Schulbesuch aller Mädchen und Jungen zu ermöglichen, hat „fair childhood“ dort seit 2012 gemeinsam mit der Karl Kübel Stiftung und indischen Partnern Nachhilfezentren, Brückenschulen sowie ein Kinder- und Jugendzentrum gebaut (siehe E&W 12/2014). 14 Lehrkräfte bereiten Kinder, die noch nie oder nur zeitweise zur Schule gegangen sind, auf den Besuch staatlicher Schulen vor. Seitdem sind die Fälle von Kinderarbeit deutlich zurückgegangen, die Hälfte der zuvor fast 1 000 betroffenen Sechs- bis 14-Jährigen nimmt heute regelmäßig am Unterricht teil.

Aufklärung und Mobilisierung der Bevölkerung sind essenzieller Bestandteil des Projekts. In den Orten, in denen vor wenigen Jahren Kinderrechte noch keine Rolle spielten, achten inzwischen lokal organisierte und vernetzte Kinderschutzkomitees auf den Schulbesuch, melden Fälle von Kinderrechtsverletzungen und informieren die Dorfgemeinschaften regelmäßig über die Fortschritte im Kampf gegen Kinderarbeit. Unterstützt werden sie von Sozialarbeiterinnen und -arbeitern, deren Stellen aus Projektmitteln finanziert werden.

In einer Region, in der fast die Hälfte der Familien unter der Armutsgrenze lebt, reichen Aufklärung und Bildungsangebote allein aber nicht aus, um Kinderarbeit zu beseitigen. Mikrokreditprogramme ermöglichen vielen den Weg in die Unabhängigkeit. Vor allem Frauen nutzen die Darlehen, um ein „Mikrobusiness“ aufzubauen: Sie betreiben beispielsweise einen Kiosk und verbessern damit die ökonomische Situation ihrer Familien entscheidend.

In den Dörfern der Region Kurnool im Bundesstaat Andhra Pradesh leben viele Menschen von der Baumwollernte. Bis vor wenigen Jahren arbeiteten während der Erntesaison auf nahezu allen Feldern Kinder, statt den Unterricht zu besuchen. Die Eltern sahen

sich aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage häufig gezwungen, ihre Kinder – vor allem Mädchen – in die Schuldknechtschaft der Plantagenbesitzer zu schicken. Doch auch andere Gründe spielten eine Rolle. Venkat Reddy, Geschäftsführer der fair-childhood-Partnerorganisation MV Foundation (MVF), erzählt: „Die Baumwollproduzenten versuchen mit Mythen, den Familien Kinderarbeit schmackhaft zu machen. Sie behaupten, aufgrund ihrer geringeren Körpergröße seien Kinder für die Ernte besser geeignet als Erwachsene. Auch den religiösen Glauben nutzen sie aus, wenn sie vorgeben, dass nur die Hände der als unschuldig geltenden Kinder die Reinheit der weißen Baumwolle erhalten könnten. Zum Glück ist es nicht so schwierig, diese Mythen vom Tisch zu räumen, wenn man einmal mit den betroffenen Familien ins Gespräch kommt."

Auch MVF setzt deshalb darauf, die Menschen aufzuklären und zu mobilisieren. Im Verwaltungsbezirk Dornipadu mit rund 26 000 Einwohnerinnen und Einwohnern hat sie im Jahr 2012 – unterstützt von „fair childhood" – mit dem Aufbau von Child Right Protection Foren (CRPFs) begonnen. Dort machen sich lokale Müttergruppen, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Verwaltungsmitglieder dafür stark, Kinderrechte vor Ort durchzusetzen. Von der Wirksamkeit dieser Maßnahme ist Lehrerin Depika überzeugt: „Der Unterschied zwischen den Dörfern ist enorm. Dort, wo CRPFs entstanden sind, hat sich das Bewusstsein für Kinderrechte bei den Erwachsenen grundlegend gewandelt. Sie sind motiviert, ihre Kinder vor Ausbeutung zu schützen. In Dornipadu gab es seit 2014 keinen einzigen Fall von Schulabbruch mehr. In Dörfern ohne CRPF fehlt diese Motivation – und das Verständnis für ein kindgerechtes Leben."

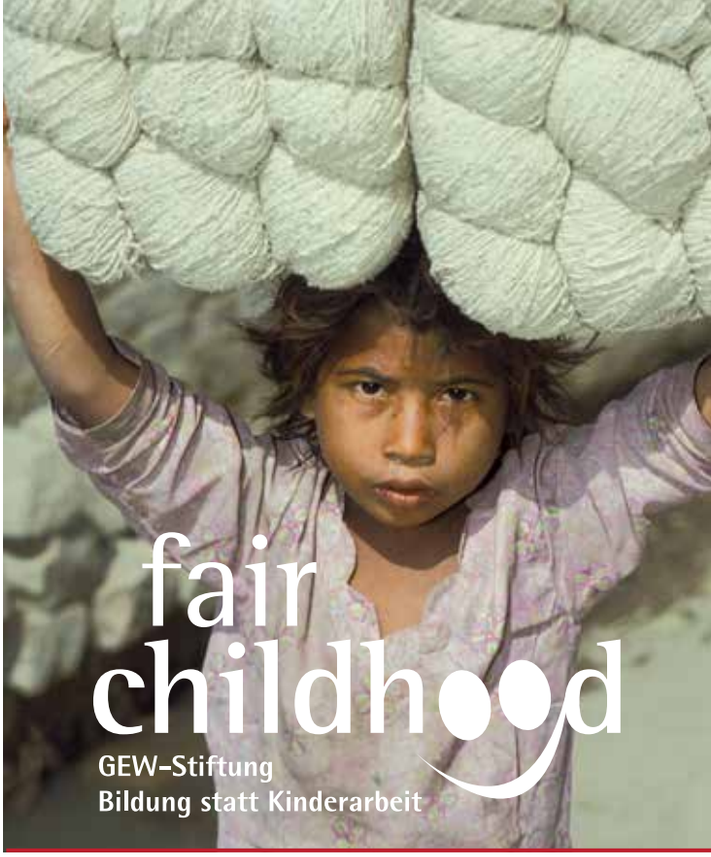
Die Arbeit der CRPFs zeigt auch bei Plantagenbesitzern und Konzernen Wirkung. Sobald ihnen klar wird, dass sich das Wissen über Kinderrechte in der Region verbreitet und es bei der Weiterbeschäftigung von Kindern zu empfindlichen Strafen kommen kann, zeigen sie sich kooperativ. In einigen Regionen haben sie sich inzwischen verpflichtet, keine Kinder mehr auf ihren Feldern einzusetzen.

Seit 2014 ist das Projekt in Dornipadu beendet. Doch auch gut ein Jahr später sind die Kinderrechtsgruppen weiter aktiv und tragen mit großem Engagement und Erfolg dazu bei, das Right to Education umzusetzen und Kinderarbeit abzuschaffen.

Susanne Hemmerling,
Referentin GEW-Stiftung „fair childhood"

Die Grundschule in Mohanpur in Westbengalen/Indien – cofinanziert von der GEW-Stiftung „fair childhood". Früher arbeiteten die Kinder regelmäßig am Sticktisch.

Detaillierte Hintergrundinformationen zu den Projekten finden Sie unter http://fair-childhood.eu/Unsere_Projekte.html.



Kindern eine Kindheit geben

Machen Sie mit.
Unterstützen Sie *fair childhood* –
GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.fair-childhood.eu

Ja, ich möchte mehr Informationen zu *fair childhood,* bitte senden Sie mir weitere Informationen

E&W 05/2016

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit"
z. Hd. Susanne Hemmerling
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

„Nur wir können das Menschliche wiederbeleben“

// Auf das etwas andere „Diesmal“ in der April-Ausgabe der E&W hat die Redaktion viele spannende Zuschriften bekommen. Dafür einen ganz herzlichen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die ihre Gedanken zum Thema Rechtsradikalismus/Erstarken der Alternative für Deutschland (AfD) zu Papier gebracht und uns zugeschickt haben. Das Thema bewegt die Mitglieder der GEW, aber auch weit über die Gewerkschaft(en) hinaus die Menschen in der ganzen Republik. //

Einige Kolleginnen und Kollegen haben sich sehr intensiv mit den Diesmal-Fragen auseinandergesetzt.
Stellvertretend sei Gunnar R. Vogel genannt: Er hat der Redaktion eine komplette Mappe mit Informationen zum Thema zusammengestellt. Oder Günter Bergknecht: Er hat uns eine Karikatur geschickt, die wir auf S. 39 veröffentlicht haben.
Die Redaktion hat die Briefe der Leserinnen und Leser ein wenig thematisch geordnet und publiziert auf den folgenden drei Seiten Auszüge aus den Texten. Im vollen Wortlaut finden Sie diese und weitere Beiträge auf der GEW-Website: www.gew.de/diesmal. Viel Erkenntnisgewinn und Anregungen zum Nachdenken bei der Lektüre wünscht

Ulf Rödde,
Redaktionsleiter der „Erziehung und Wissenschaft“

1. Als Gründe für den Wahlerfolg der AfD benennen die Leserinnen und Leser beispielsweise mangelnde soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft, die wirtschaftliche Entwicklung, Ängste etwa vor sozialem Abstieg, Ohnmachtsgefühle gegenüber „denen da oben“ und Politikverdrossenheit.

Hoffentlich ist das ein Weckruf: SPD, CDU, Grüne aber auch Gewerkschaften usw. müssen sich, gefordert von ihren Wählern bzw. Mitgliedern, endlich WIRKLICH mehr für das einsetzen, was die AfD-Führer/Rattenfänger demagogisch nutzen: Dass auch endlich für Deutsche mehr Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit entsteht. (…)
Wolfgang Laub, Berlin

Die Angst vor dem Fremden, d. h. anderen Menschen, Religionen, Lebensweisen und Kulturen, wird von einer Politik geschürt, die nicht wirklich Stellung bezieht. Zugleich werden rechte Straftaten oft nicht verfolgt und verharmlost. Der Kapitalismus in seiner ungebremsten Form sorgt dafür, dass große Teile der Bevölkerung ausgeblutet werden. Schuldige werden gesucht und dann sind es „die anderen, die fremden“ Menschen. Nicht die, die sich aus purer Gier alles einverleiben wollen.
Eva Klock, online

Die Stärke der AfD wie auch die Stärke der …gida-Bewegungen ist weniger ein ideologisches als ein gesellschaftliches, ja politisches Thema. Das Programm der AfD ist sehr beliebig und könnte in weiten Teilen so jeder anderen Partei zugeordnet werden. Linke und AfD sind sich in vielen Themen übrigens sehr nah. Mit der AfD und den …gidas sind Gruppen entstanden, welche den Menschen das Gefühl vermitteln, dass jemand zuhört. Das Gefühl, dass Politiker da sind für die Menschen und das Unaussprechliche aussprechen.
Es geht dabei weniger um Flüchtlinge oder Ausländer. Es geht um die Gesamtsituation der Menschen und um das Gefühl, nichts ausrichten zu können, da die Politiker aus Sicht vieler „da oben“ verortet sind.
Da nutzen Menschen zum Beispiel ihre Rechte, gehen friedlich auf die Straße und werden von Politikern wie auch vom Bundespräsidenten als Pack und Idioten tituliert, quasi nach dem Motto: „Was Demokratie ist, bestimmen wir.“ Das ist Gutsherrendenken, das ist diktatorisch, das ist Regieren von oben herab.

Dass die Menschen jetzt die Flüchtlinge als „Hassobjekt“ auserkoren haben, ist doch eher eine Art Stellvertreterkonflikt gepaart mit Neid und eigener Unzufriedenheit. Da ist es wieder, das Gefühl machtlos zu sein, das Gefühl, dass niemand zuhört und das Gefühl, dass andere „mehr“ bekommen.
Selbst vielleicht arbeitslos und dann kommen Flüchtlinge mit der politischen Ansage, dass Fachkräfte benötigt werden. Selbst wird eine Wohnung gesucht und dann kommt ein Flüchtling und bekommt eine? (…)
Halten wir zuletzt zur Beschreibung der Gesamtsituation fest, dass Millionen Menschen in diesem Land gerade einmal den Mindestlohn bekommen, wenn überhaupt. Und selbst der Netto-Mindestlohn reicht in den meisten Regionen nicht einmal für einen qm Nettokaltmiete. Wenn es denn überhaupt eine Wohnung gibt.
Halten wir weiter fest, dass Infrastruktur, Schulen, Kitas… alles andere als im guten Zustand sind. In Schulen stinkt es bereits beim Betreten nach Urin und Fäkalien. In den Kitas ist man auf Fördervereine angewiesen, um Inventar kaufen zu können oder um pädagogische Angebote einzukaufen. Gleichzeitig werden aber Luxusprojekte wie Regionalflughäfen und anderes realisiert. Ein Blick in das Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler lässt einen erschauern. Das ist Mentalität wie beim Sonnenkönig.
Mirko Krüger, online

Die Ursachen für den starken Stimmenzuwachs der AfD liegen in den Ängsten vieler Bürgerinnen und Bürger. Sie haben Angst vor prekären Arbeitsverhältnissen, vor Krieg, unbezahlbarem

Wohnraum, Altersarmut und wenig hilfreichen Entscheidungen aus Brüssel. Statusängste machen aggressiv. Die alten Volksparteien geben keine überzeugenden Antworten. Die Linkspartei ist durch die aufgesetzte Debatte der Querfrontideologen etwas gelähmt.
Joachim Dillinger, online

Warum werden rechte Parteien von so vielen gewählt? Weil viele Menschen glauben, dass die nach Deutschland Geflüchteten für sie eine Konkurrenz darstellen. Was kann man tun? Wenn es soziale Sicherheit gäbe, müssten die Menschen keine Konkurrenz fürchten. Und wenn die Menschen aus Afghanistan, vom Westbalkan, aus dem Irak, Libyen und Syrien nicht zu uns flüchten müssten, dann würden sie auch nicht als Konkurrenz wahrgenommen. (…)
Uli Scholz, online

(…) Die einheimische Bevölkerung gerät massiv unter wirtschaftlichen Druck – auch bei dem knappen Wohnraumangebot in den Großstädten. (…) Die wirklich Reichen im Lande beteiligen sich nicht an der Staatsfinanzierung, so blutet das Land ohnehin finanziell aus. Da sich alle Parteien am Staat versündigt haben, indem z. B. die Erbschaftsteuer und der Spitzensatz in der Einkommensteuer gesenkt wurden und zahlreiche finanzielle Schlupflöcher für die Reichen vom Staat konstruiert wurden, bilden sich solche Parteien wie die AfD; es ist ein vielfältiges Gemisch diffuser und konkreter Sorgen über ein breit angelegtes Staatsversagen. (…) Der Polizei- und Verwaltungsapparat ist viel zu klein, um die zusätzliche Arbeit zu bewältigen. Es geht insgesamt abwärts. Geld für neue Infrastrukturen, für Innovation, technische-wissenschaftliche Entwicklung fehlen zukünftig. Das hat erschreckende Ähnlichkeiten mit der Entwicklung in Weimar, nur auf höherem Niveau. Konsequenz: Leider wird die AfD noch deutlich zugewinnen, sie ist erst ganz am Anfang. Abhilfe: Endlich wieder ordentlich regieren!!
Rainer Griep, online

Cartoon und Text: Günter Bergknecht, Battenberg

Die Freude über das wuchernde neue Politgewächs ist unüberhör- und -sehbar. Die Republik ist in Schräglage geraten. Schuld?? Natürlich – die unbedarften Wähler. Die haben es wieder nicht geschafft!

2. Weitere Ursachen sehen sie in der Flüchtlingspolitik Deutschlands und seiner Rolle auf internationaler Ebene bzw. seiner weltweiten Wirtschaftspolitik – und in der Globalisierung.

Die Globalisierung hat nur wenige Gewinner, mehr Verlierer und viele, die den Verlust von Sicherheit befürchten. Die Globalisierung ist nur eine ökonomische Globalisierung. Die Menschen sind in ihren kleinen Lebenswelten irritiert. Sie klammern sich an populistische Sicherheitsversprechen. (…)
Harry Friebel, Hamburg

(…) Es muss endlich ein Stopp der Waffenlieferungen aus D. erfolgen, selbst in heikelste Gebiete, ebenso wie eine Weltwirtschaftspolitik/-ordnung, die Fluchtursachen ohne Ende schafft, bekämpft werden muss.
Natürlich ist individuelle Flüchtlingshilfe gut, nur ohne das zuvor genannte wird dadurch ein System gestützt, das weltweit immer wieder Flucht, Armut, Not, Kriege schafft, deutschen Unternehmern billige Fachkräfte aus Syrien usw. beschert, die dann wieder an der Ausbildung deutscher Jugendlicher sparen.
Wolfgang Laub, Berlin

(…) Was hätte anders laufen müssen und was ist jetzt zu tun? CDU, SPD, Grüne und Linke haben einhellig Merkels Politik einer unkontrollierten Zuwanderung unterstützt und sich z. T. noch darin überboten, Deutschland für Menschen aus aller Welt, die bessere Lebensbedingungen suchen, attraktiv zu machen. Ja, es war und ist schön zu sehen, wie groß die Hilfsbereitschaft bei vielen Menschen hierzulande ist. Aber für eine weitsichtige Politik, die die Realität nicht ausblendet, reicht es nicht, wenn Claudia Roth und Norbert Blüm in Flüchtlingscamps reisen und uns ein Bild vom Elend vieler Menschen vermitteln. Dass jetzt durch Absprachen der südosteuropäischen Staaten die Balkanroute geschlossen und der Flüchtlingsstrom gestoppt wurde und Frau Merkel ihr Heil in der Anbiederung an Herrn Erdogan sucht, ist natürlich auch völlig unbefriedigend.
Es war falsch von der Bundeskanzlerin, die Schengen-Regeln und das Dublin-Abkom-

men im Alleingang faktisch außer Kraft zu setzen und dann von überrumpelten EU-Partnern Solidarität einzufordern. (…)
Es war falsch, der Entwicklung im Nahen Osten lange Zeit tatenlos zugesehen zu haben. Die Regierungen der USA und Großbritanniens haben durch den Irak-Krieg und die falsche bzw. fehlende Nachkriegspolitik wesentlich zu der Radikalisierung und den Terror-Milizen in der Region beigetragen. Wenn es jetzt um die Folgen dieser verfehlten Politik geht, ziehen sich diese Staaten aus der Verantwortung heraus. (…)
Es war falsch, dass Angela Merkel mit der CDU ein Zuwanderungsgesetz blockiert hat und weiter blockiert. Angesichts globaler Krisen brauchen wir Perspektiven für Menschen, die wir hier integrieren können. (…)
Horst Peterjürgens, Detmold

3. Viele Leserinnen und Leser argumentieren stärker grundsätzlich, gesellschaftstheoretisch, kapitalismuskritisch – und machen sich z. B. Gedanken darüber: Was ist „links“, was ist „rechts“?

Die Organisatoren der AfD nehmen für sich in Anspruch, eine „schweigende Mehrheit“ zu vertreten. Wer dabei zunächst an verarmte und von Armut bedrohte Bevölkerungsgruppen denkt, sitzt insoweit einem Irrtum auf, als sich die Organisatoren der AfD tatsächlich aus Mittelschichtsangehörigen mit relativ gesichertem wirtschaftlichen Hintergrund zusammensetzen. Gleichwohl empfinden diese Kreise eine gesellschaftliche Entwicklung als bedrohlich, die mit den Begriffen von Wettbewerb, Aktivierung, Beschleunigung sowie Industrie 4.0 verbunden ist. Wenn Studien, wie in E&W erwähnt, von einer 50- bis 60-prozentigen Reduzierung der Arbeitsplätze ausgehen, dann speist sich daraus das Wählerpotenzial der AfD. Nur eine untergeordnete Rolle spielt dabei die tatsächliche Kenntnis der Fakten in der Wählerschaft, da die Bedrohung subjektiv vielfach erfahrbar ist.
Jedoch ist es notwendig, zwischen den Organisatoren der AfD und ihrer Wählerschaft zu differenzieren. Während die einen die Angst vor dem wirtschaftlichen und sozialen Abstieg plagt, treibt die anderen das Erleben verbauter Aufstiegschancen um. Das Parteiprogramm der AfD wird jedoch bei den heute schon verarmten Schichten keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation verursachen. Das tatsächliche Resultat einer Etablierung bzw. Beteiligung der AfD an Regierungsgewalten liegt vielmehr in einem gesellschaftlichen Aufstieg ihrer Entscheidungsträger.
Politisch kann man die AfD als kritischer Bürger nicht akzeptieren, moralisch sind ihre rechts-nationalistischen Ansätze verwerflich. In der AfD wird eine gesellschaftliche Tendenz sichtbar, dass eine kleine Gruppe möglichst viele Ressourcen und Profite vereinnahmt, um sich vor dem vermeintlich drohenden sozialen Abstieg abzusichern. (…)
Dr. Mathias Wagner (Soziologe), online

Inwiefern ist die Republik nach rechts gerückt? Der Erfolg der AfD beruht auf stets vorhandenen Meinungen, denen öffentlich eine Stimme fehlte. Jedoch werden seit langem linke Anliegen mit rechten Methoden betrieben. Jüngster Vorfall an der ersten protestantischen Universität: Störddrohungen und amtliches Vorgehen gegen einen allgemein verständlichen Vortrag über Evolutionstheorien & Kreationismus, weil der geladene Wissenschaftler anderwärts von seinem Fache aus scharfzüngig Gender-Forschung tadelt.
Ulrich J. Heinz, Marburg

Die Kategorisierung der politischen Kräfteverhältnisse in „rechts“ und „links“ ist eine für das Volk inszenierte Ablenkung von der massiven Verschiebung der Kräfteverhältnisse von „unten“ nach „oben“, vom Konsumenten-Volk zu den Oligarchen. Dass sich Akademiker und besonders akademisch ausgebildete Pädagogen immer noch von diesen Scheinpolarisierungen verblenden lassen, ist mehr als verwunderlich, erklärt aber, warum in der Regel aus unseren Schulen und Hochschulen statt aufgeklärter und souveräner Bürger nur noch willfährige Konsumenten und duckende Arbeitnehmer hervorgehen – die Idee des „freien Menschen“, der internalisiert hat, dass seine Freiheit dort endet, wo er die Freiheit eines anderen einschränkt, scheint auch hier schon längst „verraten“ worden zu sein. (…)
In dieser gesellschaftlichen Agnosie, Ohnmacht, Resignation gegenüber dem massiven Vormarsch der undemokratischen Kräfte des Kapitalmarktes, der mit unglaublichen Behauptungen (…) nur zum eigenen Nutzen und für den Gewinn uneingeschränkter Machtbefugnisse massiv die öffentliche Meinung manipuliert, gewinnen solche Kräfte wie die AfD und andere an Zulauf, weil sie sich als Ventil für die benachteiligten und resignierten Menschen anbieten und gleichzeitig somit die Ablenkungstaktik der Rechts-Links-Polarisierung bedienen.
Dass die AfD ein Rädchen in dieser oligarchen Manipulationsstrategie ist, wird auch in zahlreichen Details des sogenannten Parteiprogrammes der AfD deutlich.
V. Dietz, Hamburg

(…) In der Politik sind Werte kaum noch Argumente und sie werden zunehmend durch Feindbilder ersetzt. Grundrechtsverletzungen (z. B. durch Überwachung) werden mit dem Feindbild des Terrorismus gerechtfertigt und Sicherheit (= Bekämpfung des Terrorismus) mal eben zum Supergrundrecht erklärt (Hans-Peter Friedrich am 16. März 2013). Natürlich variieren die Feindbilder vom Großkapital bis zu „den Politikern“, aber das Muster bleibt. Aufmerksames Zuhören beim nächsten Polit-Talk sei einfach mal empfohlen.
Flüchtlinge geben für daran Interessierte ein dankbares Feindbild ab. Da über sie wenig bekannt ist, kann man fast alles auf sie projizieren und vor dem Unbekannten an sich kann man sich ja sowieso gut fürchten. Gerne hervorgeholt wird als Ergänzung das Feindbild „Mann“, das durch das Opferbild „Frau“ vervollständigt wird. (…)
Wenn wir hier eine Entwicklung umkehren wollen, dann müssen wir Feindbildern die Werte des Grundgesetzes entgegensetzen, ganz gleich, ob ein Politiker die gezielte Tötung eines mutmaßlich bösen Menschen bejubelt, oder ob jemand mit dumpfen Parolen durch die Straßen marschiert. Und wenn jemand das christliche Abendland von Schutzsuchenden bedroht sieht, dann darf es auch mal das Gleichnis vom barmherzigen Samariter sein.
Andreas Barth, online

Gewerkschaften, SPD und Grüne sind mit schuld! Da die Gewerkschaften – wegen ihrer Nähe zu Rot-Grün – nicht offensiv verkünden können, dass Krisen zum Kapitalismus gehören wie Hundescheiße zum Hund (also systemimmanent sind) und Rot-Grün u. a. durch die Agenda 2010 Armut produziert und organisiert, sind sie politisch bei vielen Menschen diskreditiert und unglaubwürdig. Dadurch, dass sie nicht die wahre Ursache – nämlich das kapitalistische Wirtschaften – dieser Krisen benennen, die Verlierer, Angst vor dem sozialen Abstieg und Armut produziert, machen sie es der extremem Rechten leicht, in diese durch Not verursachte Bresche zu springen und deren Deutungshoheit der Krisenursachen und deren Rezepte gegen diese Krisen unter die Massen zu bringen:
Demokraten, Linke, Flüchtlinge usw. sind schuld an der Krise (Sündenböcke), die mit den Rezepten des Rassismus und Faschismus bekämpft werden müssen.
Organisationen, die links blinken und rechts überholen, propagieren die Illusion eines theoretisch funktionierenden kapitalistischen Wirtschaftssystems („grüne, soziale Marktwirtschaft"), das man nur richtig konfigurieren und regeln muss, damit es „allen dient".
Liebe Gewerkschaften: Nennt mir zumindest mal ein Modell einer kapitalistischen Ökonomie, das „theoretisch" funktioniert (z. B. systemimmanent keine Unterkonsumtionskrisen oder Schuldenwachstum erzeugt)? (…)
Karl-Heinz Barner, online

4. Doch es bleibt nicht bei der Ursachenforschung. Die GEW-Mitglieder fordern Konsequenzen. Politik muss sich verändern, einen Kurswechsel vornehmen. Aber auch die GEW und das eigene Handeln sind gefragt.

(…) Die Politik muss aus ihrem national-staatlichen Rahmen heraus. Europäische Lesarten der Probleme sind notwendig. Dem vagabundierenden Finanzkapitalismus müssen verbindliche Regeln gesetzt werden. Für eine solidarische Ökonomie.
Regionale solidarische Bündnisse inklusive Verantwortung zur Skandalisierung internationaler Probleme.
Harry Friebel, Hamburg

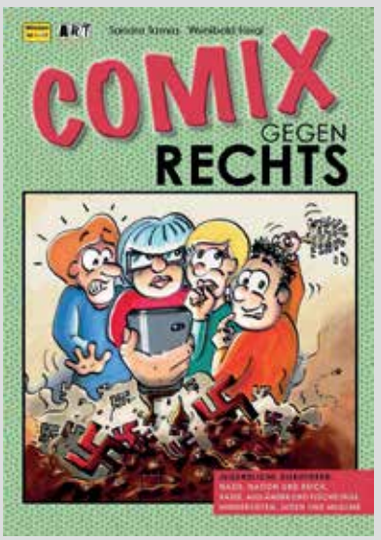
(…) Gewerkschaften, Friedens- und soziale Bewegungen und Mitglieder/Wähler von SPD, CDU, Grünen usw., die wirklich soziale/christliche/alternative Politik wollen, müssen wirklich mehr ihre Parteien, Organisationen fordern bzw. auf die Straße gehen, gemeinsam, auch mit friedliebenden Christen, Muslimen usw. Das auch gegen Rechtsextreme Gewalt, Hetze …
Es gibt heute mehr individuelle Hilfe für Flüchtlinge – aber weniger o. g. Massenbewegungen/-proteste, politische Alternativen – das führt zu all den genannten Missständen, ohne sichtbare Alternative, was die AfD-Führer ausnutzen. Deren Wahlerfolge müssen Anlass sein, dass sich eine breite Opposition bildet gegen eine Politik in Deutschland, die wirklich Alternativen braucht!
Wolfgang Laub, Berlin

(…) Wir brauchen eine kontrollierte Flüchtlingspolitik. Nicht nur die Fittesten dürfen eine Chance haben, zu uns zu kommen, sondern die wirklich Bedürftigen brauchen vordringlich Schutz. Nur geordnete Verfahren und eine Begrenzung der Zuwanderung ermöglichen, dass Menschen in Not weiterhin willkommen sind. Nur eine Beendigung chaotischer Verhältnisse und die Vermeidung deutscher Alleingänge ermöglichen ein solidarisches Vorgehen zumindest einiger Staaten der EU. Deswegen ist auf EU-Ebene eine Harmonisierung der Asylgesetze und der Leistungsstandards für Flüchtlinge vonnöten, wobei auch hier Kompromissbereitschaft auf deutscher Seite erforderlich ist.
Nur wenn die Bürger wieder Vertrauen in die Politik der demokratischen Parteien haben, lässt sich der AfD-Spuk beenden.
Horst Peterjürgens, Detmold

(…) In konsequenter Erweiterung des Buchtitels „Mehr Mensch" von Herrn Schneider (Bundesgeschäftsführer des Paritätischen) wäre die klare Konsequenz, dass sich alle möglichen Kräfte und besonders die, die sich, zumindest ihrer Bezeichnung nach, dem sozialen und christlichen Wesen verpflichtet fühlen sowie das sogenannte Bildungsbürgertum und die „Intellektuellen" in klarer und unmissverständlicher Weise für „Wieder Mensch statt noch mehr Money!" einsetzen. Die Menschen im Land, in Europa und auf der Welt müs-

ComiX gegen Rechts

Die Protagonisten des Comic-Bandes heißen Adrian, Chiara, Sophie und Tom. Sie gehen in die zehnte Klasse – und hier, in der Schule, spielen auch die meisten der 15 Geschichten. Das Quartett diskutiert viel: über alles Mögliche, auch über Nazis, Nation und Reich, Rasse, Ausländer und Flüchtlinge, Minderheiten, Juden und Muslime. Ihre Ansichten und Informationen haben die Jugendlichen von zuhause, aus der Schule, der Clique, aus Büchern oder dem Internet.



Autor der „ComiX gegen Rechts" ist der ehemalige Lehrer und Anti-Rassismus-Trainer Wunibald Heigl, die Zeichnungen stammen von Sandra Tamas. Die Geschichten, die Heigl bei seinen Begegnungen mit jungen Menschen gesammelt und unterhaltsam aufgezeichnet hat, sind für den Unterricht und die Arbeit mit Jugendlichen, aber auch für interessierte Erwachsene zu empfehlen. Herausgeber ist der Verein „München ist bunt!", über den der 60-seitige Band gegen eine Schutzgebühr auch im Klassensatz bezogen werden kann: www.muenchen-ist-bunt.de.

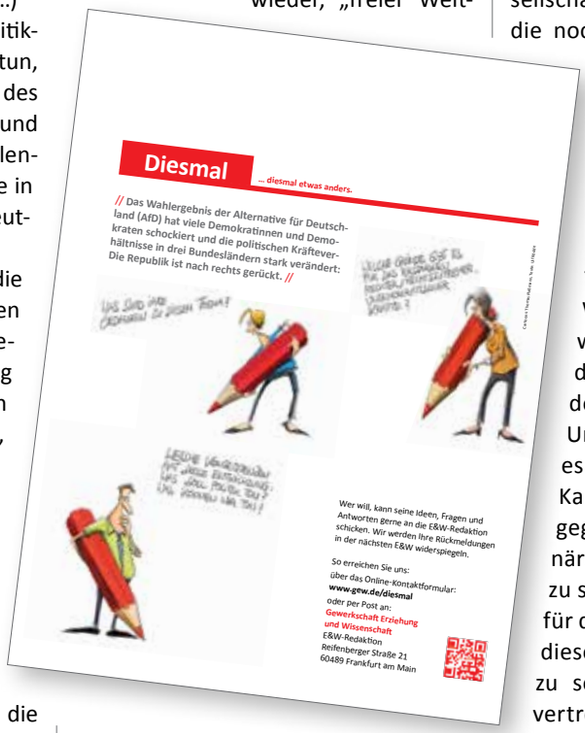
sen erkennen, dass nicht Resignation sondern aufrechtes Einstehen für die Souveränität eines JEDEN Menschen erforderlicher denn je ist, dann werden auch die Scheinkämpfe zwischen „Links“ und „Rechts“, sog. „Christentum“ und sog. „Islam“, zwischen den Geschlechtern und Ethnien etc. an Bedeutung und Vehemenz verlieren. (…)
Die relevanten Politiker (oder Politikdarsteller) können nichts für uns tun, da sie sich hoffnungslos den Kräften des Finanzmarktes verschrieben haben und diesem darin dienen, das Volk abzulenken, zu verblöden und mitunter, wie in der Auseinandersetzung um TTIP deutlich wird, zu denunzieren.
(…) NUR wir können etwas für die Wiederbelebung des Menschlichen tun, wir müssen endlich von der Delegation unserer Verantwortung weg kommen und selber verantwortlich handeln. Wer seine Stimme abgibt, kann sie selbstverständlich nicht mehr erheben, wenn es geboten ist – oder mit den Worten Berthold Brechts: „Wenn Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“
V. Dietz, Hamburg

Die AfD hat es geschafft, Leute wieder zur Wahlurne zu bringen, die die Demokratie bereits abgeschrieben hatten. Jetzt müssen vor allem die etablierten Parteien deutlich machen, dass die AfD antidemokratisch und deshalb eben keine Alternative ist.
Die GEW als Bildungsgewerkschaft sollte sich deshalb für eine hohe Wahlbeteiligung gegen Rechts einsetzen. Frankreich hat uns gezeigt, wie das geht.
Laura Pinnig, online

(…) Das gesellschaftliche Auseinanderdriften zu stoppen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und alles dafür zu tun, dass Menschen wieder von ihrer Arbeit leben können, ohne dass auf faule Art und Weise die Firmen durch Aufstocken subventioniert werden.
Zudem muss ehrlich über Flüchtlinge und Flüchtlings-/Ausländerpolitik gesprochen werden und die Politik muss sich auf die Ebene der Menschen begeben, sie da abholen, wo sie stehen. Über Sorgen, Nöte und Ängste sprechen.
Mirko Krüger, online

(…) Man muss sich also für soziale Sicherheit einsetzen, etwa in der Gewerkschaft. Zweitens muss man die Demokratie dafür benutzen, ihren Inhalt zu ändern, statt nur auf die Form zu achten. Formal demokratisch behaupten die verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesrepublik seit 1992 immer wieder, „freier Welthandel“ und „ungehinderter Zugang zu Rohstoffen und Märkten“ gehörten zum „vitalen Sicherheitsinteresse“ Deutschlands. Dementsprechend war und ist die Bundeswehr in den Herkunftsländern der Flüchtenden militärisch im Einsatz und verursacht die Zerstörung dieser Staaten mit. Das müssen wir ändern und viele Gewerkschaftsbeschlüsse für Friedenspolitik ermutigen uns dazu. Wenn auf die Straße zu gehen nicht reicht, dann müssen wir auch politisch streiken, sonst haben wir Frauke Petry demnächst als Kultusministerin.
Uli Scholz, online

(…) Die Einheit der Arbeitenden, die als Lehre aus dem Blutbad des Faschismus nach dem 9. Mai 1945 geschmiedet werden sollte, sie ist eben nur gegen Kabinett und Kapital durchzusetzen, zu schmieden und zu verteidigen. Und sie umfasst eben gerade auch die arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen, die in dieser Gesellschaft in einem atemberaubenden Tempo an den Rand und in die Armut gedrängt werden. Die Gewerkschaften müssen Gewerkschaften für ALLE sein, oder sie werden nicht sein. In einem Artikel von Dagmar Henn wird sehr deutlich beschrieben, wie jene „amorphe Wut“ entsteht, die von den Herrschenden in dieser Gesellschaft auf jene „abgeleitet“ wird, die noch tiefer stehen, und die man daher gut treten kann. Wenn es dabei bleibt. Die Entwicklung, die zu jenem 30. Januar 1933 führte, ist mittlerweile bekannt, und wir sollten aus ihr lernen – bevor es zu spät ist. Denn Entwicklungen und Tendenzen, die schon für die Weimarer „Republik“ prägend waren, sind inzwischen auch in der größer gewordenen Bundesrepublik nicht zu übersehen. Und wenn die Gewerkschaften es nicht schaffen, ein Kraftpol im Kampf gegen Grundrechtsabbau, gegen Sozialabbau, gegen reaktionäre Politik von Kabinett & Kapital zu sein, wenn sie es nicht schaffen, für die Schwachen und an den Rand dieser Gesellschaft Gedrängten da zu sein, dann wird jener Kapitalvertreter mit seiner Aussage: „Wir müssen die Krise nutzen, die Menschen sind jetzt reif!“ darauf rechnen können, dass er ungestraft plündern kann. Wobei Wahlergebnisse wie das der AfD dann das kleinste Problem sein werden.
Gunnar R. Vogel, Ober-Ramstadt



Auch über Facebook und Twitter haben uns Kommentare erreicht. Diese Kolleginnen und Kollegen machen vor allem auf die vielen Veranstaltungen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aufmerksam. Sie rufen dazu auf, durch die Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen Gesicht gegen Rassismus zu zeigen. Die Veranstaltungen werden vor allem über die sozialen Medien organisiert und bekannt gemacht.
Die vollständigen Leserbriefe und weitere Texte können auf www.gew.de/diesmal nachgelesen werden.

MARLIS TEPE

Foto: Kay Herschelmann

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Die Alternative für Deutschland (AfD) hat aus dem Stand bei den drei Landtagswahlen im März zweistellige Wahlergebnisse erzielt. Damit sind sie nicht die Stärksten, haben aber am meisten gewonnen. Wir müssen sie ernst nehmen. Im September stehen die nächsten Wahlen an. Wir müssen mit weiteren Erfolgen der AfD rechnen. Wir sollten ihr mit Haltung entgegentreten.

Haltung zu zeigen und sie ernst zu nehmen heißt: Wir müssen die Wahlanalysen bzw. Wählerbefragungen nutzen und verstehen, warum Arbeiter und Arbeitslose die AfD in besonderem Maß gewählt haben sollen. Die Flüchtlingspolitik, die „mangelhafte" Politik gegen den Einfluss des Islam und die Behauptung „für Flüchtlinge werde mehr getan als für die Einheimischen", sollen vielfach ausschlaggebende Gründe für die Wahl der AfD gewesen sein. Weit verbreitet sei die Ansicht, dass die AfD zwar keine Probleme löse, dass sie diese aber beim Namen nenne. Gleichzeitig meinen weit mehr als 75 Prozent der Befragten, dass sich die AfD nicht genug von rechtsradikalen Positionen distanziere.

Viele denken, die AfD würde sich schnell entzaubern, wenn sie in den Parlamenten sitzt. So wie es bei der Deutschen Volksunion, den Republikanern und der NPD der Fall war, als diese in Landtage einzogen und sich im Parlament als nicht handlungsfähig erwiesen. Ich befürchte aber, dass sich die AfD länger halten wird, weil sie vielfach gut ausgebildetes Führungspersonal hat und mit dem Thema „Flüchtlingspolitik" an Ängsten größerer Teile der Bevölkerung ansetzt. Und dieses Thema wird uns noch länger erhalten bleiben. Denn die Zuwanderung wird angesichts der Spaltung der Weltbevölkerung in sehr viele Arme und wenige Reiche anhalten. Kriege, Arbeitslosigkeit und Klimawandel sind weitere Gründe für die Wanderungsbewegung. Über Jahre werden Menschen ihre Heimat verlassen und in Europa, einer Region mit gemäßigtem Klima und hohem Lebensstandard, neue Heimat und Arbeit suchen.

Der Herausforderung mit Haltung zu begegnen, heißt für mich auch, den Dialog mit denen aufzunehmen, die Ängste haben, unsicher sind und enttäuscht von Parteien und Politik.

In der Bildungspolitik spricht die AfD von der „nach unten nivellierenden Einheitsschule, die einen Qualitätsverlust in Kauf nimmt". Sie kämpft gegen Krippen, Ganztagsschulen, Jugendämter, weil diese zu sehr in das Erziehungsrecht eingriffen. Positionen, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft anschlussfähig sind. Hier heißt es, Haltung zu bewahren, unsere Positionen verständlich zu erläutern.

In vielen Politikfeldern fühlen sich AfD-Wähler von den Parteien nicht mehr vertreten. Deshalb müssen wir den regierenden Parteien beispielsweise noch deutlicher machen, dass gute Bildung gute Rahmenbedingungen und gute Ausbildung braucht. Kolleginnen und Kollegen dürfen mit den gesellschaftlichen Herausforderungen, sei es der Umgang mit den Geflüchteten, sei es Inklusion, nicht allein gelassen werden.

Mit Haltung begegnen heißt für mich aber auch, die regierenden Parteien zu überzeugen, dass wir einen Staat brauchen, der handlungsfähig ist. Bildungseinrichtungen, Verwaltungen, Polizei und sozialer Wohnungsbau sind vernachlässigt und teils kaputtgespart worden. Das spüren die Menschen und sie verlieren das Vertrauen in die regierenden Parteien. Darauf setzt die AfD. Sie geriert sich als Partei gegen „die da oben", gegen die Etablierten.

Haltung zeigen heißt gleichermaßen, eine rote Linie gegen Rassismus, Menschenverachtung und Gewalt zu ziehen. Gewalttaten, Brandstiftungen und Hetze – auch in den sozialen Medien – müssen angezeigt und mit den Mitteln des Rechtsstaats verfolgt werden.

Begeben wir uns in den Dialog um gute Bildung und um ein Zusammenleben aller in Menschenwürde.

Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende

RECHT UND
RECHTSSCHUTZ
05/2016

Informationen der
GEW-Bundesstelle für Rechtsschutz.
Verantwortlich: Katrin Löber,
Volker Busch, Gerhard Jens
68. Jahrgang

Foto: zplusz

Nicht zum Amtsarzt

// **Beamtinnen und Beamte müssen der Aufforderung zu einer amtsärztlichen Untersuchung entnehmen können, warum sie ihre Dienstfähigkeit prüfen lassen sollen. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster forderte außerdem Angaben über Art und Umfang der Untersuchung.** //

Eine verbeamtete Lehrerin hat sich per Gerichtsentscheid einer amtsärztlichen Kontrolle ihrer Dienstfähigkeit widersetzt, die die Bezirksregierung angeordnet hatte. In einer einstweiligen Verfügung erklärte das OVG Münster die entsprechende Aufforderung für rechtswidrig.

Laut OVG entsprach die Mitteilung nicht den formellen und inhaltlichen Anforderungen: Das Schreiben müsse Angaben zu Anlass, Art und Umfang der ärztlichen Untersuchung enthalten, ebenso eine Rechtsbehelfsbelehrung. Es müsse für die Adressatin bzw. den Adressaten aus sich heraus verständlich sein und den konkreten Anlass für die geforderte Gesundheitsprüfung nennen. Dabei muss die Anordnung den Richtern zufolge auf Feststellungen beruhen, „die die Dienstunfähigkeit des Beamten als naheliegend erscheinen lassen“. Die Behörde dürfe auch nicht voraussetzen, dass der Betroffene schon wissen werde, „worum es gehe“. Dem Beamten bekannte Umstände seien zumindest so zu umschreiben, „dass für den Betroffenen ohne Weiteres erkennbar wird, welcher Vorfall oder welches Ereignis zur Begründung der Aufforderung herangezogen wird“.

Eingriff in Persönlichkeitsrechte

Art und Umfang der ärztlichen Begutachtung müssten in dem Schreiben ebenfalls genannt werden: „Die Behörde darf dies nicht dem Arzt überlassen“, heißt es in der Entscheidung. Das gelte insbesondere, wenn sich der Beamte einer fachpsychiatrischen Untersuchung unterziehen soll, ergänzte das OVG. Die Erhebungen eines Psychiaters zum Lebenslauf – etwa zur Kindheit, Ausbildung, zu besonderen Krankheiten und dem konkreten Verhalten im Dienst – seien der privaten Lebensgestaltung noch näher als rein medizinische Bewertungen. Daher stufte das Gericht die Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte bei einer solchen Untersuchung als „weitgehend“ ein. Ob sie rechtmäßig sind, könnten Betroffene nur prüfen, wenn Art und Umfang der geforderten Untersuchung nachvollziehbar seien. Deshalb müsse sich der Dienstherr zuvor – nach sachkundiger ärztlicher Beratung – klar machen, inwiefern der körperliche Zustand oder die Gesundheit der Beamtin bzw. des Beamten zweifelhaft ist und welche Untersuchungen dies endgültig klären sollen.

Im konkreten Fall rügte das Gericht das Schreiben der Bezirksregierung in Nordrhein-Westfalen (NRW) an die Klägerin als ungenügend. Weder der Grund für eine mögliche Dienstunfähigkeit noch Art und Umfang der Untersuchung gingen daraus hervor. Mit dem Betreff „Amtsärztliche Untersuchung“ erschöpfe sich das Schreiben an die Lehrerin im Wortlaut: „Der Amtsarzt wurde von mir aufgefordert, Sie zu einer Untersuchung einzuladen. Ich bitte Sie, dieser Einladung zu entsprechen. Ich weise darauf hin, dass Sie verpflichtet sind, den Amtsarzt im Zusammenhang mit dem Gutachterauftrag von der Schweigepflicht zu entbinden. Die Kosten der Untersuchung trägt das Land NRW.“

Die Behörde habe außerdem den Amtsarzt nicht instruiert, welche möglichen Gesundheitsbeeinträchtigungen er bei der Lehrerin überprüfen soll.

Die Klägerin muss sich der angeordneten amtsärztlichen Untersuchung nun bis zur Entscheidung im Hauptsacheverfahren nicht unterziehen.

Barbara Haas,
freie Journalistin

OVG Münster vom 16. Dezember 2014 – 6 B 1293/14

Studienförderung für junge Migranten

Die „Böckler-Aktion Bildung“ (BAB) will gezielt auch junge Menschen mit Migrationshintergrund fördern und ihnen durch Stipendien ein erfolgreiches Studium ermöglichen. Seit 2007 hat die Hans-Böckler-Stiftung des DGB 1 000 Stipendiatinnen und Stipendiaten in das Förderprogramm aufgenommen, drei Viertel von ihnen stammen aus Familien, die als Arbeitsmigranten oder Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind. Die überwältigende Mehrheit studiert sehr erfolgreich: Mit zwei Prozent ist die Abbrecherquote ausgesprochen gering.

Die BAB wendet sich explizit an Jugendliche und junge Erwachsene, die vor einem Studium zurückschrecken, weil ihre Familien dies nicht finanzieren können. Lehrkräfte werden gebeten, Schülerinnen und Schüler, die für ein Stipendium infrage kommen, darauf anzusprechen.

Weitere Informationen finden Sie unter www.boeckler.de/bab.htm.

„Bestimmt wird alles gut“

Der LesePeter – die Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur – geht im Mai an „Bestimmt wird alles gut“ von Kirsten Boie, Jan Birck (Illustrationen) und Mahmoud Hassanein (Übersetzung). Das zweisprachige Buch (Deutsch und Arabisch mit kleinem Sprachführer) für Kinder ab sechs Jahren erzählt die Geschichte einer syrischen Flüchtlingsfamilie, die dem Bürgerkrieg entkommen ist, die abenteuerliche Flucht überlebt hat und in Deutschland in eine ungewisse Zukunft blickt. In der Schule freundet sich die zehnjährige Rahaf mit ihrer Mitschülerin Emma an, überwindet Integrationsschwierigkeiten und schöpft wieder Hoffnung.

Kirsten Boie, Jan Birck: „Bestimmt wird alles gut“
Übersetzung ins Arabische: Mahmoud Hassanein
Klett Kinderbuch Leipzig 2016, 48 Seiten, 9,95 Euro

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

Eine kleine Anzeige.
Für eine große Tat.
Werden Sie Lebensspender.
Kämpfen Sie mit uns gegen Blutkrebs. Lassen Sie sich jetzt als Stammzellspender registrieren. Alle Infos zur Stammzellspende finden Sie unter **www.dkms.de.**
DKMS
Deutsche Knochenmarkspenderdatei gGmbH
DKMS Wir besiegen Blutkrebs.

TimeTEX
So leben Lehrer/innen leichter
System-Schulplaner 2016/2017
Für jeden Anspruch der passende Planer. In verschiedenen Formaten + Bindungsvarianten erhältlich.
TimeTEX Hermedia Verlag GmbH · 93337 Riedenburg · Tel. 09442 92209-0 · www.timetex.de

CJD Malente –BILDUNGSZENTRUM–
die-chancengeber.de
Erlebnis-Klassenfahrten nach Malente / Holsteinische Schweiz: Teamentwicklung für Schulklassen
Selbstvertrauen und Körperbeherrschung · Training im Hochseilgarten Malente · Ein Tag im Outdoor-Camp / GPS-Rallye
www.cjd-malente.de
Godenbergstr. 7b, 23714 Malente, fon 04523/9916-0, info@cjd-malente.de

ZARB *Arbeitsblätter kreativ & schnell erstellen*
Lösung 2 ZARB 4 IST 3 EINFACH 1 GENIAL
Das unentbehrliche Basiswerkzeug für Lehrkräfte: Mit ZARB erstellen Sie differenzierte Lernaufgaben aus deutschen oder fremdsprachigen Texten, alltagstaugliche Arbeitsblätter, die fördern und fordern.
Direkt im Textprogramm erzeugen Sie neue Rätsel, Lücken- und Fehlertexte, Schüttel- oder Schlangentexte und mehr. Kompetenzorientierte Übungen zu Wortschatz, Rechtschreibung, Grammatik, Satzbau, Textaufbau und Inhalt entstehen mit wenigen Mausklicks.
hans zybura software
Waldquellenweg 52 · 33649 Bielefeld · Fon 0521.45366590 · info@zybura.com · www.zybura.com

Privatklinik Berggarten Deidesheim
HM Kliniken und Pflegeheime
Privates Akutkrankenhaus
für Psychosomatik und Psychotherapie
- Depressionen
- Burn-Out und Stresserkrankungen
- Angsterkrankungen
- Essstörungen
- Lebenskrisen
- Abhängigkeiten
- Bipolare Störungen

Modernste Therapie in ruhiger und persönlicher Atmosphäre
Ärztliche Leitung: Dr. med. Michael Stumbaum
Bei der Klärung der Kostenübernahme sind wir Ihnen gerne behilflich.
67146 Deidesheim, Im Oberen Grain 1, ☎ 06326/7008-0
www.privatklinik-berggarten.de

Ihre Reiseleiter in PARIS für Klassenfahrten und Gruppenreisen
erfahren
agenturunabhängig
preisgünstig
vinculum MUNDI
Stadtrundfahrten
Ausflugsprogramme
Rundreisen
Tel.: +33 6 52 22 30 30
www.vinculum-mundi.com

schulfahrt.de Klasse Reisen.
Klasse Reisen. Weltweit.
z. B. **Krakau** 6 Tage inkl. Prog. Stadtführung inkl. ab **152,– €**
z. B. **Prag** 5 Tage inkl. Prog. Stadtrundfahrt inkl. ab **144,– €**
z. B. **Dublin** 5 Tage inkl. Prog. Stadtrundgang inkl. ab **199,– €**
Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde
Ihr Reiseveranstalter
Tel.: 0 35 04/64 33-0
www.schulfahrt.de
✆ **Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17**

„Rassistisch?“

(E&W 3/2016, Seite 16: „Respekt! Stoppt Sexismus“, und Seite 17 f.: „Tabu Sexualität“)

Zum Artikel von Frauke Gützkow ist anzumerken, dass ich den meisten Aspekten zustimme, wenn es generell um die Forderung geht: Stoppt Sexismus.

Sexismus begleitet die Geschichte aller Länder und aller Zeiten, besonders auch die Europas. Daraus resultiert die Forderung nach einer „Kultur des Respekts vor Frauen“. Täglicher Sexismus und sexuelle Gewalt sind aber nicht unabhängig vom religiösen, kulturellen, geografischen Hintergrund oder sozialer Herkunft, sondern genau davon abhängig. Diesen Zusammenhang zu bestreiten, ist unhistorisch und unkritisch. Dazu bemerken Sie, dass man den „kulturellen und religiösen Hintergrund der Täter nicht ausblenden“ darf. Das ist ein Widerspruch in Ihrer Argumentation. Sexuelle Gewalt nur als Folge patriarchal geprägter Gesellschaften ist so zu kurz gegriffen. Patriarchale Gesellschaften sind immer auch Klassengesellschaften und darin spielt Religion eine wesentliche Rolle. Religionen, egal welcher Richtung (Judentum, Christentum, Islam und andere), sind immer von Männern entworfene Ideologien. Sie beanspruchen Ewigkeitswert und Gültigkeit für alle Menschen. Patriarchat und Religion gehen eine unheilvolle Symbiose ein, wie Frau Akgün bemerkt. Ungleichheit von Männern und Frauen ist in den Grundlagentexten aller Religionen festgelegt. Die Menschenrechtskonvention der UN bezüglich der Gleichberechtigung von Männern und Frauen anzuerkennen, tun sich Religionen schwer. Auch das Christentum hat sich in seiner problematischen Geschichte nicht mit Ruhm bekleckert. Besonders aber der Islam bzw. die meisten islamischen Länder haben sich mit seiner bzw. ihrer ursprünglichen Ablehnung der UN-Menschenrechtskonvention 1948 und eigenen islamischen Menschenrechtskonventionen sehr mühsam zu einer Gleichberechtigung durchgerungen, alles aber unter dem Vorbehalt einer Übereinstimmung mit der Scharia, d. h. also alles im Ungefähren.

Das, was Sie nicht haben wollen, ist eine „rassistisch gefärbte Sexismus-Diskussion“. Ist meine Argumentation in Ihren Augen jetzt rassistisch???

Walter Peters (per E-Mail)

„Reichlich flach“

(E&W 4/2016: Schwerpunkt „Digitalisierung der Arbeit“)

Zum zweiten Mal in kurzer Zeit erscheint die E&W mit einem Titel zur Digitalisierung. Und auch diesmal bleibt die Sache reichlich flach. Die Frage, in welcher Weise Digitalisierung das menschliche Gehirn, sein Denken, Fühlen und Handeln beeinflusst und verändert, wird gar nicht erst gestellt. Eine Frage, die für Menschen, die für und an der Bildung von Menschen arbeiten, doch eigentlich nicht unwesentlich sein sollte.

Typisch ist für mich auch, dass Autoren wie Professor Bosch, der sich, zumindest in diesem Beitrag, als ziemlich lupenreiner Wirtschaftslobbyist erweist, so ausführlich zu Wort kommen: Auch in diesem Interview wird Bildung einmal mehr auf ihre ökonomistische Funktion, sprich ihre Bedeutung für Wirtschaft und Arbeitsmarkt reduziert. Bildung als Umgang mit und Interpretation von „Daten“, als etwas, das nichts mehr mit der Entwicklung individueller Persönlichkeit, der breiten Entfaltung von menschlichen Möglichkeiten und Fähigkeiten, nichts mehr mit Bereicherung von Leben allgemein zu tun hat. Damit ist ja bereits eine der gravierenden Auswirkungen von Digitalisierung auf menschliches Bewusstsein ausgedrückt.

Und wie kann im offiziellen Organ einer Organisation von Bildungsarbeiterinnen und -arbeitern unwidersprochen die Rede sein von künstlicher Intelligenz und intelligenten Maschinen? Es scheint, dass die Tatsache, dass wir heute „intelligente“ Häuser, Autos, Kaffeemaschinen, Zahnbürsten und Tausende anderer Produkte herstellen, dazu führt, dass wir Menschen nach und nach jegliche eigene Intelligenz an Produkte abgeben. Gerade Menschen, die im Wesentlichen mit anderen Menschen arbeiten, sollten doch vom Begriff „Intelligenz“ eine etwas wertvollere Einschätzung haben. Wie soll ich einem Kind helfen, Vertrauen in und Wertschätzung seiner eigenen Fähigkeiten und Intelligenz aufzubauen, wenn ihm gleichzeitig vermittelt wird, dass das etwas ist, was eine Zahnbürste genauso hat?

Fritz Köbler, Höchstadt/A.

„Danken Sie ab“

(E&W 4/2016, Seite 48: „Diesmal“)

Ihr „Diesmal“ auf der Rückseite bezeichnen Sie selbst als „diesmal etwas anders“. In Wahrheit sind Sie noch immer gleich, nämlich auf einem Auge blind, sprachlich oft pubertär statt witzig, sachlich und inhaltlich oft völlig daneben, so auch diesmal. Die E&W als wesentliches Polit-Organ der GEW weigert sich also weiterhin, sich allgemein von ideologisch motivierter physischer oder sprachlicher Gewalt zu distanzieren. Sie hat nämlich bisher nur ein Heft „Gefahr von rechts“ (5/2015) lanciert, verweigert aber weiterhin hartnäckig ein Heft „Gefahr von links“, obwohl jede seriöse Statistik belegt, dass Straftaten „von links“ (Bsp. Berlin) bei Weitem überwiegen. Was meinen Sie überhaupt mit „rechts“ und „links“? Sind Sie etwa von gestern oder „Sympathisanten“? Ich habe keine Lust, Sie (von „Diesmal“ oder „von gestern“) zu finanzieren. Springen Sie jetzt bitte endlich mal über Ihren ideologischen Schatten und versprechen Sie mir zur demokratischen Ergänzung einen Schwerpunkt „Gefahr von links“, oder wenn Sie sich nicht trauen, dann schreiben Sie wenigstens einen Schwerpunkt gegen jede Gewalt, oder danken Sie ab.

A. Schäfer (per E-Mail)

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: renate.koerner@gew.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

Klinik am Leisberg

Private Akutklinik für Psychologische Medizin

Baden-Baden

Von hier an geht es aufwärts

Die familiäre Größe der Klinik, eine wunderschöne Umgebung, der herzliche Umgangsstil unserer Mitarbeiter und die professionelle Begleitung bieten Ihnen eine Wohlfühlumgebung zur Bearbeitung Ihrer Themen.

Kurzfristige Akutaufnahmemöglichkeiten!

Indikationen: Depressionen, Schlafstörungen, Ängste und Zwänge, Burn-Out, Essstörungen

KÜ: Private Krankenversicherungen, Beihilfe

Hotline: 07221 / 39 39 30

Klinik am Leisberg, Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden

www.leisberg-klinik.de

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen

Prag? Nur mit uns!

Vor Ort Service:
Wir sind immer für Sie da.

Infos: 040 / 280 95 90 • www.agaria.de • prag@agaria.de

Schul-Organisation

- Lehrerkalender
- Zensurenhefte klassen- und schülerweise
- Schülerbeobachtungen
- Gemeinsames Lernen
- Förderpläne und Dokumentationen
- Elterngespräche
- Schülerhefte
- Offener Ganztag

www.schulorganisation.com

FL SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

Behutsam die Welt entdecken

- ✓ Fernreisen weltweit
- ✓ Studien- und Begegnungsreisen
- ✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch

www.Alternativ-Tours.de

Alternativ-Tours Otto-Suhr-Allee 59
Tel. (030) 21 23 41 90 10585 Berlin

AMERIKA · ASIEN · AUSTRALIEN

Seit 1966

Friesland Charter

Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen

Auf IJsselmeer und Binnengewässer
8 bis 60 Personen
• Klassenfahrten
• Wochenendarrangements
Familie Koopmans
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum
Ruf 0031-566-631604
An Bord 0031-6-50681864
E-mail: info@frieslandcharter.nl
Internet: www.frieslandcharter.nl

Klipper DE HOOP****

Südl. Piemont/ Seealpen/ Langhe
aus Altersgründen verkaufen wir unser Feriendomizil (75.000€)
Interesse? j.rosche@gmx.net

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Schullandheim im Nordschwarzwald

15 Autominuten von Baden-Baden entfernt liegt unser "Else-Stolz-Heim". Mit 41 Betten bietet es 36 Jugendlichen nebst Betreuern Platz und ist für Selbstversorger mit allem Komfort eingerichtet. In herrlicher Lage, mitten im Wald, nur 400 m von der Schwarzwaldhochstraße entfernt am Unterplättig, genießen Sie einen ungestörten Aufenthalt. Gute Wandermöglichkeiten bis auf über 1000 m Höhe (Badener Höhe) und im Winter Skisportmöglichkeiten. Lifte sind mit dem Bus erreichbar.

AWO Baden-Baden gGmbH Rheinstr. 164 76532 Baden-Baden
Tel. (0 72 21) 36 17-20 Fax (0 72 21) 36 17-50 www.awo-bb.de

WENDELSTEIN® KLINIK

Krankenhaus für Neurologie, Psychiatrie, Innere Medizin und Psychosomatik

- **Depressionen**
- **Schmerzstörungen**
- **Ängste**
- **Posttraumatische Belastungsstörungen**

WIR HELFEN IHNEN WEITER

WENDELSTEIN KLINIK
Reutlinger Str. 20 · 72501 Gammertingen
0 75 74 - 845
www.wendelsteinklinik.de

beihilfefähiges privates Akut-Fachkrankenhaus

Die Wollmarshöhe

Klinik Wollmarshöhe

Akutfachkrankenhaus für psychosomatische Medizin

Kurzzeittherapie bei Burn-out und Stressfolgeerkrankungen

Für Privatversicherte, Beihilfeberechtigte, Selbstzahler

Stationär, teilstationär, ambulant

Therapeutisch-ganzheitliches Konzept - moderne Diagnostik und Therapieplanung

Neurologische und psychokardiologische Abklärung

Zeitgemäße Einrichtung und Ausstattung, schönes Ambiente, nähe Bodensee (Bodnegg)

Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.

info@klinik-wollmarshoehe.de

Information / Auskunft:
07520 927-0

www.wollmarshoehe.de

Klassenfahrten der Jugendherberge Essen

Aller Anfang ist leicht 2016
5. - 6. Klasse | 3 Tage | ab € 122,00
Die Schüler lernen sich kennen, setzen sich Ziele für die gemeinsame Zukunft.

Einer für alle – alle für einen 2016
7. - 13. Klasse | 3 - 5 Tage | ab € 138,00
Ein Teambuilding mit Kooperationsübungen

Entdecken. Erleben. Bewegen 2016
5. - 6. Klasse | 3 Tage | ab € 98,00
Der Wandel des Ruhrgebiets: Die Zeugnisse der Industriekultur bilden dabei die Kulisse für aufregende Erlebnisse.

weitere Programme und vieles mehr unter:
www.essen.jugendherberge.de

DJH Rheinland

S-E-T

STUDY - EXPLORE - TRAVEL
STUDIENREISEN LONDON
KLASSENFAHRTEN ENGLAND
www.s-e-t.de

Exklusive Kultur-Leserreisen
Musik und Literatur an besonderen Orten erleben
www.gew.de/Verlagsreisen

Diesmal

Karikatur: Thomas Plaßmann

Kita-Qualität